325.343
D64d
1914

DIX

DEUTSCHER IMPERIALISMUS.

UNIVERSITY OF ILLINOIS
AT URBANA-CHAMPAIGN

The person charging this material is responsible for its return to the library from which it was withdrawn on or before the **Latest Date** stamped below.

Theft, mutilation, and underlining of books are reasons for disciplinary action and may result in dismissal from the University.

To renew call Telephone Center, 333-8400

UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY AT URBANA-CHAMPAIGN

NOV 05 1986

OCT 20 1986

JAN 17 1991

MAY 03 [illegible]

L161—O-1096

Deutscher Imperialismus

Von Arthur Dix

2. und
3. Tausend

Erschienen in Leipzig in der Dieterich'schen Verlagsbuchhandlung
Theodor Weicher · 1914

Deutscher Imperialismus

Von

Arthur Dix

2. und 3. Tausend

Könnten wir unserer Nation etwas schaffen, wie der englischen das Greater Britain, so wäre das ein unaussprechlich hoher Gewinn.

Theodor Mommsen

in einem Brief an den Verfasser, 20. 12. 1898.

Erschienen in Leipzig in der Dieterich'schen Verlagsbuchhandlung
Theodor Weicher
1914

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort III
Einleitung: Der imperialistische Gedanke in der Welt 1

Die äußere Entfaltung des deutschen Imperialismus.
Die Entstehung des deutschen Imperialismus 6
Ziele des deutschen Imperalismus 15
Die Mittel des deutschen Imperialismus 26
Gegner des deutschen Imperialismus 35

Internationale Reibungsflächen des Imperialismus.
Haupttummelplätze des neuzeitlichen Imperialismus 43
Die vorderasiatisch-afrikanischen Reibungsflächen 43
Die Wege zum fernen Osten 48
Deutschlands und Frankreichs Nordafrikapolitik 56
Die Teilung Afrikas 65
Die pazifisch-ostasiatischen Reibungsflächen 76
Neue Weltmächte 85

Innerstaatliche Grundlagen des Imperialismus.
Bevölkerungspolitische Sorgen 90
Tatsächliches über die natürliche Bevölkerungsbewegung in Deutschland 92
Die Aus- und Einwanderung in Deutschland 94
Mittel der Sterblichkeitsminderung 97
Die versiegenden Quellen des Volkswachstums und ihre Auffüllung 99
Gemeinschaftsinteressen gegenüber der Innenkolonisation . . 102
Imperialismus und innere Politik 105

Alle Rechte vorbehalten.

325.343
D64d
1914

Vorwort zur zweiten Auflage.

In Tagen weltpolitischer Atembeklemmung für Deutschland ist diese Schrift entstanden. Es war die Zeit, da imperialistische Bestrebungen der Dreiverbandmächte sich immer rücksichtsloser ausbreiteten und das Deutsche Reich weltpolitisch immer enger umzingelt wurde. Das Sehnen nach starker weltpolitischer Gegenwehr der zusammengepreßten deutschen Kraft, das in dieser Schrift einen schlichten Ausdruck suchte, erfüllte Millionen deutscher Herzen. Dafür zeugte die freundliche — ich darf sagen: herzliche Aufnahme, die der Schrift in der Presse zuteil wurde, und ihre fühlbare Nachwirkung in einer Reihe anderer seither erschienener Schriften weltpolitischen Inhaltes.

Des Verfassers Absicht war es — im Einvernehmen mit dem verständnisvollen Verleger — den theoretischen Darlegungen über den „Deutschen Imperialismus" vom Jahre 1912 in diesem Herbst 1914 eine Fortsetzung folgen zu lassen in Gestalt von Tagebuchblättern aus dem Zukunftskriege, mit dem Deutschland je länger je mehr bedroht schien — Tagebuchblättern, deren Aufgabe es sein sollte, nicht nur den ganzen Umfang der drohenden Gefahren klarzulegen, sondern auch die notwendige politische Gegenarbeit. Noch war das neue Manuskript nicht ganz fortgeschritten bis zu jenem Friedensschluß, der für absehbare Zukunft der Kultur eines enger zusammengefaßten Mitteleuropa die ihr gebührende Bewegungsfreiheit in der Welt verleihen sollte — da ward über Nacht der Zukunftskrieg zum Krieg der Gegenwart. Das Schwert hatte zu sprechen anstatt der Feder!

Die rauhe Wirklichkeit sprach unendlich deutlicher als alle schriftstellerische Phantasie; der Gedanke des deutschen

Imperialismus aber, oder — wenn man will — der Gedanke des mitteleuropäischen Staatenbund-Imperialismus trat gezwungenermaßen aus dem Reich der grauen Theorie hinaus in die Welt des Schlachtendonners. Jetzt ist das gemeinsame Ringen Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Türkei um ihren Bestand und um ihre künftige Weltgeltung Wahrheit geworden. Jetzt möge auch dieses Büchlein noch einmal hinausflattern und auch zu seinem Teil noch einmal den Beweis erbringen, wie schon lange Jahre vor Ausbruch des Krieges die uns heute umdrohenden und umbrandenden Mächte Zielen höchsten weltpolitischen Ehrgeizes mit dem Schwerte in der Hand nachgegangen sind, indessen Deutschland sich durchaus darauf beschränkte, seine äußerst bescheidenen weltpolitischen Wünsche mit lediglich friedlichen Mitteln zu verfolgen.

Die Stunde der kriegerischen Entscheidung über die ursprünglich so wenig kriegerischen Gedanken des deutschen Imperialismus hat geschlagen. Die Zukunft der Weltgeltung mitteleuropäischer Kultur wird auf Menschenalter hinaus in dem einen oder in dem anderen Sinne durch die Vorgänge auf den Schlachtfeldern zu Lande und zu Wasser in diesen Wochen besiegelt. Was wir von dem Ausgange des gewaltigen Ringens, wie die Welt es nie zuvor gesehen, für Deutschland, für Mitteleuropa, für die Welt erhoffen, das möge der aufmerksame Leser zwischen den Zeilen dieser Schrift erspähen. Dreifach unterstreichen aber möge er, was schon damals zum Schluß der Einleitung gesagt war, was heute durch den Zwang der Verhältnisse jedem deutschen Denken unauslöschlich tief eingeprägt sein muß:

„Wir haben nur eine Wahl: zu wachsen oder zu verkümmern!“

Berlin, 6. November 1914.

Der Verfasser.

Einleitung: Der imperialistische Gedanke in der Welt

Die Geschichte unserer Tage steht im Banne des imperialistischen Gedankens. Mit einer nur in dieser Zeit, in der die elektrische Kraft alle räumlichen Hindernisse mit ungeahnter Schnelligkeit überwindet, möglichen Plötzlichkeit ist auf die Periode der nationalen Staatengründungen eine Periode imperialistischer Ausbreitung gefolgt.

Es ist noch gar nicht lange her, daß wir uns mit dem Gedanken des Imperialismus vertraut gemacht haben. Seine Heimat ist England mit der Politik des größer-britischen „Empire". Lebhafte Aufnahme fand er zunächst in den stammverwandten Vereinigten Staaten. In kurzem aber durchdrang er mehr oder weniger stark alle Großmächte der Gegenwart.

Was ist eigentlich das Wesen des Imperialismus? Zu der Zeit, da man auch bei uns begann, sich mit ihm zu beschäftigen, wurde in deutscher Gründlichkeit zunächst einmal eine Rundfrage bei Politikern des In- und Auslandes veranstaltet, um eine erschöpfende Begriffsbestimmung des Imperialismus zutage zu fördern. Die auf diese Weise gesammelten, zum Teil lange Abhandlungen ausfüllenden Erklärungen wurden dann in Buchform herausgegeben. Schreiber dieses steuerte die kürzeste Begriffsbestimmung des Imperialismus mit der Übersetzung bei: „Weltmacht-Wachstumswille!" Das Wortgebilde mag etwas schwülstig klingen, aber es drückt doch wohl in der kürzesten und immerhin verständlichsten Form das eigentliche Wesen des Imperialismus aus:

Der Imperialismus hat zur Voraussetzung eine Weltmacht, die beseelt ist von dem Willen, sich auszuwachsen gemäß den Bedürfnissen ihres Volkstums und ihrer Volkswirtschaft. Wie jedes

vorwärtsstrebende Individuum, so hat auch jedes lebendige Staatsgebilde das Bedürfnis, seinen Einflußkreis und seine wirtschaftliche Betätigung auszubreiten.

In der ursprünglich britischen Entstehungsgeschichte des Imperialismus ging seine Tendenz zunächst auf den stärkeren Zusammenschluß der verschiedenen getrennten Bestandteile des Größeren Britannien; aber von Anbeginn war diese Tendenz des Zusammenschlusses doch bereits verbunden mit Ausbreitungstendenzen, deren Verwirklichung den Zusammenschluß der räumlich getrennten Teile erleichtern sollte. Am fühlbarsten machten sich diese Ausbreitungstendenzen im britischen Südafrika, wo die Buren-Freistaaten das erste und größte Opfer des nach territorialer Abrundung dürstenden britischen Imperialismus wurden. Ihre Eroberung gehörte aber nur als ein Glied in die lange Kette jener Bestrebungen und Unternehmungen, die darauf abzielten und dahin führen sollten, die englischen Einflußsphären in Süd- und Nordafrika miteinander in Verbindung zu bringen, und darüber hinaus immer sichtbarer das große Ziel verfolgen, von dem britischen Machtbereich in Nordafrika die Brücke auch hinüberzuschlagen zu dem Indischen Reich. Diese Hochziele des britischen Imperialismus drücken der Zeitgeschichte unserer Tage im beträchtlichen Umfange ihren Stempel auf.

Neben dem britischen Imperialismus steht der Imperialismus der Vereinigten Staaten, erstmals sich betätigend in jenem Kriege gegen Spanien, der mit seinem plötzlich zutage getretenen Ausbreitungsdrang des Sternenbanners über die gleichzeitig eifrigst verfochtene Monroelehre hinaus der europäischen Welt die Kraft des imperialistischen Gedankens erst so recht zum Bewußtsein kommen ließ. Mit dem nordamerikanischen Imperialismus ringt der japanische Ausbreitungsdrang, der sich gleichfalls den ganzen Stillen Ozean und einen Teil seiner Randgebiete zum Arbeitsfeld gewählt hat. Er stieß zusammen mit dem russischen Imperialismus, der — seinerseits auch vielfach mit dem britischen kollidierend — den ungeheuren Länderkomplex

zwischen der Ostsee, dem Schwarzen Meer und dem Persischen Meer, dem Nördlichen Eismeer und dem Stillen Ozean zusammenzuschließen trachtet. Auch Frankreich verfolgt mit Zähigkeit seine imperialistischen Pläne, die im wesentlichen darauf ausgehen, ganz Nordafrika möglichst geschlossen zu einem Imperium der Trikolore zu machen. Italiens Ausbreitungsdrang wurde durch den Zug nach Tripolis offenbar, und auch unser anderer Verbündeter hat durch die Einverleibung von Bosnien einen gewissen imperialistischen Zug seiner Politik erkennen lassen, der in Zukunft noch deutlichere Erscheinungsformen anzunehmen verheißt. —

Den imperialistischen Bestrebungen der einzelnen Länder liegen territoriale Abrundungstendenzen zugrunde, wie sie in wechselndem Umfange durch die ganze Weltgeschichte beobachtet werden können. Insbesondere waren es ehedem Randländer des Mittelmeeres, die dahin strebten, das ganze Verkehrsgebiet dieses Meeres unter ihre Macht zu bringen. Weitere Weltmachtgelüste betätigten sich in dem Versuche einer Zusammenfassung der Landgebiete zwischen dem Schwarzen Meer und Mittelmeer einerseits, dem Indischen Ozean auf der anderen Seite. Spätere Zeiten zeigen uns die Versuche geographischer Abrundung der Machtbereiche zwischen dem Mittelmeer im Süden, der Nord- und Ostsee im Norden; auch zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer und ferner rund um die Ostsee oder rund um die Nordsee.

Nachdem der Horizont der Staatsmänner und der Nahrung suchenden Völker weit hinausgewachsen war über die engen Räume Europas und der benachbarten Teile von Asien und Afrika, begann die territoriale Abrundungstendenz sich entsprechend weitere Ziele zu setzen. Wie einstmals das kleine Mittelmeer zwischen den drei alten Kontinenten ihr Hauptschauplatz gewesen, so will es in unseren Tagen anscheinend jenes große Weltmeer werden, das schon ein Napoleon als das „Mittelmeer der Zukunft" bezeichnet hat. Aber auch heute wie ehedem lassen sich zwei Grundrichtungen

all dieser Abrundungstendenzen in der Weltpolitik (Weltpolitik natürlich aufgefaßt im Rahmen der jeweils vorhandenen erdkundlichen Auffassungsgrenze, im Rahmen der jeweils bekannten Welt!) nebeneinander verfolgen: einmal das Streben nach Zusammenfassung der verschiedenen Randländer eines Meeres mitsamt seinen Inseln, also die Abrundung des politischen Besitzes eines kleineren oder größeren *Seeverkehrsgebietes* — und daneben das Streben nach Zusammenfassung großer Landkomplexe zwischen verschiedenen Meeren — die Abrundung eines *Landverkehrsgebietes*. Beide lassen sich in der Gegenwart und in offensichtlichen Zukunftstendenzen der Weltmächte in jenem großen Zuge verfolgen, der unserer heutigen umfassenden Kenntnis von der Erdoberfläche und der heutigen Überwindung von Raum und Zeit durch die Entwicklung der Verkehrsmittel entspricht.

Seit dem vorigen Jahrhundert verkörpern namentlich *England* und *Rußland* die beiden gegensätzlichen Grundtendenzen expansiver Weltpolitik in geographischer Beziehung: England den Drang *übers* Meer, Rußland den Drang *ans* Meer. Rußland gliedert immer neue Landmassen an seine kompakten Landmassen an; es sucht vom Binnenlande aus nach allen Richtungen die Küste zu gewinnen — England geht in großen Etappenstraßen über das Meer und dringt von den Küsten aller Meere in das Binnenland der verschiedenen Erdteile hinein. Inseln und einzelne Hafenplätze bilden die Stützpunkte seiner weltpolitischen Expansion; und erst nach und nach greift es von den Hafenplätzen aus über weitere Landräume um sich, bis es dann schließlich in Nordamerika, Australien, in Südasien und durch Afrika hindurch auch seinerseits übergeht zu einer Annäherung an die russische Art der Expansion über große Landmassen von Meer zu Meer.

Die Hauptexpansionskräfte in der Weltpolitik unserer Tage ergeben insgesamt das folgende Bild einander vielfach schneidender Kreise: England, schon im Besitz großer geschlossener Landschaften auf ganz Australien und im nördlichen

Teil von Nordamerika, strebt, seinem indischen Besitz das ganze Gebiet vom Nil bis zum Yangtse anzugliedern, seinen afrikanischen Besitz zwischen dem Kap und Kairo zu vereinheitlichen. Daneben verfolgt Australien eigene ozeanisch-insulare Ausbreitungspläne. Japans Streben läßt sich auf die Formel: Stiller Ozean plus ostasiatisches Festland bringen. Das der Vereinigten Staaten auf die Formel: Amerika plus Stiller Ozean. Rußlands historisches Sehnen geht auf die festländische Zusammenfassung weitester Landgebiete mit Ausgängen nach der Ostsee, dem Mittelmeer, dem Stillen und dem Indischen Ozean. Frankreich arbeitet, wie wir schon früher gesehen, unermüdlich an der Abrundung eines großen nordafrikanischen Kolonialreiches. Diese Expansivkräfte stoßen nicht nur aufeinander, sondern werden in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach auf wachsende Widerstände auch bei zurzeit noch mehr schlummernden Kräften der Weltpolitik stoßen.

So sehen wir ringsumher in der Welt bei allen wirklichen Großmächten den imperialistischen Gedanken siegreich vordringen und können uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß auch der deutsche Imperialismus sich aktiv betätigen muß, wenn wir uns nicht mehr und mehr zurückgedrängt sehen wollen. Und gerade Deutschland hat wohl den meisten Anlaß, nach fruchtbringender Betätigung des imperialistischen Gedankens zu streben, da es unter den großen Kulturmächten über das stärkste natürliche Volkswachstum und über die stärkste volkswirtschaftliche Entwicklung verfügt, welche beide es geradezu zwingen, auch immer regeren Anteil an der Weltwirtschaft zu nehmen und für die nötige weltpolitische Sicherung dieses Anteils zu sorgen.

Wir haben nur eine Wahl: zu wachsen oder zu verkümmern!

Die äußere Entfaltung des deutschen Imperialismus

Die Entstehung des deutschen Imperialismus

Am 25. Jahrestag der Reichsgründung wurde der deutsche Imperialismus aus der Taufe gehoben durch das Kaiserwort: „Unser Deutsches Reich ist ein Weltreich geworden!" und die hieran geknüpfte Mahnung, „das größere Deutsche Reich auch fest an das heimische anzugliedern". Das erste Kind des imperialistischen Gedankens in Deutschland war die Flottenbewegung, zu deren voller Entfaltung wiederum Kaiser Wilhelm am 18. Oktober 1899 zu Hamburg das Signal gab durch das Wort: „Bitter not ist uns eine starke deutsche Flotte."

Deutschland wuchs zu einem 65 Millionen-Volk heran und nahm damit unter den imperialistischen Ländern den dritten Platz ein; es rückte mit der Entwicklung seines gesamten Außenhandels an die zweite Stelle unter allen Ländern und sah sich mit seiner wachsenden Bevölkerung auf die Sicherung dieses Außenhandels immer mehr angewiesen, da es der überseeischen Rohstoffzufuhr und zum Zweck ihrer Beschaffung sowie der Beschäftigung seiner heimischen Arbeitskräfte einer entsprechenden Fabrikateausfuhr immer notwendiger bedurfte. In bezug auf die wichtigsten wirtschaftlichen Produktionszweige steht Deutschland mit den von ihm erzeugten Gütern teils an dritter, teils an zweiter, in einzelnen Zweigen auch an erster Stelle.

Man hat sich bei uns in den letzten Jahren viel mit vergleichenden Schätzungen des Volksvermögens und Volkseinkommens in den wichtigsten Kulturländern beschäftigt. Anlaß dazu bot unter anderm die Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit und der zu schützenden nationalökonomischen Werte in Deutschland gelegentlich der wieder-

holten Beratungen über die deutsche Flottenpolitik und dann über die Finanzreform. Auch die politische Nutzung ihrer internationalen Gläubigerstellung durch England und Frankreich führte zu Vergleichen des Einflusses der verschiedenen Mächte auf dem internationalen Geldmarkt, zumal als Deutschland seinerseits sich veranlaßt sah, gleichfalls aus politischen Gründen guten Freunden im Ausland mit Anleihen unter die Arme zu greifen.

Schon bei den Schätzungen des Volksvermögens ist man mehr und mehr dazu gekommen, die Differenzen der englischen, französischen und deutschen Leistungsfähigkeit — um diese drei Länder handelt es sich bei allen Vergleichen in erster Linie — doch recht beträchtlich geringer anzunehmen als in früheren Zeiten. Man schätzt jetzt für jedes der drei Länder um 300 Milliarden Mark Volksvermögen herum. Um die Jahrhundertwende hatte ich für Deutschland in einer damals ziemlich allgemein anerkannten Schätzung rund 200 Milliarden angenommen. Auf dem internationalen Kapitalmarkt jedoch hielt man die deutsche Geldkraft immer noch für recht wesentlich geringer als die englische und französische. Neuere Schätzungen von englischer und französischer Seite haben in dieser Beziehung aber doch manche Überraschung gebracht und zeigen die drei Länder auf nahezu gleicher Stufe als internationale Gläubiger und Unternehmer. Freilich ist dabei zu berücksichtigen, daß England speziell in seinem riesigen Kolonialreich außerordentlich ausgedehnte Gelegenheiten zur Kapitalanlage außerhalb des eigenen Landes hat, so daß für das eigentliche Ausland doch nicht so viel britisches Geld übrig bleibt, wie man gemeinhin anzunehmen pflegt.

Nach sorgsamen Schätzungen, die vor dem Forum der in der Wissenschaft hochangesehenen Königlichen Statistischen Gesellschaft in London über die englischen Kapitalanlagen im Auslande vorgetragen worden sind, belaufen sich die englischen Kapitalanlagen außerhalb Großbritanniens insgesamt auf rund 65 Milliarden Mark. Hiervon verbleiben aber nur rund 33 Milliarden Mark für das eigentliche Ausland, da

annähernd die Hälfte der Gesamtsumme den britischen Kolonien zugute kommt. Wohl mögen diese 33 Milliarden die Gesamtheit britischer Kapitalanlagen im Ausland nicht völlig erschöpfen; doch bleibt auf der andern Seite zu berücksichtigen, daß ein recht erheblicher Teil jener Gelder der britischen Gesellschaften, die von London aus das Ausland kapitalistisch bearbeiten, nicht eigentlich aus britischen Händen kommt, sondern auch aus denen holländischer, belgischer, französischer und durchaus nicht zuletzt deutscher Aktionäre. Auf der andern Seite ist von Belang, daß das britische Volksvermögen nicht nur insofern durch das Ausland gespeist wird, als ihm die Gewinne aus den britischen Kapitalanlagen im Auslande zufließen, sondern neben dem reichen Gewinn aus der Schiffahrt beispielsweise auch die Erträgnisse des bekanntlich sehr ausgebreiteten internationalen Versicherungsgeschäftes Englands.

Was Frankreich anbetrifft, so werden seine Kapitalanlagen im Auslande von französischen und amerikanischen Statistikern auf einige 30 Milliarden Mark geschätzt, d. h. auf ziemlich genau dieselbe Summe wie die englische Kapitalanlage im Auslande mit Ausschluß der britischen Kolonien. Das französische Kapital verteilt sich nicht in gleichem Maße über die ganze Welt wie das englische. Es arbeitet fast zu einem Drittel in Rußland und daneben wesentlich im Orient, aber auch in den Mittelmeerländern, sowie in Südamerika usw. Das Wachstum der Weltgläubigerschaft Frankreichs ist schneller als das Englands, da Frankreich nur einen geringeren Teil der fälligen Auslandszinsen gebraucht als England, um seine viel weniger passive Handelsbilanz auszugleichen, und außerdem die inländische Nachfrage nach Kapital gering ist, so daß die aus den Kapitalanlagen im Ausland gezogenen Gewinne mit Vorliebe auch wieder im Ausland neue Anlagen suchen.

Die Schätzungen über die deutschen Kapitalanlagen im Ausland endlich gingen bisher weit auseinander. Sie bewegten sich vor einigen Jahren noch zwischen 25 und 40 Milli-

arden Mark, für die Gegenwart wird man sie nicht mehr geringer veranschlagen dürfen, als die englischen und französischen Kapitalanlagen im Ausland, so überraschend diese Nebeneinanderstellung uns auch auf den ersten Blick erscheinen mag.

In unserem so beträchtlich wachsenden und so eminent wirtschaftstüchtigen Volk, das in so kurzer Zeit nach seinem politischen Zusammenschluß mit auf die erste Wirtschaftsstufe der großen Kulturvölker gerückt ist, faßte der ihm für seine weitere Entwicklung vorgezeichnete imperialistische Gedanke aber doch nur wesentlich langsamer Wurzel, als in anderen Weltmächten. Der Deutsche ist dem aufgeblasenen Chauvinismus abhold und war vielfach geneigt, Imperialismus und Chauvinismus miteinander zu verwechseln. Er begriff auch nicht so schnell, daß imperialistisches Weltmachtsstreben keineswegs gleichbedeutend ist mit den Weltherrschaftszielen alter Zeiten. Eine ausschließliche Weltherrschaft, wie wir sie im Altertum in den Händen dieser und jener Macht gesehen haben, ist heute wohl überhaupt nicht mehr denkbar, zum mindesten würde sie sofort wieder in sich zusammenstürzen.

Heute, da die Wechselbeziehungen sich über die ganze Erde erstrecken, bietet diese Erde auch Raum für ein Nebeneinander mehrerer Weltmächte; und nur in diesem Sinne ist der Imperialismus gemeint, ist er überhaupt erträglich, ohne sich selbst zu verzehren.

Seinen ersten sichtbaren Ausdruck fand der deutsche Imperialismus, wie gesagt, in der deutschen Flottenbewegung, die nach anfangs hartem Ringen im Laufe einiger Jahre doch zum Gemeingut fast des ganzen Volkes geworden ist. Heute wird es von allen bürgerlichen Parteien wenigstens als Selbstverständlichkeit anerkannt, daß Deutschland seinen Platz auch auf dem Weltmeer zu behaupten hat. Vor imperialistischen Tendenzen im engeren Sinne aber schreckte unsere eminent friedliche Politik trotz der Bannerentrollung durch den Kaiser zurück. Es währte geraume Jahre, bis

sie — wenigstens theoretisch — auch Eingang fanden in die Parteiprogramme.

Wohl war der Kaiser der erste Bannerträger des deutschen Imperialismus, aber seitens der Regierung wurden gleichwohl ausgeprägt imperialistische Ziele keineswegs verfolgt. Es war notwendig, daß sich die imperialistische Bewegung von unten her ausbreitete. Der Zusammenschließung des Deutschen Reiches ist ja auch die Volksbewegung vorangegangen, nicht die Führung der Regierungen. Ähnlich scheint der Imperialismus erst zum Gegenstand der Volksbewegung werden zu müssen.

Bemerkenswert ist in neuerer Zeit noch das Eindringen imperialistischer Erkenntnis in die deutsche Wissenschaft. Auch in der Wissenschaft, und zwar wohl in allen ihren Zweigen, gibt es regierende Könige, die für ihre Zeit ihre Autorität mehr oder minder fest gegründet haben; und gibt es die nachrückenden Vertreter einer neuen Generation, deren Lebens- und Auffassungsweise, deren Interessen- und Betätigungskreise sich nicht mit der alten decken und manchen Konflikt empfinden lassen.

Die Wissenschaft, der man vom praktischen Leben her das ausgeprägteste Interesse entgegenbrachte, war und ist in neuerer Zeit doch wohl die Nationalökonomie. Wer da mit einiger Aufmerksamkeit den Produkten der nationalökonomischen Wissenschaft folgt, wird gerade in jüngster Zeit so manche Gelegenheit gefunden haben, das Aufkommen einer neuen Generation zu beobachten, der eine andere Betrachtungsweise eigen ist, als den altanerkannten Herrschern im Reich dieser Wissenschaft. Ich möchte sie die „Kronprinzen der Nationalökonomie" nennen. Das Kronprinzenalter — um in diesem Bilde zu bleiben — bestimmt sich nicht nach absoluten Jahreszahlen, sondern nach dem Altersabstand von den anerkannten geistigen Führern, den Abstand um durchschnittlich ein Menschenalter.

Was unterscheidet die neueren sozialökonomischen und sozialpolitischen Wissenschafter von jenen alten Autoritäten,

die heute bereits über die Schwelle der Siebzig geschritten sind? Sie sind aufgewachsen in der Zeit, da das Deutsche Reich bereits gegründet war und begann, sich zur Weltmacht zu entwickeln, da die deutsche Volkswirtschaft sich in dem erweiterten Rahmen mächtig konsolidierte und sich immer mehr mit der modernen Weltwirtschaft verflocht. Durch diesen Umstand werden sie zu Vertretern einer gegenüber der früheren merkbar abgegrenzten neuen Generation.

Die wesentlichen Interessen der alten Könige — blicken wir beispielsweise auf so bekannte und markante Persönlichkeiten wie Gustav v. Schmoller und Adolf Wagner — liegen auf sozialpolitischem Gebiet. Der Verein für Sozialpolitik und der Evangelisch-soziale Kongreß sind ihre liebsten Tummelplätze. Daneben ist Wagner Finanzmann, Schmoller Historiker. Die sozialökonomischen Kronprinzen stehen gemäß der Zeit und dem Milieu, in denen sie aufgewachsen, mit beiden Füßen auf dem Boden des neuen Imperialismus. Sie wenden bewußt — ohne das sozialpolitische Interesse darum zu verlieren — ihre Aufmerksamkeit ab von der einseitig sozialpolitischen Auffassung, wie sie durch geraume Zeit geherrscht, sehen in der Sozialpolitik das Sekundäre, in der Weltmachtpolitik und der Nutzung der Weltwirtschaftspolitik in ihrem Dienst das Primäre, ausgehend von der Forderung einer erfolgreichen auswärtigen Wirtschaftspolitik als Vorbedingung fortschreitender Sozialpolitik, oder, wie ich es bereits zur Zeit der Flottenbewegung formulierte: Sozialpolitik durch Machtpolitik.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Senioren der heutigen Nationalökonomie sich dem imperialistischen Gedanken verschlossen hätten. Es braucht nur erinnert zu werden an den Anteil, den sie seinerzeit an der deutschen Flottenbewegung genommen, in deren Mittelpunkt man schon frühzeitig die Vereinigung der macht- und sozialpolitischen Gedanken finden konnte. Um wieder bei den älteren Berliner Nationalökonomen zu bleiben, wird zwischen der alten und neuen

Generation — hier durch die Altersstufen sehr begreiflich — eine Brücke geschlagen durch den Dritten im Bunde der älteren ordentlichen Professoren der Nationalökonomie an der reichshauptstädtischen Universität, Max Sering, der gewohnt ist, das Menschenmaterial des deutschen Volkes in erster Linie daraufhin zu betrachten, wie es den deutschen Machtbedürfnissen durch seine Struktur entspricht, und der auch besonders die Kolonialpolitik mit hineinbezogen hat in den nationalökonomischen Rahmen. Das Bedürfnis der nach 70 geborenen Generation und ihrer wissenschaftlichen Vertreter geht weiter, ihre Tummelplätze sind Imperialismus und Weltwirtschaft.

Von Weltpolitik und Weltwirtschaft zu sprechen, haben wir uns ja alle hinlänglich gewöhnt. Aber welche Begriffe wir mit diesen Worten umfassen wollen, darüber herrscht doch eigentlich noch recht wenig Klarheit. Die dem Imperialismus zugrunde liegenden Auffassungen von der Weltwirtschaft steuern keineswegs einer allumfassenden Universal-Ökonomie zu, wie man sie sich wohl früher als die künftige Oberstufe der Volkswirtschaft denken mochte; sondern einer weltwirtschaftlichen mannigfachen Verknüpfung der einzelnen Volkswirtschaften, in der diese Volkswirtschaften doch ebensowenig aufhören, ein eigener Organismus zu bleiben, wie in der Volkswirtschaft etwa die Einzelwirtschaft aufgehört hätte, einen festen Organismus darzustellen.

Auffallend genug ist, daß nicht nur in der deutschen weltwirtschaftlichen Literatur noch in unseren imperialistischen Tagen eine Begriffsbestimmung der Weltwirtschaft bisher kaum gegeben ist, sondern daß man beispielsweise auch in der englischen und französischen Literatur kaum noch bis zu einem bestimmten Namen für das Ding Weltwirtschaft vorgedrungen ist und dort erst ganz neuerdings Bezeichnungen für diesen Begriff findet. Die ältere Nationalökonomie lehnt den Begriff der Weltwirtschaft als einer neuen Stufe des sozialwirtschaftlichen Lebens in unserer Zeit im allgemeinen noch ab, obgleich doch schon deutlich genug zutage tritt, wie unendlich mannigfaltig in der Tat die Beziehungen zwischen

Einzelwirtschaft, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft geworden sind, und wie außerordentlich groß auch bereits die Zahl der internationalen Übereinkünfte privatwirtschaftlicher und staatlicher Natur sind, die bestimmte Regelungen in das weltwirtschaftliche Verkehrsgetriebe bringen.

Die vielseitigen internationalen Beziehungen im heutigen Wirtschaftsleben beschränken sich natürlich nicht auf den internationalen Güterverkehr, sondern erstrecken sich ebenso auf den Menschenverkehr — spielt doch die „Weltsachsengängerei" in der heutigen Weltwirtschaft eine sehr hohe Rolle — und auf den internationalen Nachrichtenverkehr. Alles in allem haben die zwischenstaatlichen Beziehungen der Einzelwirtschaft heute in der Tat einen so hohen Umfang angenommen, daß von einer „Weltverkehrsgesellschaft" geredet werden darf, und eine Unzahl internationaler Vereinbarungen regelt und fördert diese Beziehungen. Es ist aber sicherlich kein Zufall, daß erst die neueste Zeit den ersten umfassenden Versuch der Begründung einer „Weltwirtschaftslehre" gebracht hat, und ebensowenig ein Zufall, daß ihr Verfasser, der Kieler Professor Bernhard Harms, zu der neuen Generation der deutschen Nationalökonomen gehört, die in der Zeit nach der Reichsgründung geboren worden sind. Vom politischen Standpunkt aus begrüßen wir die Weltwirtschaftslehre als ein notwendiges Rüstzeug des Imperialismus, unter dessen Zeichen wir gerückt sind und in dessen praktischer Verfolgung die theoretischen Arbeiten der „sozialökonomischen Kronprinzen" uns wirksam unterstützen sollen.

Wie die Wissenschaft dem Zeitalter des Imperialismus ihren Tribut zu zollen beginnt, so auch das parteipolitische Leben. Von seiten der politischen Parteien sind die ersten Ansätze hierzu zu verzeichnen innerhalb der nationalliberalen Partei, die sich auf ihre Tradition aus der Zeit vor der Reichsgründung besonnen und erkannt hat, daß ihr nationales Programm von ehedem heute sinngemäß erweitert werden muß zu einem imperialistischen Programm. Seit einiger Zeit haben die Führer der nationalliberalen Partei

zu wiederholten Malen ausdrücklich den Imperialismus als einen Bestandteil des nationalliberalen Programms proklamiert, und der letzte nationalliberale Parteitag vom 12. Mai dieses Jahres hat seine lebhafteste Zustimmung gerade zu dieser Programmerweiterung gegeben. In den Reihen der nationalliberalen Reichstagsfraktion fehlt es nicht an Mitgliedern, die in diesem Sinne eifrig tätig sind, wie beispielsweise die Abgeordneten Dr. Stresemann, Frhr. v. Richthofen u. a. Wir, die wir wünschen, daß der imperialistische Gedanke Gemeingut unseres Volkes werden möge, sind weit davon entfernt, etwa erstreben zu wollen, daß eine einzelne Partei diesen Gedanken für sich gewissermaßen monopolisieren sollte oder dürfte; aber wir erkennen es gern an, daß von seiten jener Partei, die dereinst um des Reiches Einheit am meisten bemüht war, jetzt auch der Anfang gemacht worden ist, das zur Selbstverständlichkeit gewordene nationale Programm imperialistisch auszudehnen und das Bekenntnis zum Imperialismus hineinzubeziehen in das politische Parteiprogramm, in dem es bald bei allen bürgerlichen Parteien seinen Platz wird finden müssen.

Auf der anderen Seite steht die Sozialdemokratie im Begriff, auf ihrem diesjährigen Parteitag den Imperialismus — natürlich in ablehnendem Sinne — zu behandeln. Auch darin sehen wir in gewissem Grade ein erfreuliches Zeichen; denn der Umstand, daß die Sozialdemokratie es für nötig hält, dem Imperialismus einen Programmpunkt in der Tagesordnung ihres Parteitags zu widmen, zeigt doch eben gerade, daß man auch auf dieser Seite mit der Sieghaftigkeit des imperialistischen Gedankens im bürgerlichen Lager rechnen zu müssen meint.

So werden die Probleme des deutschen Imperialismus zusehends zu dem großen Problem des Tages! Die Saat reift und harrt des Schnitters, das Volk lernt imperialistisch denken und wartet auf die Führer, die es bestimmten positiven Zielen des Imperialismus entgegenzuführen gewillt und befähigt sind.

Ziele des deutschen Imperialismus

Wenn irgendeine Macht gegen den Verdacht gefeit sein sollte, daß ihr Imperialismus den bedrohlichen Charakter des Strebens nach Weltherrschaft im alten Sinne annehmen könnte, so ist es sicherlich das Deutsche Reich. Auch als Kaiser Wilhelm den Ausspruch tat: „Das Deutsche Reich ist ein Weltreich geworden", hatte er selbstverständlich nicht etwas Ähnliches im Auge, wie die Weltreiche alter Zeit, sondern er wollte lediglich ausdrücken, daß unser Reich mit eingerückt ist in die Reihe der Weltmächte, deren mehrere nebeneinander auf diesem weiten Erdenrund sehr wohl Platz finden.

Der Imperialismus anderer Weltmächte geht nun freilich bis zu dem Streben nach Beherrschung, wenn auch nicht der ganzen Welt, so doch ganzer Weltteile. England beansprucht, Herrin zu sein auf allen Weltmeeren — ein Anspruch, der von Deutschland nicht entfernt in dem Maße eingeschränkt wird, wie von den Vereinigten Staaten und Japan, die mit ihren Flotten Herren auf dem Stillen Ozean sein wollen. Rußland und die Nordamerikanische Union streben je nach der Oberhoheit über die beiden größten Erdteile; England verfügt unumschränkt über den kleinsten Kontinent und beansprucht womöglich in geschlossener Verbindung die ganze Osthälfte Afrikas und den ganzen Süden Asiens.

Nicht annähernd so weite Ziele steckt sich der deutsche Imperialismus. Ja, wenn wir uns ehrlich prüfen, dann werden wir zu der Entdeckung gelangen müssen, daß überhaupt noch keine klaren, greifbaren und erreichbaren Ziele des deutschen Imperialismus aufgesteckt sind. Und dieser Mangel an sichtbaren und erreichbaren Zielen eines deutschen Imperialismus ist es, den man meines Erachtens in großem Umfange verantwortlich machen kann für das unbehagliche Gefühl, von dem das politische Leben in Deutschland erfüllt ist.

Denken wir zurück an die Zeit vor den letzten Reichstagswahlen. Kein Zweifel: in den Tagen nach dem „Panther"-

Sprung ging durch das deutsche Volk ein starkes Sehnen nach imperialistischen Zielen, und die Reichstagswahlen hätten wohl ebenso zweifellos einen ganz wesentlich anderen Ausgang genommen, wenn die Regierung sich dieses Volkssehnen zunutze gemacht, wenn sie in der Lage gewesen, ihrerseits erstrebenswerte imperialistische Ziele aufzustellen und dem Volke vorzuhalten. Das Ergebnis der Reichstagswahl war schließlich die Quittung für die große Enttäuschung. Da es nicht gelang, dem Volkssehnen Erfüllung zu verheißen, so verfiel man um so verärgerter und erbitterter wieder zurück in den kleinlichen Parteizank.

Und trotzdem hat der Reichstag, der unter so ungünstigen Umständen geboren wurde, doch das imperialistische Banner hochgehalten, indem er ganz anders als in alten Zeiten die Stärkung der deutschen Wehrmacht zu Wasser und zu Lande ohne viel Streiten und Feilschen kurzerhand durchführte und sich auch einmütig bereit erklärte, jede Sorge zu tragen für die weitere Sicherung unserer finanziellen Kriegsbereitschaft. Würde dieser Reichstag der Regierung nicht auch folgen, wenn sie sich stark machte, ihn positiven imperialistischen Zielen draußen in der Welt entgegenzuführen?

Wo aber soll man sie suchen? Die deutsche Geschichte alter Jahrhunderte scheint Deutschland zu weisen auf die Wege eines osteuropäischen Imperialismus. Aber längst hat das kolonisierende Vordringen der Germanen nach Osten haltgemacht, ist es gewichen vor einer slawischen Rückflut, gegen die wir auch in den eigenen Reichsgrenzen nur mit äußerster Mühe noch anzukämpfen vermögen. Niemand in deutschen Landen denkt heute auch nur entfernt daran, eine weitere Hinausschiebung der östlichen Landesgrenzen zu wünschen, die uns nur noch mehr belasten würde mit der Sorge um die Bannung der slawischen Gefahr.

Wären wir freilich auf den alten östlichen Bahnen der deutschen Ausbreitung geblieben, dann gäbe es heute vermutlich einen ausgeprägt kontinentalen Imperialismus, dessen Ziel es sein würde, das Deutschtum immer massiger

ostwärts zu treiben und mit ihm die Lande zwischen dem Schwarzen und dem Finnischen Meer zu durchdringen. Während des letzten Jahrhunderts aber hat das deutsche Element in dem deutsch-slawischen Ringen um den Boden, mit dem das östliche Vordringen der Deutschen naturgemäß verbunden war, den Kürzeren gezogen. Nach der Teilung Polens mußte die deutsche Kraft in erster Linie konzentriert werden auf die Preußen angegliederten, früher polnischen Landesteile; und deren rechte Eindeutschung wollte nicht gelingen, weil dem in jüngster Zeit wieder so viel zitierten Schlagwort Schorlemers des Älteren: Germanisieren ist Protestantisieren! seit des toleranten Friedrich Zeiten jede Berechtigung fehlt.

Früher war es umgekehrt. Da wurde durch Protestantisierung germanisiert. Sprechender Beweis die beiden Hälften der sogenannten Kaschubei, deren westlicher, hinterpommerscher Teil zu einer Zeit an Preußen fiel, da die protestantische Staatshoheit auch noch die Protestantisierung der Bevölkerung zur mehr oder weniger sicheren Folge hatte. Hier ist eine vollständige Germanisierung eingetreten, wogegen der erst unter dem Großen Friedrich an Preußen gekommene östliche, westpreußische Teil der Kaschubei unter der Leitung des polnisch-katholischen Klerus im großpolnischen Fahrwasser verblieben ist.

Heute haben wir die größten Schwierigkeiten, im Kampfe um den ostmärkischen Boden innerhalb der eigenen Landesgrenzen nicht zu unterliegen, und können den Gedanken an eine weitere Ausdehnung ostwärts überhaupt nicht mehr ins Auge fassen. Im Gegenteil, aus den alten östlichen Gebieten deutscher Auswanderung und Kolonisation ziehen wir heute die vor der Slawenherrschaft weichenden Rückwanderer zurück.

Ein ostwärts gewandter deutscher Kontinental-Imperialismus als natürliche Fortsetzung alt-historischer Ausdehnung des Deutschtums, wie er heute praktisch nicht mehr diskutabel erscheint, hätte eine von zart humanen Rücksichten freie Herrenpolitik zur Voraussetzung gehabt. Wir hätten

einerseits die Slawen im eigenen Lande nicht heben dürfen dadurch, daß wir sie der allgemeinen deutschen Volksschulbildung teilhaftig machten, und wir hätten anderseits die deutschen Kräfte nicht verwenden dürfen in starker Industrialisierung unserer Volkswirtschaft, sondern durch prononzierte, gewollt einseitige Unterstützung der Landwirtschaft die ländlichen Besitzer instand setzen müssen, durch ihre nachgebornen Söhne in dem systematisch zu pflegenden Zug nach dem Osten immer neuen Boden in die deutsche Hand zu bringen. Derartige, in Anknüpfung an die Vergangenheit theoretisch denkbare kontinentale Ziele eines deutschen Imperialismus sind heute, wie gesagt, unter den völlig veränderten Verhältnissen praktisch nicht mehr in Betracht zu ziehen.

Ebensowenig denken wir — so weit uns nicht etwa im Kriegsfalle unsere Gegner durch die Invasion über „neutrale" Länder dazu direkt zwingen sollten! — an eine Erweiterung unserer europäischen Grenzen an anderen Stellen. Mag man beispielsweise gelegentlich bedauern, daß der deutsche Rhein keine deutsche Mündung hat, so wird man bei uns doch immer die Selbständigkeit der Niederlande achten und es für den Kriegsfall sogar als Vorteil empfinden, daß dieser deutsche Strom in einem neutralen, uns die weitere Zufuhr verbürgenden Lande mündet — sofern es nur seine Neutralität auch wirklich zu wahren vermag!

Ganz neuerdings hören wir von Zeit zu Zeit aus dem hohen Norden Weckrufe zu einem germanischen Imperialismus, unter dessen Zeichen Deutschland den skandinavischen Landen helfen soll in ihrer etwa notwendigen Verteidigung gegen russische Vorstoßversuche nach dem Norden des Atlantischen Ozeans. Gewiß hätte das Zusammengehen mit den nordischen Blutsverwandten etwas rassenmäßig Wohltuendes, doch stoßen wir dabei auf nicht geringe Hindernisse: in erster Linie die feindselige Stimmung eines großen Teils der dänischen Bevölkerung gegen Deutschland, des weiteren die alte norwegisch-schwedische Uneinigkeit. Dazu kammt, daß die drei nordischen Königreiche übervölkert sind

und uns demgemäß in keiner Weise ein eigentliches Expansionsgebiet darzubringen vermögen.

Betrachten wir die Bevölkerungsstatistik der drei Nordlande, so sehen wir in Dänemark bei 2,8 Millionen Einwohnern und einem Geburtenüberschuß von 40000 Köpfen jährlich die verhältnismäßig schon recht hohe Auswanderung von 9000 Köpfen im Jahr; in Schweden bei 5,5 Millionen Einwohnern und einem Geburtenüberschuß von 60000 Köpfen eine Auswanderung von 22000, der hier allerdings noch eine Einwanderung von 8000 Köpfen gegenübersteht, und zwar vorwiegend aus dem benachbarten Norwegen und Finnland. Am schlimmsten ist es in Norwegen bestellt, dessen harter und kalter Boden dem Bevölkerungszuwachs fast gar keinen Raum läßt. Hier finden wir bei 2,4 Millionen Einwohnern und einem Geburtenüberschuß von 30000 Köpfen eine Auswanderung von jährlich 16—20000 und darüber. Fassen wir alle drei Nordlande zusammen, so kommen wir zu 10,7 Millionen Einwohnern, einem Geburtenüberschuß von 130000 Köpfen und einem Überschuß der Auswanderung über die Einwanderung von 41000 pro Jahr. Also nahezu ein Drittel des natürlichen Volkswachstums muß von diesen Staaten jährlich abgestoßen werden. Die Interessen des deutschen Imperialismus gehen aber doch schließlich auf Expansion, und es ist klar, daß Länder mit solchen Bevölkerungsverhältnissen Expansionsmöglichkeiten nicht darbieten.

Wie ist es nun um unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu den drei Nordlanden bestellt, die doch auch eine sehr wesentliche Rolle zu spielen haben, wo imperialistische Interessen geweckt werden sollen? In der deutschen Einfuhr figurieren Schweden und Dänemark mit je 1,8%, Norwegen mit 0,6%; alle drei zusammen also nur mit 4,2%. In der deutschen Ausfuhr: Dänemark mit 3%, Schweden mit 2,5%, Norwegen mit 1,6%, zusammen also mit 7,1%. Für unsere Ausfuhr stellen die drei Nordlande zusammen genommen also freilich einen recht beträchtlichen Markt dar, denn ihr Gesamtanteil an der deutschen Ausfuhr bleibt nur wenig

zurück hinter dem Anteil Rußlands oder Frankreichs. Dänemark ist für uns ein wertvoller Lieferant der Erzeugnisse seiner Viehzucht zur Ergänzung der heimischen Produktion; Norwegen liefert uns an erster Stelle die Erträgnisse seines Fischfangs, und Schweden vollends ist ein je länger um so unentbehrlicher werdender Lieferant von Erzen. Dazu kommt eine bedeutende Einfuhr von Holz und Pflastersteinen aus Schweden. Als Abnehmer sind alle drei Nordlande vor allen Dingen unseren Getreideproduzenten, daneben unserer Zucker-Industrie und unserer Textil-Industrie von Wert. An wirtschaftlichen Interessenverbindungen also fehlt es nicht. Ein großimperialistisches Ziel aber werden die übervölkerten Länder uns vom Standpunkt der deutschen Interessen kaum zu bieten haben, zumal ja auch die Vorzüge der Rassenverwandtschaft mindestens zum Teil aufgewogen werden durch die obenerwähnten Mißhelligkeiten.

Daß ein militärisch-politisches Zusammengehen mit den drei Nordlandstaaten für uns beträchtlichen Wert erhalten könnte, liegt freilich auf der Hand. Aber hier gehen die Interessen der in Vorschlag gebrachten Kontrahenten doch wieder weit auseinander. Denn unser militärisches Interesse wäre darauf gerichtet, daß unter dem Zeichen des germanischen Imperialismus Dänemark die Ostsee gegen den Einbruch der englischen Flotte sicherte und Norwegen uns ev. Flottenstützpunkte im Fall eines deutsch-englischen Krieges zur Verfügung stellte. Die nordischen Erfinder des germanischen Imperialismus aber sind weit davon entfernt, eine Defensivstellung gegen England ins Auge zu fassen; für sie handelt es sich vielmehr um die Defensivstellung gegen Rußland. Und mit diesem ausgesprochnen Ziel wäre der „germanische Imperialismus" nur geeignet, zu unserm Nachteil die deutsch-russischen Beziehungen zu trüben. Womit nicht gesagt sein soll, daß nicht in späterer Zukunft einmal, wenn die unfreundlichen Erscheinungen der deutsch-englischen Rivalität behoben sein sollten, die gemeinsame germanische Abwehr gegen slawisches Vordringen zu einer ernsten Aufgabe werden könnte.

Die eigenen Interessen des Reiches verweisen uns mehr auf den Zusammenhalt mit dem europäischen Südosten; auf die gemeinsame Freihaltung der mitteleuropäischen, durch Vorderasien führenden Ausgänge nach dem Indischen Ozean hin; auf die wirtschaftliche Annäherung und wechselseitige Kräftigung der Lande zwischen Elbe und Euphrat; auf die Ergänzung unserer volkswirtschaftlichen Produktion durch die Produktion Südosteuropas und die zu entwickelnden vorderasiatischen Kulturen; auf den festen militärpolitischen Zusammenhalt der Lande quer durch Mittel- und Südost-Europa in der Abwehr nach Ost und West.

Das aber ist kein deutscher Imperialismus im engeren Sinne; denn hier kann und will Deutschland keine politische Herrschaft erstreben, sondern nur Hand in Hand gehen mit seinem alten Bundesgenossen und mit einer nach Möglichkeit gestärkten Türkei. Man könnte es höchstens einen mitteleuropäischen Staatenbund-Imperialismus nennen, für den uns, die wir das Reich nicht als Einheitsstaat, sondern als Bundesstaat haben entstehen und sich entwickeln sehen, das Verständnis nicht fehlt, der aber als politisches Hochziel den Köpfen der Masse freilich nicht so leicht und so lockend eingehen wird, wie der einheitlichere imperialistische Gedanke in anderen Ländern.

„Wäre ich ein Deutscher, so würde ich in meinen Zukunftsträumen ein großes Österreichisch-Deutsches Reich sehen, mit vielleicht zwei Hauptemporien, das eine Hamburg, das andere Konstantinopel, mit Häfen an der Ost- und Nordsee, am Adriatischen, Ägäischen und am Schwarzen Meer, ein Reich oder vielmehr einen Staatenbund, der seinen Einfluß durch Kleinasien und Mesopotamien geltend machen sollte. Dieses ununterbrochene Imperium, das von der Mündung der Elbe bis an die des Euphrat reichen würde, wäre doch gewiß ein so stolzes Ziel,

wie es eine große Nation nur träumen und anstreben kann." Also schrieb Sir Harry Johnston, einer der ersten Kolonialbeamten Englands, im Jahre 1903, und er hat auch in der Folgezeit diesem Gedanken wiederholt Ausdruck gegeben.

Daß Deutschland seinerseits derartige Pläne im engeren imperialistischen Sinne nicht hegt, braucht kaum betont zu werden. Im Sinne eines Staatenbundes freilich — wesentlich auch mit wirtschaftspolitischem Zusammenhalt — ist hier allerdings eine Aufgabe der Zukunft angedeutet, auf die uns schon in früheren Jahrzehnten Männer wie Friedrich List und Moltke hingewiesen haben.

Die Länder zwischen der Nordsee und dem Persischen Meer werden, wenn sie einander gegenseitig wirtschaftspolitische Vorzugsbehandlung einräumen, in der Lage sein, insgesamt ihre volkswirtschaftliche Stellung wesentlich zu stärken, und nach außen hin beträchtlich unabhängiger dazustehen. Deutschland könnte seiner hochentwickelten Industrie in der Nähe einen neubelebten Absatzmarkt sichern, der ihr um so notwendiger ist, je schärfer auf anderen Märkten die amerikanische, in gewissem Umfange auch die japanische Konkurrenz zu werden droht; je mehr Amerika seine industriellen Rohstoffe, anstatt sie nach Europa auszuführen, in eigener Fabrikation verarbeitet und den europäischen Fabrikaten damit nicht nur auf dem ganzen amerikanischen, sondern auch auf dem ostasiatischen Markte schwere Konkurrenz zu machen bestrebt ist. Auch bezüglich der Befreiung der deutschen Volkswirtschaft von der amerikanischen Monopolstellung in der Rohstofflieferung würden gerade die Länder im europäischen Südosten und in Vorderasien sehr wertvolle Dienste leisten können.

In einem Lande, das, wie England, in den Ideen der Länderzusammenfassung — vom Kap bis Kairo, vom Nil bis zum Yangtse — schwelgt, oder das, wie Frankreich, ganz Nordafrika zu einem einheitlichen Kolonialreich zusammenschweißen möchte, ist es wohl erklärlich, wenn man sich auch

das Streben der mitteleuropäischen Kaisermächte nicht anders vorstellen kann als durch die Idee eines „Imperiums" von der Rhein- bis zur Donau-, von der Elbe- bis zur Euphratmündung. Niemand aber denkt in Mitteleuropa selbst an die Schaffung eines solchen Imperiums unter einem Kontinentalherrn; und wer anderwärts davon spricht, setzt sich leicht dem Verdachte aus, daß er die einzelnen, politisch durchaus selbständigen Teile dieser großen und tatsächlich in einer gewissen Interessengemeinschaft stehenden Ländermasse und ihre Beherrscher gegeneinander hetzen wolle.

Man wird sich aber im Auslande schließlich daran gewöhnen müssen, die mitteleuropäische Politik mit anderen Maßen zu messen als die eigene imperialistische Politik. Denn was ist an jenen Ideen Tatsächliches? Offensichtlich das Vorhandensein einer ausgedehnten wirtschaftlichen und in gewissem Umfang auch militärisch-politischen Interessenverbindung, die ganz naturgemäß das Mündungsland der Elbe mit dem Hinterland dieses Stromes und ebenso das Mündungsland der Donau mit dem Hinterland dieses Stromes verknüpft. Dieser Interessenverknüpfung entsprechen als ebenfalls ganz natürlich freundschaftliche Beziehungen zwischen den Niederlanden, Deutschland, Österreich-Ungarn und Rumänien. Das Wirtschaftsgebiet der Türkei, und zwar sowohl der europäischen wie der asiatischen, schließt sich zwanglos an als ein Gebiet, in dem deutsche Pionierarbeit ansehnliche Kulturwerke geschaffen hat und eifrig zu schaffen fortfährt. Und je weiter diese Kulturarbeit sich entwickelt, insbesondere auch in Mesopotamien, um so vollständiger werden die gegenseitigen wirtschaftlichen wie auch militärpolitischen Ergänzungsmöglichkeiten innerhalb des ganzen Gebietes zwischen der Rheinmündung und der Euphratmündung.

Aber ein großer Unterschied ist doch zwischen der wechselseitigen wirtschaftlichen Ergänzung der einzelnen Länderteile dieses Gesamtgebiets, der auf der Grundlage dieser wirtschaftlichen Interessenverwandtschaften sehr natürlichen

politischen Freundschaft — und der Schaffung eines einheitlichen mitteleuropäisch-vorderasiatischen Imperiums. Derartige Weltmachtpläne sind ohne jede Frage den leitenden Kreisen in Berlin sowohl wie in Wien durchaus fremd.

Nur die Grundlagen für die Entwicklung eines Staatenbund-Imperialismus — wie ich es oben nannte — scheinen hier doch immerhin gegeben. Und zweierlei ist dabei wohl zu beachten: einmal, daß der Imperialismus an sich sehr wohl das Streben nach weiteren als rein nationalen Gebilden darstellen kann, wie er im großen und ganzen auch etwas lockerere Gefüge umfaßt als die festumrissenen Nationalstaaten. Ja, man wird letzten Endes den Imperialismus als eine neue Stufe im Völkerleben bezeichnen dürfen, die über den Nationalismus hinausgeht, ohne deshalb diesem seine Bedeutung und seinen Wert zu nehmen. Und zum zweiten ist zu beachten, daß es doch sehr wesentlich wirtschaftliche Gründe sind, auf denen und aus denen der Imperialismus erwächst, und daß in der Tat schon heute wirtschaftliche Tendenzen am Werk sind, einem mitteleuropäischen Staatenbund-Imperialismus ähnlich vorzuarbeiten, wie die auf den Zusammenschluß des deutschen Zollvereines hinzielenden Bestrebungen ihrerseits der Gründung des deutschen Staatenbundes vorgearbeitet haben. (Mitteleuropäischer Wirtschaftsverein, Mitteleuropäische Zollunion!)

Bleiben wir bei der Frage nach dem deutschen Imperialismus als solchem, so sehen wir, daß er, von kontinentalen Ausbreitungsgedanken notwendigerweise abgelenkt, heute nach überseeischen Zielen sucht. Wo aber sie finden? In Amerika tragen wir vorbehaltlos der Monroedoktrin Rechnung. Das kolonisationsfähige Asien wird durch Rußland und England aufgeteilt. Soweit vom großen chinesischen Reich Teile absplittern können, erscheinen sie gleichfalls als Rußlands und Englands, zum Teil auch als Japans Beute. Der verbleibende Rest wird schwerlich ein Objekt internationaler Teilungspläne bilden können (für deren etwaiges Eintreten die Richtlinien des Yangtse-Abkommens nicht zu

vergessen sind!). Gedanken, wie man sie in dieser Beziehung gegen Ende des vorigen Jahrhunderts gehegt, sind aber wohl ziemlich allgemein aufgegeben. Australien befindet sich in der britischen Hand, und die Inselwelt des Stillen Ozeans ist unter deutscher Beteiligung vergeben.

Bleibt nur der schwarze Erdteil, der bis auf einige Reste zwar auch bereits unter die europäischen Kolonialmächte verteilt ist, sich aber allem Anschein nach im Stadium einer neuen Aufteilung befindet. Frankreich geht mit großer Zähigkeit dem Plan eines zusammenhängenden nordafrikanischen Imperiums unter der Trikolore zwischen dem Mittelmeer, der Atlantischen Küste und dem Guineabusen nach; England verfolgt den alten Kap-Kairo-Plan; und Kolonialpolitiker beider Länder, früher nur außeramtliche, in neuerer Zeit hier und dort aber auch beamtete, scheinen Deutschland wenigstens zum Teil jenes zentralafrikanische Imperium zubilligen zu wollen, von dem man im vorigen Jahr auch an halbamtlichen deutschen Stellen geflüstert hat. Die große Frage aber ist, ob man uns hier nicht allerlei Opfer zumuten will, die mit dem schließlich zu erreichenden Ziele nicht in Einklang stehen. Jedenfalls wird unsere Diplomatie in Sachen der afrikanischen Neuteilungspläne sich der größten Wachsamkeit zu befleißigen haben, um eine Übervorteilung Deutschlands zu verhüten. Nur eine überaus gewandte und stark gewappnete Diplomatie wird in der Lage sein, uns diesen deutschen Zentralafrika-Imperialismus wirklich schmackhaft zu machen. Es wird auf dieses Thema noch besonders zurückzukommen sein.

So sehen wir, daß es schwer genug hält, dem deutschen Imperialismus klare, positive Ziele zu bieten. Und doch wird man in Anbetracht unserer ganzen inneren und äußeren Lage nur immer wieder sagen können: das größte Verdienst um unser deutsches Volk wird sich erwerben, wer dem deutschen Imperialismus erstrebenswerte und erreichbare Ziele setzt.

Die Mittel des deutschen Imperialismus

Doppelter Natur sind die zur Verfügung imperialistischer Politik notwendigen Mittel: Es bedarf der Machtmittel und der Geldmittel. Konnten wir uns ehedem beschränken auf unsere kontinentale Verteidigung, so zwingt die heutige Weltlage, zwingt unsere heutige enge Verknüpfung mit der Weltwirtschaft, zwingt der heutige Stand der Technik uns dazu, sozusagen in allen Elementen gewappnet zu sein: auf dem festen Lande, im Wasser und in der Luft.

Die Zeiten haben sich auch insofern gewandelt, als wir uns heute nicht einfach auf die Weisheit der Regierung verlassen können, die schon für alles Nötige sorgen wird und der gegenüber die Volksvertretung höchstens die Aufgabe hat, den Daumen auf den Beutel zu drücken und von dem Geforderten möglichst viel abzustreichen. Nein! Da in der imperialistischen Bewegung selbst nach dem Muster der ehemaligen, auf die Reichsgründung abzielenden nationalen Bewegung aus dem Volke heraus die Triebkräfte sich regen müssen, so müssen sie sich auch regen, um Wache zu halten, daß wir auf allen drei Gebieten hinlänglich gewappnet sind. Sehen wir es nicht deutlich genug an der Sammlung für die Nationalflugspende, daß die etwas lahme Initiative der Regierung der Nachhilfe bedarf? Da müssen wir auch den alten Gedanken fallen lassen, daß die Regierung für Heer und Flotte immer von sich aus das Ausreichende besorgt und wir uns nur zu hüten hätten, ihr überflüssig viel zu bewilligen.

Unmöglich kann man in halbwegs moderner Auffassung Volk und Regierung in dieser Beziehung immer noch in einen gewissen Gegensatz zueinander stellen. Wem soll unsre Wehrmacht zu Lande, zu Wasser und in der Luft dienen? Der Regierung? Nein. Dem Schutz des Volkes und Vaterlandes, dem Schutz unserer Volkswirtschaft und der Sicherung unseres Anteils an der Weltwirtschaft. Daran ist der letzte Mann im Volke, ist zumal jeder erwählte Volksvertreter nicht um einen Deut weniger interessiert als die

Regierung selbst. Von dieser einzig zeitgemäßen Auffassung wollen wir uns doch nicht abbringen lassen durch gewisse Rückfälle der Parlamentarier in alte, abgetane Doktrinen, wie sie sich hie und da leider immer wieder zeigen.

Einzig und allein unserer militärisch-maritimen Bereitschaft verdanken wir, daß unsere Stellung in der Welt heute nicht noch viel schwieriger ist, als sie sich ohnehin schon gestaltet hat. Obwohl durch eine mehr als vierzigjährige Friedenspolitik Deutschland wie keine andere Weltmacht klipp und klar bewiesen hat, daß es keine Händel sucht, keine Angriffsgelüste hegt, keine Raubpolitik treiben, sondern sich friedlicher Wirtschaftsentwicklung und ungestörter Arbeit hingeben will, malte man es durch lange Jahre in fast der gesamten Auslandspresse doch mit Vorliebe als den gefährlichen Störenfried, den beutelustigen Abenteurer, den ländergierigen Eroberer. England und Amerika, Rußland und Frankreich, Japan und Italien haben in dieser Zeit Kriege — teils recht einträgliche Kriege geführt, Beutezüge unternommen, glückliche und minder glückliche Bereicherungspläne mit den Waffen in der Hand verfolgt — Deutschland ließ das Schwert in der Scheide, soweit es nicht durch koloniale Aufstände oder gemeinsame Militär-Aktionen der Mächte (Boxeraufstand) zur Verteidigung gezwungen war.

Seit dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelm II. hat keine Kolonialmacht der Erde sich so wenig durch Neuerwerbungen ausgebreitet wie das Deutsche Reich! Trotz alledem und alledem galt es immer als der Störenfried. Aber sehen wir doch einmal zu, *wann* ihm diese Verdächtigung am meisten angehängt wurde! Da stoßen wir auf die überraschende, auf die scheinbar so paradoxe Tatsache: Gerade dann, wenn es einen gewissen *Übereifer in unbedingter Friedenssehnsucht* entfaltete; wenn seine Auslandspolitik einen schwächlichen Charakter trug oder zu tragen schien; wenn es zwecks Beruhigung des Auslandes oder aus Sparsamkeitsgründen den Ausbau seiner Rüstung offensichtlich ungenügend pflegte. Als im Jahre 1911 alle diese Um-

stände zeitweise zusammentrafen — da war die Hetze gegen Deutschland auf ihrem Höhepunkt.

Ist diese seltsame Erscheinung so paradox, wie sie auf den ersten Blick anmutet? Mit nichten! Man kann bequem und zielbewußt gegen Deutschland hetzen und Deutschland verdächtigen, wenn man vermeint, mit leichter Mühe darüber herfallen zu können, und für den Überfall einen moralischen Mantel braucht. Das ist das ganze Geheimnis. Heute ist der Ton doch wieder ein wesentlich anderer. Und warum? Weil man den Irrtum, den Rechenfehler eingesehen, weil man Deutschlands Stärke, seine ruhige Bereitschaft erkannt hat! Was versprach man sich im mißgünstigen Ausland nicht alles von dem Reichstag mit den 110 roten Mandaten! Und nun hat gerade dieser Reichstag ohne viel Federlesens mit der glatten Bewilligung der Wehrvorlagen wieder gut gemacht, was im vorigen Jahre mit der engherzigen Sparpolitik verdorben worden.

Manches andere kam wohl hinzu. So die einmütige Bereitschaft aller bürgerlichen Parteien, auch den Finanzen des Reiches aufs neue eine bedeutende Stärkung zuteil werden zu lassen. Dann die wiederholten Glanzleistungen der Zeppelinkreuzer, die zur Genüge erwiesen, wie rasch und sicher so ein Luftkreuzer über fremden Heereslagern, Flotten und Hauptstädten erscheinen könnte. Wohl auch jenes durch und durch kriegsmäßige Manöver, das dartat, wie schwierig beispielsweise eine Überrumpelung unseres wohlgesicherten Borkumer Außenpostens ist. Vielleicht hat auch irgendein Spion Gelegenheit gehabt, sich die Befestigungen von Helgoland ganz intim in allen Einzelheiten anzuschauen — er wird nur mit höchstem Respekt darüber haben berichten können! Endlich der zweifellos ganz ausgezeichnete Eindruck unseres Besuchsgeschwaders in Amerika.

Alle diese sichtbaren Zeichen ruhiger Bereitschaft wirkten erfreulich beruhigend auf die kurz zuvor noch so lärmenden Schreier im Ausland. Beweis genug, daß nicht das wohl-

gerüstete Deutschland ein Störenfried ist, sondern nur der Glaube an Deutschlands Schwäche dem Weltfrieden Gefahr bringt.

Wir gehen keinerlei agressiven politischen Zielen nach, wie sie doch anderen Mächten durchaus nicht fremd sind. Dürfen wir uns aber dauernd aus Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Gefahren veranlaßt sehen, unsere Machtmittel ungenützt zu lassen, auch wenn die Teilung der Welt ohne unsern aktiven Anteil so weit zu gehen droht, daß wir dabei volks- und weltwirtschaftlich ernste Gefahr laufen? In den Zeiten hochgehender politischer Erregung sind uns oft genug wieder die volkswirtschaftlichen Schreckniſſe eines Krieges vor Augen geführt worden. Es hat sich in dieser Beziehung bei uns eine völlig einseitige Betrachtungsweise eingebürgert, die sich im wesentlichen darauf beschränkt, nur diejenigen volkswirtschaftlichen Zustände ins Auge zu fassen, die sich während des Krieges selbst entwickeln müssen oder zu entwickeln drohen. Man übersieht dagegen nahezu allgemein und vollkommen, was nachher sein würde.

Wenn nun auch die unmittelbaren Kriegsgefahren des Sommers 1911 vorüber sind, so haben sich doch auch nachträglich wieder allerlei bedenkliche Anzeichen dafür geltend gemacht, daß wir uns auch in Zukunft nicht einfach der Ruhe des gesicherten Friedens hingeben dürfen, sondern vielmehr jederzeit darauf gefaßt sein müssen, daß plötzlich der Funke ins Pulverfaß schlägt. Da gilt es, die volkswirtschaftliche Kriegsfurcht zu überwinden, die einerseits das gesunde Selbstvertrauen lähmt, anderseits den Neidern und Wettbewerbern und möglichen Gegnern nur einen Anreiz bietet, zu passender Zeit zum großen Schlage auszuholen, gestützt auf die durch deutsche Publikationen und auch durch gewisse Vorgänge während der vorjährigen sommerlichen Krisenzeit genährte Erwartung, daß die deutsche Volkswirtschaft den Schlag nicht überstehen werde und daß die Rücksicht auf sie Deutschland zwingen würde, sich alsbald auch mit einem ungünstigen Frieden abzufinden.

Daß in Wahrheit die deutsche Volkswirtschaft im Kriegsfall nicht derartig gefährdet ist, wie es im In- und Auslande überwiegend angenommen wird, ist in den letzten Jahren von verschiedenen Seiten (auch vom Verfasser) nachgewiesen worden; es sei hier nur an einige wenige Hauptgesichtspunkte ganz kurz erinnert: Selbst ein Zweifrontenkrieg und eine Blockade unserer Haupthäfen schaltet uns doch schließlich nicht aus dem Weltverkehr aus, sondern läßt uns die Reservewege über Genua und Venedig, über Triest und Fiume, zum mindesten über die Donau. Wenn aber Ein- und Ausfuhr auch eine sehr wesentliche Einschränkung erleiden werden, so ist insbesondere hinsichtlich der Nahrungsmitteleinfuhr doch im Auge zu behalten, daß sie in den Zeiten der Not zu einem sehr großen Teile als entbehrlicher Luxus recht wohl einschränkungsfähig erscheint. Und auf industriellem Gebiete werden mancherlei schädliche Wirkungen des Krieges durch einander kompensiert, so die Verringerung der Rohstoffeinfuhr und Warenausfuhr durch die massenhafte Entziehung von Arbeitskräften für den Heeresdienst.

Die früher erbrachten Nachweise, daß Deutschland im Kriegsfall nicht so leicht auszuhungern ist, wie optimistische Gegner es sich einreden mögen, sollen hier nicht wiederholt werden. Es soll vielmehr darauf aufmerksam gemacht werden, daß man doch nicht immer nur furchtsam sein Auge halten darf auf die schädlichen unmittelbaren Folgen, mit denen selbstverständlich jeder Krieg das Land bedroht, sondern auch hinauszublicken hat auf die späteren mittelbaren Folgen, und diese späteren Wirkungen eines erfolgreichen Krieges zu vergleichen mit Zuständen, wie sie bei unbedingter Innehaltung des Friedens um jeden Preis eintreten können.

In gewissen englischen Kreisen gilt es seit Jahren als ein anfeuernder Glaubenssatz, daß jeder Brite um soundsoviel Pfund reicher werden würde an dem Tage, an dem der deutsche Handel vernichtet werde! Dieser Glaubenssatz enthält einen starken Trugschluß, begründet dadurch, daß der Brite

im Deutschen eben nur den Konkurrenten, nicht aber den Konsumenten sieht. Was der britische Handel gewinnt, indem er Deutschlands Handel auf dem Weltmarkt verdrängt, verliert er dadurch, daß der größte Konsument britischer Waren verarmt und aufnahmeunfähig wird. Immerhin aber bleibt die britische Auffassung insofern richtig, als sie nicht nur die unmittelbaren Schäden der Kriegszeit für die Volkswirtschaft ins Auge faßt, sondern darüber hinausblickt in die Zukunft, in der neues und reicheres Leben aus den durch den Krieg geschaffenen Ruinen sprießen kann. Der Krieg vernichtet zwar vorübergehend große wirtschaftliche Werte — allerdings in um so geringerem Grade, je mehr ein Land durch seine Wehrmacht befähigt ist, offensiv vorzugehen und den eigenen Boden von den kriegerischen Verwüstungen freizuhalten —, er schafft aber für die siegreiche Nation zugleich Raum zu wesentlich gesteigerter wirtschaftlicher Betätigung.

Wie kann man das gerade im Deutschen Reich vergessen, das doch eben selbst erst nach der Einigung durch die großen Kriege zu so erstaunlicher wirtschaftlicher Entwicklung gelangt ist! Die Briten, die sich in heißen Kriegen die südafrikanischen Republiken angeeignet; Frankreich, das sich mit seiner Wehrmacht Marokko unterwirft; Japan, das Formosa, Korea und halb Sachalin mit den Waffen in der Hand heimgeholt; und die Vereinigten Staaten, die sich ausgedehnten Inselbesitz durch die Kriegstaten ihrer Flotte geschaffen: sie wissen, daß sie von der Waffe nicht Gebrauch machten, um volkswirtschaftliches Elend über ihr Land zu bringen, sondern um die volkswirtschaftliche Tätigkeit zu erweitern und fruchtbar über neuen Boden auszudehnen. Die englischen, amerikanischen, japanischen, französischen und italienischen Expeditionen der neuesten Zeit waren ausgesprochene Angriffskriege zum Zwecke der Bereicherung.

Derartige Tendenzen liegen der heutigen deutschen Politik vollständig fern. Wohl aber darf auch uns die Erwägung nicht fern liegen, ob nicht am Ende eines Tages ge-

rade unsere volkswirtschaftlichen Interessen uns zu kriegerischen Maßnahmen zwingen könnten — nicht agressiv und doch offensiv! Es kann der Zeitpunkt kommen, in dem auch der nüchternste Rechner den Vergleich anzustellen hat: was für die deutsche Volkswirtschaft bedrohlicher ist — die vorübergehenden Schrecken des Krieges oder aber die dauernden Folgen einer Einschnürung, die unser wirtschaftliches Leben lähmt. Wir denken viel zu friedfertig, um etwa einen Angriffskrieg zum Zwecke der Bereicherung in Erwägung zu ziehen, so zahlreich die Beispiele der anderen Mächte für ein solches Vorgehen auch sein mögen; aber der Fall kann eintreten, in dem wir zur Abwehr wirtschaftlicher Verarmung von unseren Waffen Gebrauch zu machen gezwungen sind. Sollte es anderen Mächten belieben, uns mehr und mehr den offenen Weltmarkt zu verschließen, oder sollten politische Manipulationen uns den Bezug unentbehrlicher Rohstoffe unterbinden, so würden uns volkswirtschaftliche Folgen bedrohen, die ungleich drückender und nachhaltiger werden könnten als die vorübergehenden wirtschaftlichen Mißstände in Kriegszeiten.

Es ist notwendig, derartigen Erwägungen einmal Raum zu geben in einer Zeit, in der wir — und nur wir! — uns daran gewöhnt haben, den Friedenszustand als die selbstverständliche Voraussetzung für das Blühen und Gedeihen von Handel und Wandel zu betrachten. Vergessen wir nicht, daß politische Verhältnisse möglich sind, in denen nur das Hindurchgehen durch den Kriegszustand für die Zukunft Handel und Wandel freie Bahn zu sichern vermag.

Auch die nüchtern kalkulierenden praktischen Volkswirte, die den Waffenkrieg perhorreszieren, greifen doch im wirtschaftlichen Leben gar nicht selten zu Waffen, die dem eigenen Betriebe zunächst schwere Wunden schlagen müssen; und sie tun es in der Voraussicht, später einmal dafür Vorteile erringen zu können, die ihnen verschlossen bleiben müssen, wenn sie sich dauernd eine starke Einengung gefallen lassen. Denken wir an das Verhältnis zwischen Unternehmern und

Arbeitern, an die Aussperrungen beispielsweise, die große Unternehmerkreise vornehmen, ungeachtet der Verluste, die sie in ihrem Betriebe zunächst herbeiführen, hinausblickend auf die Folgezeit, für die sie die Arbeiter unter Bedingungen halten wollen, bei denen die weitere Ertragfähigkeit der Unternehmen gesichert bleibt. Oder denken wir gar an die Tarifkriege in der internationalen Schiffahrt! Auch die großen Reedereien scheuen sich nicht, mit ihren Wettbewerbern zugleich sich selbst schwere Kriegswunden zu schlagen, indem sie zeitweise die Tarife weit unter die Rentabilitätsgrenzen herabsetzen, erwartend, daß sie den Gegner noch schärfer treffen werden und dadurch in die Lage kommen, ihm ihre Friedensbedingungen zu diktieren, die unter Umständen für die kriegführenden Wirtschaftsmächte so vorteilhaft sein können, daß aus erbitterten Kampfesgegnern alsbald eine „Entente cordiale" entsteht.

Übertragen wir diese Erwägungen auf das politische Gebiet, so werden wir viel Kriegsfurcht und Friedensschwärmerei verlernen und die Dinge weit nüchterner beurteilen als in der heutigen Durchschnittsauffassung, die so nüchtern zu rechnen scheint und dabei doch nur einen Teil der wirksamen Faktoren in die Rechnung hineinbringt, nicht minder wichtige Teile aber vollkommen übersieht. Die Machtmittel des Imperialismus müssen bereitgehalten, sie müssen nötigenfalls auch angewandt werden. —

Aber mit den Machtmitteln allein ist es nicht getan. Diejenigen Kreise, von denen der imperialistische Gedanke und die Flottenbewegung aufgenommen wurden, waren sich von vornherein klar darüber, daß die Durchführung dieser Gedanken zur nächsten, wichtigsten und dringendsten Aufgabe eine großzügige Regelung des deutschen Finanzwesens machen würde. Imperialismus kann sich erfolgreich nur betätigen in einem Staatswesen mit wohlgeordneten Finanzen, mit wohlgefülltem Beutel. Aber nur langsam brach sich diese Erkenntnis Bahn, und große Mühe kostete es, zu entsprechenden Taten zu gelangen.

Zehn Jahre vergingen nach der Taufe des deutschen Imperialismus, bis mit der sogenannten „kleinen" Reichsfinanzreform von 1906 der Anfang gemacht wurde. Es folgte im Jahre 1909 die heiß umstrittene „große" Reichsfinanzreform, ohne daß sie eine vollständige und endgültige Lösung zu bringen vermochte. Bald waren Ergänzungen der großen Reichsfinanzreform notwendig, insbesondere in Gestalt der Reichswertzuwachssteuer, und erst der Mai 1912 führte zu einem vollen parlamentarischen Siege des deutsch-imperialistischen Gedankens, indem die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien nicht nur dem verstärkten Ausbau unserer militärisch-maritimen Machtmittel einmütig zustimmte, sondern sich zugleich auch wenigstens in den großen Grundzügen über die endgültige Lösung der Reichsfinanzreform verständigte.

Der 18. Januar 1896 legte für den Bau des deutschen Imperialismus den Grundstein, der Mai 1912 hat die Fundamentierungsarbeiten in der Hauptsache beendet. Nun geht es wieder an die finanzpolitische Kleinarbeit.

Das rege soziale Gewissen der Deutschen verlangt als leitenden Grundsatz der Steuerpolitik „gerechte" Steuern in Gestalt einer sozialen Abmessung der Steuerleistungen nach der Steuerkraft der einzelnen Bevölkerungsschichten. Die Frage: Was sind gerechte Steuern? läßt sich im einzelnen aber keineswegs leicht beantworten. Die gleiche Steuer kann unter veränderten Verhältnissen an der einen Stelle sehr gerecht, an einer anderen höchst ungerecht wirken. Das unerreichte Musterbeispiel einer sozial gerechten Steuer ist wohl die preußische Einkommensteuer, mit der sich der viel gelästerte preußische Landtag ein bleibendes Denkmal gesetzt hat. Ein Irrtum aber wäre es, anzunehmen, daß nur direkte Steuern vom Einkommen oder Besitz im sozialen Sinne zu wirken vermöchten. Wer wollte beispielsweise der Zigarettenbanderolesteuer des Reichs als einer nach der Leistungsfähigkeit der Konsumenten abgestuften Besteuerung des Luxuskonsums den Charakter einer gerechten Steuer ab-

sprechen? Es ist nur zu bedauern, daß diese Art gerechter Konsumbesteuerung nicht auch übertragen worden ist auf die größere Schwester der Zigarette.

Zu Ungerechtigkeit können auch die am meisten als gerecht anerkannten Steuern führen, auch die Einkommen- und Besitzsteuern in erster Linie, wie die außerordentlich ungleiche Belastung erweist, die nicht vom Staat und Reich vorgenommen, aber auf der Grundlage der Staatssteuern aufgebaut wird von den kleineren kommunalen Verbänden. Wenn wir jetzt an die Regelung der Besitzsteuerfrage herantreten, dann werden wir diese Tatsache nicht aus dem Auge lassen dürfen, werden wir vielmehr zugleich dafür zu sorgen haben, daß jene Steuerungerechtigkeiten nach Kräften gemildert werden, die in den so überaus ungleichmäßigen Zuschlägen der Gemeinden zu den gerechten Steuern liegen.

Ausreichende Fürsorge für die nötigen Machtmittel zu Lande, zu Wasser und in der Luft; ausreichende Fürsorge auch für die nötigen Geldmittel zwecks Bereitstellung dieser Machtmittel sowohl, wie zwecks finanzieller Kriegsbereitschaft — das sind die ersten und obersten, die unerläßlichen Voraussetzungen einer imperialistischen Politik, wenn sie überhaupt irgendwelchen Erfolg verheißen soll.

Gegner des deutschen Imperialismus

Unser Volks- und Wirtschaftswachstum nötigen uns den Willen zum Weltmachtwachstum auf; in immer weitere Kreise dringt die daraus notwendigerweise sich ergebende imperialistische Einsicht. Nur die Sozialdemokratie ist es wieder, die sich, wie immer und überall, dem nationalen Gedanken auch in dieser erweiterten Ausgestaltung verschließt. Sie läßt sich leiten von der Irrlehre, daß der Imperialismus weiter nichts sei, als ein Tummelplatz des Kapitalismus, und übersieht geflissentlich, daß gerade die Interessen der breiten Masse darauf gestellt sind, Deutschlands volkswirt-

schaftliches Wachstum fernerhin gesichert zu sehen, und jenseits der Meere Staaten zu wissen, in denen ihm die offene Tür nicht verschlossen werden kann.

Als im vorigen Jahre eine imperialistische Woge durch Deutschland ging, da freilich konnte selbst der greise Bebel auf dem sozialdemokratischen Parteitag nicht umhin, wenigstens ein ganz klein wenig nationale Töne anzuschlagen. Der diesjährige Parteitag soll alles wieder gut machen; man wird den Imperialismus in Grund und Boden verdonnern, wird aber doch damit zu rechnen haben, daß immerhin etwas einsichtigere Beurteiler unseres volks- und weltwirtschaftlichen Lebens auch im sozialdemokratischen Lager heute schon leicht imperialistisch „angekränkelt" sind. Nun, die hundertundzehn roten Mandate haben nicht verhindern können, daß der Reichstag sich wenigstens in dem bescheidenen Umfange, in dem es von ihm verlangt wurde, zu den Mitteln der imperialistischen Politik bekannt hat!

Die Hauptgegner des deutschen Imperialismus haben wir also schließlich doch nicht drinnen im eigenen Lande zu suchen, in dem ein Freisinnsmann wie der alte Theodor Mommsen — das schriftliche Dokument dafür befindet sich in meiner Hand — schon vor geraumen Jahren aussprach, wie wertvoll es wäre, wenn man unserm Volk imperialistische Ziele weisen könnte —, sondern draußen bei unsern Wettbewerbern in der Weltmacht.

Gelegentlich haben deutsche Theoretiker in früherer Zeit wohl an ein neues Deutschland in Südamerika gedacht. Das Ziel wäre unerreichbar, auch wenn die Vereinigten Staaten sich nicht mit ihrer Monroelehre dagegen stellten, da wir nicht entfernt über die nötige Konzentration der Auswanderung in früherer Zeit verfügt hatten und heute überhaupt der nötigen Menschenkräfte für eine konzentrierte Auswanderung ermangeln.

Wie in Amerika auf die Monroelehre, so würden wir — immer gesetzt den Fall, daß wir solche Ziele überhaupt verfolgten — in Ostasien mit etwaigen Aufteilungsideen scharf

auf den englischen, russischen, japanischen und amerikanischen Wettbewerb stoßen. Bleibt also immer wieder nur Afrika und allenfalls, was wir den mitteleuropäischen Staatenbund-Imperialismus mit seiner Betätigung zur kulturellen Entwicklung Vorderasiens genannt haben.

Sowohl in Zentralafrika aber, wie auch in Vorderasien stoßen wir auf die, unsern etwaigen Bestrebungen diametral entgegengesetzten englischen Wünsche. Es wurde schon erwähnt und wird später noch des näheren darzulegen sein, wie England in Afrika den Zusammenschluß seiner süd- und nordafrikanischen Besitzungen und Einflußbereiche anstrebt, und wie es des weiteren ganz Südasien in seine Hand zu bringen sucht unter Herstellung des territorialen Zusammenschlusses zwischen dem südasiatischen und ostafrikanischen Machtbereich. Da ergeben sich mit Naturnotwendigkeit zwei große Reibungsflächen: die eine am Tanganyika, die andere in Mesopotamien. Wohl hat man uns von englischer, im Verein mit französischer Seite hingewiesen auf ein künftiges deutsches Zentralafrika-Imperium, britischerseits aber doch mit dem stillen Vorbehalt, daß dadurch die englischen Kap-Kairo-Pläne nicht durchkreuzt werden dürfen — das heißt in der Praxis schließlich doch wohl, daß wir zugunsten Großbritanniens auf Deutsch-Ostafrika verzichten und uns mit dem westlichen Zentralafrika begnügen sollten — ein vom deutschen Standpunkt völlig unannehmbarer Torso.

Über den deutsch-britischen Gegensatz mit Bezug auf Mesopotamien wird gleichfalls noch im Zusammenhang zu sprechen sein. Eins nur schon an dieser Stelle vorweg: Soll es wirklich zu einer deutsch-britischen Verständigung kommen, dann wird sie sich wesentlich zu beschäftigen haben mit diesen beiden großen Reibungsflächen. Man hat uns englischerseits ja wiederholt versichert, daß man unserm Ausbreitungsdrang seine Berechtigung zuerkenne und uns nicht überall in der Welt im Wege stehen wolle. Die Zeit naht, in der England, wenn es ihm nicht gelingt, uns vorher zu überrumpeln und unsere Seewehr zu zerstören, — ein von

Tag zu Tag gefährlicher werdendes Beginnen — sich in der Tat genötigt sehen wird und muß, uns weniger intensiv in den Weg zu treten, da es seine Aufmerksamkeit nicht dauernd auf die Nordsee konzentrieren kann, ohne seine Stellung in anderen Meeren einzubüßen. Den wichtigsten Abschnitt in dieser Beziehung wird die Eröffnung des Panamakanals bilden, die das Problem des Stillen Ozeans brennend macht, England vor Augen führt, daß es nicht mehr die Herrin auf allen Hochstraßen des Weltverkehrs ist, und daß zwei mächtige Konkurrenten im Stillen Ozean ihre Kraft entfalten, mit der sich die englische dann doch nicht mehr messen kann.

Wenn unter diesen Eindrücken England es endlich für nützlich hält, in eine ehrliche Verständigung mit Deutschland einzugehen, um sich nicht mehr in der Nordsee gebunden zu fühlen, dann wird es uns seine Zugeständnisse an jenen Reibungsflächen machen können, dann werden wir in der Lage sein, den Lohn heimzuholen für unsere konsequente Flottenpolitik, zu der England selbst uns gezwungen hat, die uns Milliarden an Opfern gekostet, die uns aber auch zu einer solchen Machtstellung gebracht hat, daß England im sehr begründeten Streben nach einer Verständigung mit Deutschland zwecks Wiedererlangung der freien Hand in den Weltmeeren uns nun auch seinerseits ansehnliche Opfer zu bringen und die für uns erbrachten Opfer auszugleichen nicht wird zurückhalten dürfen. —

Neben den Mitteln der eigentlichen Diplomatie treten die Gegner des deutschen Imperialismus im Auslande uns nicht zuletzt aber auch dauernd gegenüber mit der Bearbeitung der internationalen öffentlichen Meinung im deutschfeindlichen Sinne, und auch diesem Kapitel müssen wir die ernsteste Aufmerksamkeit widmen, wenn wir an eine erfolgversprechende imperialistische Politik herantreten wollen. Wer internationale Geistesströmungen auch in ihren leisen Unterströmungen mit Aufmerksamkeit beobachtet und verfolgt, der wird nicht erst seit heute und

gestern gefunden haben, daß ein geistiger Dreibund zur Unterbewertung der deutschen Kultur am Werke ist, der dem politischen Dreiklee England, Frankreich, Rußland in die Hände arbeitet. In neuerer Zeit sind die leisen Unterströmungen wiederholt lebhafter und kräftiger bis zur Oberfläche durchgedrungen. Im ganzen aber liegt ein altes Zusammenwirken slawischer, britischer und französischer Kräfte vor.

Der internationale Journalismus insbesondere verrät dieses Zusammenwirken, und zwar unter starker Beteiligung slawischer Kräfte, nicht nur an den Sitzen des Slawentums, sondern auch in London und Paris. Nicht so sehr russische Mitarbeiter sind hier mit am Werk, wie namentlich polnische und tschechische. Dadurch kommt die Ungleichwertigkeit der Bundesgenossen zum Ausdruck. Denn die Polen zumal, die sich in diesem Bunde so lebhaft betätigen, räumen ein, daß ihnen keine der englischen und französischen gleichwertige Kultur zur Seite steht; aber sie erkennen der englischen und französischen Kultur das Recht hoher Überlegenheit über die deutsche und darüber hinaus das Recht zur Vernichtung der germanischen „Unkultur" zu. Gerade in den letzten Monaten haben wir mehr als einmal von westlicher Überhebung vernommen, die sich einen moralischen Mantel um die Schulter zu drapieren glaubte, wenn sie verkündet, es sei das Recht und die Pflicht der einzig wahren Kulturländer: England und Frankreich, gemeinsam die deutsche Unkultur und Barbarei auszumerzen und Deutschland den Willen jener einzig wahren Kulturmächte aufzuzwingen. Natürlich im Interesse der gesamten Weltkultur, Humanität usw.

Diese Ideen sind nicht so sehr original-französischen oder britischen Ursprungs, wie slawischer Abstammung. Sehr bezeichnend war jüngst die Ankündigung eines in tschechischer Sprache erscheinenden Buches, in dem der Nachweis zu führen wäre, daß Deutschland kein eigentlicher Kulturfaktor sei, sondern England und Frankreich die europäische Kultur geschaffen hätten. Die Deutschen seien nur Verschleißer der

Kultur; es sei charakteristisch, daß die Engländer und Franzosen einander gegenseitig als organisatorisch gleichgestellte Völker anerkennen, keineswegs aber die Deutschen. Man könne nachweisen, woher die Deutschen aufgesammelt haben, was zivilisatorische Werte darstelle: Malerei, Bildhauerei, Literatur und Architektur hätten sie von den Italienern und Franzosen übernommen, die Wissenschaft teils aus Frankreich, teils aus England, Ordnung und Pünktlichkeit seien direkt aus England importiert. Goethe wird in dieser Auffassung lediglich als Schüler Frankreichs bewertet, und wo deutsche Dichter, Künstler und Philosophen einmal original schaffen wollten, da sei nichts daraus geworden, wie bei Gustav Freytag oder Wildenbruch, Kaulbach oder Hartmann.

Also los von der deutschen Kulturlosigkeit! Die slawischen Studierenden gehören auf französische und englische Universitäten; die intelligenten Häuser des Ostens müßten die deutschen „Schmierblätter" herauswerfen und dafür irgendein französisches oder englisches Blatt abonnieren, in erster Linie die französische Monatsschrift „Les Marches de l'est", welche „der Verteidigung der französischen Grenzmarken gegen die deutschen gewidmet ist und sich auch mit deutsch-slawischen Angelegenheiten befaßt".

Sehr bezeichnend ist dieser letztzitierte Satz. Tatsache ist nämlich, daß die erwähnte französische Grenzmarkenpolitik im Gegensatz zum devensiven Charakter der deutschen Ostmarkenpolitik durchaus nicht etwa auf eine Verteidigung bestehender französischer Grenzmarken hinausläuft, sondern einen ausgeprägt aggressiven Charakter trägt und sich befaßt mit den Ländern jenseits der französischen Ostgrenzen von der Nordsee bis zur italienischen Küste! Das genannte französische Organ ist denn allerdings ein Hauptsammelpunkt aller Bestrebungen zur Herabsetzung der deutschen Kultur, ein Organ sozusagen des geistigen französisch-englisch-slawischen Dreibundes, der auf die unbedingte Herrschaft der englisch-französischen Kultur, auf die Vernichtung der deutschen „Barbarei" und auf die Ver-

brüderung der durch die französisch-englische Kultur zu hebenden und aus der Umgarnung durch deutsche Unkultur zu befreienden Slawen mit den Westmächten abzielt.

Im Hinblick auf dieses vielseitige deutschfeindliche Preßtreiben im Auslande, das nicht nur unserer Politik, sondern ganz besonders auch unsern wirtschaftlichen Interessen auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten bereitet, muß leider festgestellt werden, daß von deutscher Seite viel zu wenig Einfluß auf die ausländische Presse ausgeübt wird. Die Gründung deutscher Organe an hierzu besonders geeigneten Plätzen in Übersee genügt nicht. Daß die deutsche Überseepresse sowohl aus der Heimat wie durch die Auslanddeutschen aufs eifrigste mit allen Mitteln gefördert werden sollte, versteht sich von selbst. Nicht zu vergessen aber ist auch der Einfluß auf die Berichterstattung in den fremdsprachigen Organen des Auslandes. Und in dieser Beziehung versagen die Mittel unserer Auslandspolitik so gut wie vollkommen.

Von einem der wesentlichsten Werkzeuge des internationalen Nachrichtendienstes, dem Kabel, haben wir leider erst sehr spät Gebrauch zu machen begonnen. Das letzte Jahrfünft hat in dieser Beziehung gute Fortschritte gebracht, doch bleibt uns noch sehr viel nachzuholen. Nun gilt es, Sorge zu tragen, daß wir wenigstens in der Nutzung der Funkentelegraphie nicht zurückbleiben. Je mehr die Hilfsmittel überseeischer Nachrichtenbeförderung von Deutschlands Neidern in deutschfeindlichem Sinne benutzt werden, um so mehr müssen wir darauf bedacht sein, objektive Darstellungen deutscher Vorgänge auf schnellstem Wege in die ausländische Presse zu bringen, womöglich aber auch Darstellungen der europäischen Politik unter deutschem Gesichtswinkel. Die im Auslande verbreitete deutsche Presse aber sollte sich der Ehrenpflicht bewußt sein, nicht ihrerseits durch gewissenlose Entstellung der deutschen Verhältnisse dem deutschfeindlichen Treiben der Auslandspresse gar noch Vorspanndienste zu leisten! Die Einwirkung auf den internationalen Nachrichten-

dienst gehört nicht zu den letzten Mitteln imperialistischer Politik, sein Mißbrauch im deutschfeindlichen Sinne nicht zu den harmlosesten Waffen der Gegner des deutschen Imperialismus. —

Es bleibt uns nunmehr im einzelnen zu untersuchen, an welchen Hauptreibungsflächen der deutsche Imperialismus mit den imperialistischen Tendenzen der anderen Weltmächte aufeinanderstößt, und dabei auch nicht aus dem Auge zu lassen, welche wesentlichsten Reibungsflächen sich für die imperialistischen Bestrebungen jener anderen Weltmächte untereinander ergeben.

Internationale Reibungsflächen des Imperialismus

Haupttummelplätze des neuzeitlichen Imperialismus

Weltpolitische Ausbreitungstendenzen können sich, wie wir in der Einleitung gesehen haben, in zwei Hauptrichtungen bewegen: einmal als Überseexpansion, das andere Mal als kontinentale Expansion. Daraus ergibt sich, daß sowohl die Weltmeere wie die Kontinente Gegenstand imperialistischen Herrschaftsstrebens sind.

Der Drang über das Meer und der Drang ans Meer machen sich durch die ganze Weltgeschichte geltend und bestimmen das Streben der Völker. In der Gegenwart sehen wir im wesentlichen zwei Hauptschauplätze imperialistischer Bestrebungen, die zugleich zu den wichtigsten Reibungsflächen werden müssen: Der eine gruppiert sich in Nordafrika und Vorderasien um das Mittelmeer und die nordwestlichen Ausläufer des Indischen Ozeans; der andere um den Stillen Ozean. Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn, England, Rußland und mittelbar auch Deutschland sind interessiert an dem afrikanisch-vorderasiatischen Schauplatz imperialistischer Reibungsflächen; die Vereinigten Staaten, Japan, England, Rußland und des weiteren wiederum Deutschland an dem pazifisch-ostasiatischen Schauplatz. Richten wir unser Augenmerk zunächst auf das Mittelmeer mit seinem afrikanischen und vorderasiatischen Hinterland.

Die vorderasiatisch-afrikanischen Reibungsflächen

Die Lande zwischen Atlas und Indus stehen gegenwärtig und offenbar auch noch für die nahe Zukunft stark im Vordergrunde weltgeschichtlichen Werdens. Zum Beweise dessen genügt es, an die Marokkofrage, an den Tripoliskrieg und an die persische Frage zu erinnern, nicht

zuletzt aber auch an das heiße Ringen um das Schlußstück der Bagdadbahn und an die Entwicklungstendenzen im Lande der Araber.

Schon in alten Zeiten haben Nordafrika und vornehmlich Vorderasien eine hervorragende weltgeschichtliche Rolle gespielt. Zum Unterschiede von den Zeiten der Phönizierherrschaft über das Mittelmeer, den Zeiten des gewaltigen Perserreiches oder den Zeiten Karthagos, in denen die aktive Betätigung der Weltherrschaft oder doch wenigstens starken politischen Einflusses in der damals bekannten Welt von jenen Landgebieten ausging, sind sie heute passive Objekte der Weltpolitik und Weltgeschichte. Sie spielen ihre Rolle nicht mehr als westliche und nördliche Ausfalltore nach dem Mittelmeer, sondern sozusagen als die südlichen Ausgänge Europas. Das Bild von ehedem hat sich vollständig umgekehrt, seitdem der weltgeschichtliche Vorrang von den südlicheren Ländern auf jene nördlicher Breiten übergegangen ist. Die geschichtliche Rolle der Länder zwischen Atlas und Indus wird in der Gegenwart durch ihre geographische Lage insofern bestimmt, als die ihnen gegenüberliegenden europäischen Reiche nach der Beherrschung der Gegenseite trachten, und des weiteren durch die miteinander ringenden Tendenzen der europäischen Weltmächte, die Zugänge zum Indischen Ozean zu beherrschen.

Die politische Beherrschung der einzelnen Landesteile ist dort gegenwärtig nur an wenigen Stellen abgeschlossen und für absehbare Zeit gesichert; das meiste ist noch im Gären und Werden, und eben darum beanspruchen jene Gebiete heute eine so rege Aufmerksamkeit. Als abgeschlossen zu betrachten ist die französische Herrschaft über Algier und Tunis. Diese Lande befinden sich nach heißen und langwierigen Kämpfen heute in sicherem Besitz Frankreichs. Um Marokko dürfte es noch lange einen schwierigen und opferreichen Kleinkrieg zu führen haben, ebenso wie Spanien in seinem marokkanischen Anteil noch mit langwierigen Schwierigkeiten rechnen muß. Italien hält von Tripolis

einstweilen nur einen schmalen Küstenstreifen in der Hand und wird auch für sein Teil im Hinterlande noch beträchtliche Opfer in Kämpfen um die endgültige Herrschaft zu bringen haben. England hat sich in Ägypten häuslich eingerichtet und durch seine Festsetzung am sudanischen Oberlauf des Nil die Herrschaft über Ägypten für die Zukunft gesichert; aber es ist noch nicht der offizielle und alleinige Herr des Landes, und es ruht und rastet nicht in dem Bestreben, zur Festigung seiner ägyptischen Herrschaft deren Ausdehnung auch nach Osten hin zu betreiben. Arabien und Mesopotamien sind große Zielpunkte imperialistischen Sehnens der Briten, das in Mesopotamien nicht nur, wie in Arabien, auf den türkischen Selbsterhaltungstrieb stößt, sondern auch auf das Streben der mitteleuropäischen Vormächte, den Weg von Mitteleuropa nach dem Persischen Golf von der britischen Herrschaft frei zu halten. Wie England von Ägypten aus ostwärts, so strebt es von Indien aus westwärts, in Persien mit den nach Süden gerichteten Tendenzen Rußlands zusammenstoßend.

Die brennenden politischen Fragen der Gegenwart, mit denen wir es in diesem Länderstreifen zu tun haben, wurden zunächst aufgerollt an den beiden Flügeln: am östlichen Flügel durch die persischen Wirren und das Eingreifen Englands und Rußlands, am westlichen von seiten Frankreichs, indem es von der Mittelmeerseite Marokkos den Zug nach Fes unternahm, und, seinem Beispiel folgend, dann auch durch Spanien, gleichfalls an der Mittelmeerseite von Marokko. Damit begann zunächst eine völlige Wiederaufrollung der Mittelmeerfragen. Wie groß die Tragweite dieser Mittelmeerfragen ist, erkennen wir am besten, wenn wir die den einzelnen Staaten durch die geographische Lage vorgezeichneten politischen Wünsche darstellen:

Im Westen beginnend, hat Spanien das natürliche Interesse, an der gegenüberliegenden Marokkoküste keine konkurrierende oder gegnerische Macht zu sehen, sondern seine eigene Einflußsphäre auszudehnen.

Frankreichs Triebkräfte in der Mittelmeerpolitik sind sein unstillbarer Ehrgeiz und sein Wunsch, sich möglichst große und gesicherte Absatzgebiete zu schaffen, in denen es die Konkurrenz der anderen Länder auszuschließen vermag. Mit seinem genialen Weitblick hatte der erste Napoleon die Franzosen auf den Weg nach Ägypten-Indien geführt; doch hat hier nach jahrzehntelanger Rivalität England die Oberhand behalten. Die Franzosen ihrerseits haben sich dem Teil der afrikanischen Nordküste zugewandt, der ihrer eignen Südküste gegenüberliegt, und streben nun fortgesetzt, sich an diesem Küstenstrich möglichst weit auszubreiten, auf der einen Seite nach dem Atlantischen Ozean, auf der anderen gegen den Nil hin.

Hier stoßen ihre Interessen auf diejenigen Italiens, das ja seinerzeit versäumt hat, sich rechtzeitig den Sizilien gegenüber gelegenen tunesischen Zipfel Afrikas zu sichern und nun in innerm Grimm über die Bedrohung Siziliens durch den französischen Kriegshafen Biserta wenigstens das weitere Vordringen Frankreichs gen Tripolis verhindern und dies seinerseits der türkischen Herrschaft entreißen will. Die sogenannten „lateinischen Schwesternationen" sind in Wahrheit im Mittelmeer die schärfsten Rivalen; und jederzeit kann diese heute künstlich verdeckte Rivalität wieder ausbrechen.

Was Englands Stellung in Ägypten anbelangt, so konnte die türkische Herrschaft in Tripolis den Briten recht sein, solange die Türkei nicht militärisch erstarkte. Wenn sich nun noch angesichts dieser tatsächlich stattfindenden militärischen Erstarkung der Türkei sozusagen vor Toresschluß eine europäische Macht des tripolitanischen Landes bemächtigen sollte, so konnte den Engländern das schwächere Italien immerhin ein erwünschterer Nachbar sein als etwa Frankreich, dessen nordafrikanischer Ausdehnungsdrang sich in den Grenzen Ägyptens nur sehr ungern ein Ziel setzen läßt.

Übrigens mag nicht vergessen sein, daß selbst die Vereinigten Staaten von Nordamerika schon mehr als

einmal ihr Auge ausgeworfen haben auf einen maritimen Stützpunkt im Mittelmeer, wobei sie sich besonders für die Cyreneika interessierten. Nicht unmöglich, daß die Aufrollung der Mittelmeerfrage auch von jener Seite noch eine kleine Überraschung bringt; hat doch erst kürzlich ein amerikanisches Schiff sich im Hafen von Derna umgeschaut!

Gehen wir nach dem äußersten Westen des Mittelmeeres, so können wir seit alten Zeiten französische Aspirationen in Syrien verfolgen, wo sich auch heute ein beträchtliches französisches Kapital im Bahnbau betätigt. Erweist sich die Türkei anläßlich des Vorgehens Italiens gegen Tripolis als zu schwach, einer Zerstückelung entgegenzuarbeiten, so wird man auch die syrische Frage wieder aufrollen sehen, und dann wird man von den Mittelmeerfragen die Angelegenheiten der übrigen asiatischen Türkei kaum trennen können, sintemalen England ja beständig nach Herstellung der ägyptisch-indischen Verbindungen durch Arabien, Mesopotamien und Südpersien und nach Abdämmung des Bagdadbahnweges trachtet.

Rußlands altes Streben geht nach dem freien Ausweg aus dem Schwarzen Meer in der Richtung auf das Ägäische und das westliche Mittelmeer, Bulgariens Sehnen nach Angliederung der südlichen Nachbarschaft auf Kosten der Türkei; Österreich-Ungarn hält, wenn im Mittelmeer alles im Fluß ist, das Auge auf Saloniki gerichtet, und Italien auf die ganze Ostküste des Adriatischen Meeres, nicht zu vergessen die griechischen und bulgarischen Aspirationen und am allerwenigsten die Machtstellung Englands an den Verkehrsstützpunkten durch das Mittelmeer, von Gibraltar bis Zypern.

Es ist ein Kampf aller gegen alle, der die Mittelmeerländer zu erschüttern droht, wenn die politischen Umwälzungen hier um sich greifen, was hoffentlich verhütet werden wird.

Deutschland ist die einzige europäische Großmacht, die hier die Politik der Uninteressiertheit betreibt; und doch

kann es selbstverständlich dem Deutschen Reich keineswegs gleichgültig sein, in wessen Händen sich die Häfen von Genua und Venedig, Triest und Fiume, in wessen Händen sich die Verkehrsbrücken zwischen Mitteleuropa und Vorderasien befinden. Ohne für sein Teil eine politische Machtstellung im Mittelmeer zu erstreben, ist es gleichwohl im Hinblick auf diese seine Reservewege für den Fall einer Blockierung seiner Küsten durch vitale Interessen mit den Vorgängen verknüpft, die sich in den Randländern des Mittelmeeres bis hinüber zum Persischen Golf abspielen.

Die Wege zum fernen Osten

Auch die Wege, die von Europa durch das arabische und persische Meer nach Süd- und Ostasien, Ostafrika und Australien führen, hören nicht auf, Gegenstand ernster weltpolitischer Aufmerksamkeit zu sein. Alten Datums insbesondere ist zu beiden Seiten Arabiens der englisch-französische Wettbewerb.

Als Frankreich noch den von den Engländern heftig befehdeten Suezkanal in den Händen hielt, England aber von Aden aus den Ausgang aus dem Arabischen Meer kontrollierte, setzte Frankreich seinerseits sich Aden gegenüber auf afrikanischer Seite in dem Hafen Obok fest, und zwar wesentlich in dem Bestreben, den französischen Schiffen den Ausgang aus dem Arabischen Meer nach Madagaskar hin zu sichern, auf das man damals bereits von Paris aus ein Auge geworfen hatte.

Später wiederholten sich die Erscheinungen des englisch-französischen Konkurrenzkampfes in jenen Verkehrsgebieten an der anderen Seite Arabiens: am Ausgange des Persischen Meeres. England betrachtet seit langem den Persischen Golf als englische Binnensee; Frankreich aber, das namentlich durch seine wiederholte lebhafte Betätigung in Syrien zur Genüge erwiesen hat, wie sehr es auf Ent-

faltung seines Einflusses in Vorderasien bedacht ist, glaubte mehr als einmal, auch von Südostarabien aus seine asiatische Stellung festigen zu können. Unbekümmert um den Rückzug, den es kurz zuvor erst bei Faschoda vor England hatte antreten müssen, begann es noch im Frühjahr 1899 eine Festsetzung in Maskat vor den Toren des Persischen Golfs; es ließ sich von dem Sultan von Maskat einen Hafen abtreten und tat damit einen Schritt, der im Widerspruche stand zu einem englisch-französischen Vertrage aus jener Zeit, in der Napoleon III. sich jenseits der Südwestspitze von Arabien den Hafen Obok hatte abtreten lassen. Im Jahre 1862 hatten nämlich England und Frankreich vertragsweise die Integrität des Gebietes von Maskat festgesetzt; und später, im Jahre 1891, hatte England mit dem dortigen Sultan noch einen Sondervertrag abgeschlossen, in dem jener sich verpflichtete, kein Land an eine fremde Macht abzutreten.

Kaum hatte Frankreich nun die neuen Schritte in Maskat unternommen, als der damalige Vizekönig von Indien, Lord Curzon, schleunigst ein Geschwader an jene arabische Küste entsandte und durch den auf den Sultan von Maskat ausgeübten Druck den Vertrag mit Frankreich hinfällig machte. Lord Curzon ist es in neuerer Zeit ja überhaupt gewesen, der am eifrigsten für die englische Einflußstellung zwischen Indien und Ägypten gearbeitet hat. Er hat mit größtem Nachdruck die schon aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts nicht unbekannten englischen Pläne wieder aufgenommen, eine Verbindung herzustellen zwischen dem indischen und dem afrikanischen Kolonialbesitz Englands — ein Streben, von dem das Vorgehen der englischen Politik in Persien, Mesopotamien und Arabien diktiert ist und das, wie es früher wiederholentlich zu englisch-französischen Reibereien Anlaß gegeben, in neuerer Zeit wesentlich beigetragen hat zur Vermehrung englisch-deutscher Spannungen.

Was Curzon begonnen, setzt gegenwärtig Lord Kitchener fort. Als letztes Ziel der Lord Kitchener in Ägypten über-

tragenen, für Englands Gesamtpolitik überaus wichtigen Mission sehen wir nicht nur die Sicherung der englischen Herrschaft in Ägypten gegen die jungägyptische Bewegung, sondern auch die Fortsetzung der emsigen Arbeit an dem festen Zusammenschlusse jenes heute noch lückenhaften Ländergürtels, den England als unverrückbaren Besitz festzuhalten gesonnen ist, wenn der Selbständigkeitsdrang der Kolonien in anderen Erdteilen diese mehr und mehr aus dem Rahmen des britischen Imperiums heraustreten und lediglich zu Gliedern einer lockeren angelsächsischen Weltallianz werden läßt.

Unter allen weltpolitischen Betätigungen Großbritanniens verdient zurzeit wohl keine eine so aufmerksame Beachtung, wie gerade diese unermüdliche Arbeit des Inselreiches an der Befestigung seiner Herrschaftsstellung in Ägypten. Die Nilmündung bildet in der Tat den Scheitelpunkt britischer Ausdehnungspolitik in den beiden Erdteilen, in denen die Kolonien noch zum Machtbereich des Mutterlandes gehören und nicht nach amerikanisch-australischem Muster zu „Schwesterländern" emporstreben, die gegebenenfalls auch eine gegen die Interessen des Stammlandes gerichtete Politik zu treiben sich anschicken dürfen, wie Australien es gegenüber der gelben Rasse, Kanada in seiner starken Hinneigung zu den Vereinigten Staaten zu tun bereit sind. Von der Nilmündung führen die Wege englischer Welteroberungspolitik das eine Mal südwärts mit der Tendenz, den ganzen Osten des afrikanischen Erdteils unter der britischen Flagge zu vereinigen; das andere Mal ostwärts über Arabien und Südpersien nach Indien. Nichts würde die britische Weltmacht schwerer treffen als die Erschütterung seiner Stellung an der Nilmündung und am Suezkanal.

Deshalb ist England auf das eifrigste mit allen Mitteln bestrebt, seine ägyptische Herrschaft zu sichern und zu festigen, und aus diesem Grunde namentlich ist es geschehen, daß Großbritannien dem Hinterland Ägyptens eine Wertschätzung zuteil werden läßt, an die früher nicht entfernt

gedacht wurde. Sehr zutreffend erklärte der deutsche Kolonialwirtschaftler Moritz Schanz diesen Wandel seinerzeit durch folgende Feststellungen:

„Während General Gordon, der heldenmütige Verteidiger Khartums, noch 1884 den viel zitierten Satz prägen konnte: ‚Der Sudan ist ein nutzloser Besitz, war es immer und wird es immer bleiben' spielt das Land, in welchem mit Ausnahme gelegentlicher Unruhen an den Grenzen nunmehr im großen ganzen Friede, Ruhe und Ordnung herrschen, in der großzügigen und weitsichtigen Kolonialpolitik Englands heute eine nicht unwichtige Rolle, und zwar sind die Hauptvorteile, welche der Besitz des Sudans in politischer und wirtschaftlicher Beziehung bietet, die folgenden:

1. bildet er ein Glied in der angestrebten ununterbrochenen Landverbindung unter britischer Flagge zwischen Kap und Kairo;

2. handelt es sich dabei um die wassertechnische Herrschaft über den Nil im Interesse der Förderung und Ausdehnung der ägyptischen Landwirtschaft;

3. galt es, durch die Okkupation des ägyptischen Hinterlandes einen festeren Halt über das Protektoratsland Ägypten selbst zu bekommen, und endlich

4. bildet die Nillinie, in Verbindung mit der Ugandabahn, einen eventuellen Ersatz für den Suezkanal, dessen Schließungsmöglichkeit von den Briten nicht außer acht gelassen wird.

Das Gewicht dieser Gründe liegt klar zutage."

Der Besitz des Sudans, dieses Bindegliedes zwischen Britisch-Uganda und Ägypten, ist mitberufen, die englische Position in Ägypten dauernd zu festigen.

Hierbei macht England sich in hervorragendem Maße die geographischen Verhältnisse zunutze, und zwar durch die Bewässerungsmöglichkeiten Ägyptens und die Abhängigkeit Ägyptens von der Nutzbarmachung dieser Bewässerungsmöglichkeiten. Die großen

Staudämme am Oberlauf des Nil sind nicht nur ein Kulturwerk allerersten Ranges, sondern ihre Beherrschung ist für die Zukunft zugleich ein Schlüssel zur politischen Beherrschung der Lande am Unterlauf. In diesem Sinne werden sie von englischer Seite ausgebaut und in sicherer Hand gehalten. Durch die Anlagen größten Stils steht es in der Macht der Engländer, im Falle eines ägyptischen Aufstandes die Einwohner durch Wasserentziehung auf die Knie zu zwingen. Seit den Tagen der Kanalpolitik in Altchina ist kaum ein größeres Werk in der Beherrschung und Nutzung natürlicher Wasserkräfte durch ihre systematische Einzwängung für kulturelle und politische Ziele geschaffen worden.

Wer den Oberlauf des Nils in fester Hand hält, dessen Herrschaft über seinen Unterlauf ist nicht mehr zu erschüttern. Auf eine religiöse Bewegung unter den Sudanesen sollte man nicht zu stark spekulieren. Die britische Politik versteht es ausgezeichnet, die Gegensätze zwischen Sudanesen und Ägyptern zu benutzen und die Sudanesen durch starke Bevorzugung gegenüber den Ägyptern fest an sich zu ketten. Es ist bekannt, daß die englische Verwaltung in Ägypten geflissentlich die Volksbildung vernachlässigt; die eifrigen Versuche der Jungägypter, ihrerseits an der Volksbildung zu arbeiten, vermögen kein ausreichendes Gegengewicht dagegen zu bieten. In strikteſtem und natürlich wohlberechnetem Gegensatz pflegen die Engländer mit Eifer das Bildungswesen im Sudan — wohlverstanden: mit ägyptischen Geldern, wie denn überhaupt Ägypten die ganzen finanziellen Lasten dafür zu tragen hat, daß England im sudanesischen Hinterland die Grundlagen für die Unüberwindlichkeit seiner ägyptischen Machtstellung errichtet und befestigt! Khartum, die Hauptstadt des Sudan, ist der Sitz einer Universität, die Ägypten versagt wird, und liefert die sudanesischen Beamten für die britisch-ägyptische Verwaltung, die je länger je mehr treu zu England stehen und an der Niederhaltung antibritischer Bewegungen in Ägypten arbeiten.

Je näher nun aber nach der so starken Festigung der britischen Herrschaft über Ägypten die Möglichkeit des Vorstoßes nach Osten gen Persien rückt, um so mehr wird es die Aufgabe aller europäischen Mächte, die sich nicht willenlos einer britischen Weltherrschaft (die heutzutage ja freilich nur noch in der Alten Welt denkbar ist) beugen wollen, die Türkei militärisch und verkehrspolitisch zu stärken und den Zusammenschluß der ostafrikanischen und südasiatischen Teile des britischen Imperiums zu verhindern, um Mitteleuropa neben dem Suezkanal, insbesondere durch Mesopotamien, freie Ausgänge südostwärts offenzuhalten.

Weit mehr als es uns Deutschen selbst im Sinne liegt, sehen britische Imperialisten in dem deutschen Vorgehen in Vorderasien eine Durchkreuzung der afrikanisch-asiatischen Weltreichspläne Englands durch vermeintliche europäisch-asiatische Weltreichspläne Deutschlands.

Beim gegenwärtigen Stande der Dinge erscheint daher Bagdad als der eigentliche Knotenpunkt der Kreuzung zweier Welten und Weltverkehrsgebiete; der eine Weg führt von Mitteleuropa über Bagdad südostwärts dem Indischen Ozean entgegen; den anderen zu schaffen ist Englands immer deutlicher hervortretende Sorge. Auch hier soll der Schienenstrang die Verbindung schlagen, und man kennt die britischen Pläne einer Bahn von Alexandrien bzw. Suez nach Nordarabien, die dann weiter hinüberführen soll über das Zweistromland durch Persien nach Belutschistan.

Als die Bagdadbahn noch nicht so weit vorgerückt war, wie ihr Vorrücken und ihre Verzweigung gegenwärtig gesichert ist, verfolgte man von England aus einen etwas anderen Plan; man wollte unter dem Schutze von Zypern von einem syrischen Hafen aus den Weg hinüber nach Persien und Indien bahnen. Jetzt hat man sich auf den Weg vom Suezkanal durch Nordarabien zurückgezogen. Die künftige Entscheidung über das Endstück der Bagdadbahn wird britischerseits nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkte be-

trachtet, daß die Durchkreuzung der Ost-Weststraße durch die Nord-Südstraße verhindert werden soll.

Nun kann ja nur immer wieder betont werden, daß Deutschland politische Ziele im Gebiete der Bagdadbahn nicht verfolgt; Englands Ziele hingegen sind sehr ausgeprägt politischer Art und letzten Endes nur durchführbar unter vollständiger Abtrennung Arabiens von der türkischen Herrschaft, indessen die tatsächlich schon in der Ausführung begriffenen Bahnen durch Syrien sowohl wie durch Mesopotamien gerade auf eine wesentliche Stärkung der türkischen Stellung gegenüber Arabien hinauslaufen. Die Türkei für ihr Teil hat daher das dringendste Interesse daran, die Linien von Nord nach Süd und von Nordost nach Südwest zu fördern und der natürlichen Hauptrichtung des Verkehrs durch Vorderasien von Mitteleuropa hinüber nach dem Indischen Ozean weitaus den Vorrang zu geben vor der sehr künstlichen und für den Zusammenhalt ihres Reiches äußerst gefährlichen Linienführung zwischen Afrika und Südasien von West nach Ost.

Von der endgültigen Entscheidung über das Schlußstück der Bagdadbahn wird es abhängen, ob jener die Türkei mit der Lostrennung Arabiens und der Unterwühlung ihrer Herrschaft in Mesopotamien und Syrien bedrohende englische Traum endgültig ausgeträumt ist oder nicht. —

Auf den russisch-englischen Wettbewerb in Persien brauchen wir kaum näher einzugehen — auf diesem Gebiete bringt ja sozusagen jeder Tag neues Beweismaterial. Bemerkenswert aber ist die Kreuzung der Richtung, in der England und Rußland sich durch Persien und Afghanistan nähern, durch die Richtung der islamitisch-buddhistischen Annäherungstendenzen: Zunächst hat das erwachende China seine Arme westwärts ausgestreckt und sein Regiment in Tibet — über dessen Raub England und Rußland schon glaubten, sich auseinandersetzen zu sollen — befestigt. Über Tibet hinaus geht nun aber die chinesische Politik auch scharf vor bis Turkestan, das zu einem neuen

Brennpunkte weltpolitischer Probleme werden zu wollen scheint, wie es in früheren Jahrhunderten und Jahrtausenden schon oft diese Rolle gespielt hat.

Im Begriff, einen Teil der zwischen Rußland und England in Asien noch bestehenden Pufferstaaten aufzuteilen, müssen Rußland und Engländ gegenwärtig die Erfahrung machen, daß sich diese Arbeit doch wohl kaum ungestört vollziehen wird.

Wer die künftigen Probleme der Weltpolitik scharf ins Auge fassen will, darf auch nicht übersehen, daß die islamitische und buddhistische Welt einander über Turkestan die Hände reichen und quer durch Mittelasien hindurch zwischen dem russischen und dem englischen Nord- und Südasien eine starke Macht aufzurichten streben.

Der wirtschaftliche Wert Turkestans ist lange unterschätzt worden — heute beginnt sich eine größere Wertschätzung Bahn zu brechen. Auch die Verkehrslage von Turkestan erheischt ihre Beachtung. Die Chinesen sind eifrig an der Arbeit, die unter ihrem Einfluß stehenden Gebietsteile Turkestans zu besiedeln, und richten dorthin einen kolossalen Auswandererstrom.

Zugleich ist man von Ostasien aus bestrebt, die schon früher zu der Türkei und Persien gesuchten Beziehungen zu festigen. In türkischen wie in japanischen Blättern kann man hoffnungsvolle Töne über die Verbrüderung der beiden Nationen auf der Basis nicht der Religion, sondern der Weltmachtinteressen finden. Es will scheinen, daß zwischen Russisch- und Britisch-Asien einerseits, zwischen der islamitischen und buddhistischen Welt anderseits sich Dinge anbahnen, die vielleicht noch zu großer weltpolitischer Bedeutung berufen sind. Alles fließt!

So treffen wir fast auf der ganzen Landstrecke zwischen Atlas und Indus auf kritische Punkte, teils auf Stätten kriegerischen Ringens in der Gegenwart, teils auf Keime künftiger Verwicklungen, wie wir uns hier bewegen auf Plätzen einer reich bewegten, wandlungsvollen Vergangenheit.

Deutschlands und Frankreichs Nordafrikapolitik

Als Frankreich, von seinen ägyptischen Zielen zurückgedrängt, sein Augenmerk darauf richtete, um Algier herum seine Macht auszubreiten, mit dem immer klarer hervortretenden Endziel, womöglich ganz Nordafrika mit oder ohne Ägypten zu einem großen französischen Kolonialreich zu vereinen, wurde nach der Gründung des Deutschen Reiches durch dieses französische Streben auch die Aufmerksamkeit Bismarcks erregt, und wir sehen bereits von jenem Zeitpunkt an die ersten Phasen einer **deutschen Marokkopolitik**, die sich mit der Zukunft Marokkos in seinem Verhältnis zu Frankreich beschäftigte.

Von Anbeginn befolgte Bismarck in seiner Nordafrikapolitik eine Taktik, der eine zwiefache Erwägung zugrunde lag: Zum ersten hielt der Kanzler es für nützlich, Frankreich in seinen nordafrikanischen Zukunftsplänen zu fördern und hier das Ruhmesbedürfnis der „großen Nation" zu stillen und die Augen der Franzosen von dem „Loch in den Vogesen" abzulenken; zum andern aber wollte er die französischen Bäume doch auch in Nordafrika nicht in den Himmel wachsen lassen und ließ sich besonders von Moltke belehren, daß die Marokkaner, in deren starkes Unabhängigkeitsgefühl und militärische Tüchtigkeit allseitig großes Vertrauen gesetzt wurde, hervorragend berufen erschienen, der Ausbreitung des französischen Machtbereiches in Nordafrika feste Grenzen zu ziehen und im Falle eines neuen deutsch-französischen Krieges ein oder zwei französische Armeekorps auf afrikanischem Boden zu beschäftigen. So erklärt es sich, daß Bismarck auf der einen Seite die Festsetzung der Franzosen östlich von Algier in Tunis nach vergeblicher Ermunterung Italiens zum Zugreifen begünstigte, wohl wissend, daß dadurch zugleich ein Keil zwischen Frankreich und Italien getrieben werde, der sich dem Dreibundsplane nützlich erweisen mußte — während auf der anderen Seite die militärische Ausbildung der Marokkaner durch deutsche Instrukteure gefördert wurde.

Lange Zeit wagte sich Frankreich denn auch nicht an Marokko heran, richtete sich dafür aber an vielen Stellen des übrigen Nordafrika häuslich ein; ja, es versuchte auch gegen Ende des 19. Jahrhunderts wieder an das Nilland vorzudringen, diesmal nicht von der inzwischen unter englischen Einfluß gekommenen Mündung aus, sondern tief im Hinterland, wo es sich die mehrfach erwähnte Schlappe von Faschoda holte. Noch voller nachzitternder Wut über diese Schlappe, begrüßte Frankreich aufs innigste die Verwicklung Englands in den Burenkrieg, von der eine wesentliche Erleichterung der französischen Ausdehnungsarbeit in Nordafrika erwartet wurde. Stürmisch jubelte Paris noch dem geflüchteten Ohm Paul zu; dennoch und dennoch aber gelang es den diplomatischen Künsten des siebenten Eduard, nur dritthalb Jahre später in Paris auch für seine Person einen rauschenden Empfang zu erreichen und im Frühjahr 1904 das englisch-französische Abkommen zu schließen, das eine Verständigung über die bis dahin im heftigen Widerstreite liegenden nordafrikanischen Interessen beider Mächte in dem Sinne brachte, daß Frankreich endgültig auf alle ägyptischen Ansprüche verzichtete und England freie Hand in Ägypten gewährte, wohingegen England Frankreich das politische Vorrecht in Marokko zugestand, unbekümmert um die Tatsache, daß auf Grund älterer internationaler Übereinkünfte keiner europäischen Macht ein solches Vorrecht in Marokko eingeräumt werden sollte, daß vielmehr alle sich in den Genuß der Meistbegünstigung zu teilen hatten.

Zur Zeit des englisch-französischen Abkommens befand die deutsche Diplomatie sich in keiner angenehmen Lage. Ringsumher sah sie den deutschen Einfluß geschwächt, die Einkreisungspolitik des siebenten Eduard üppig ins Kraut schießen. Auch die innerpolitischen Zustände in Deutschland waren höchst unerquicklich. Die Leiter der deutschen Auslandspolitik hatten sich an das Abfinden mit dem gar zu schwachen Troste gewöhnt, daß jede Verringerung von Reibungsflächen zwischen anderen Staaten den Weltfrieden im

allgemeinen sichere, und klammerten sich daneben an die vermeintliche Aussicht, daß Frankreich sich nun in Marokko festbeißen und dadurch für den europäischen Frieden vollends ungefährlich werden würde. Die Folgezeit sollte indessen erweisen, daß die von Moltke eingeleitete Arbeit einer militärischen Stärkung Marokkos deutscherseits späterhin doch nicht genügendem Umfange fortgesetzt war, so daß Frankreich bei seiner Festsetzung in Marokko nicht so entscheidende Widerstände fand, wie unserseits erwartet war.

So sehr fehlte dem Auswärtigen Amte in Berlin die Aktionslust und Aktionsfähigkeit, daß, als unmittelbar nach der Veröffentlichung des englisch-französischen Vertrages ein rheinischer Großindustrieller sich mit einem der besten deutschen Kenner Marokkos, Professor Theobald Fischer in Marburg, nach Berlin begab, um hier nachzufragen, ob man seinen wirtschaftlichen Plänen in Marokko Förderung wolle angedeihen lassen, ihm mit einem glatten „Nein" geantwortet wurde. Auch die damals bereits von anderer Seite gemachten Anstrengungen, ein oder zwei westmarokkanische Häfen und vielleicht das ganze Sus, das Hinterland Agadirs, für Deutschland zu sichern, verliefen gleich ergebnislos.

Frankreich ruhte inzwischen nicht, sondern packte durch seine algerischen Eisenbahnbauten Ostmarokko an und begann diese in der Richtung auf Südmarokko fortzusetzen.

Endlich fing auch Deutschland an, sich zu regen: Als ein Jahr nach dem englisch-französischen Abkommen verstrichen war, setzte Kaiser Wilhelm seinen Fuß auf marokkanischen Boden und erklärte zu Tanger dem Gesandten des Sultans, er habe großes Interesse an dem Wohlergehen und Gedeihen des marokkanischen Reiches, besuche den Sultan als unabhängigen Herrscher und hoffe, daß unter der Herrschaft des Sultans ein freies Marokko der friedlichen Konkurrenz aller Nationen ohne Monopole und ohne Ausschließung eröffnet werde! Das war eine deutliche Absage an die Adresse Frankreichs und Englands, die sich über die bestehenden internationalen Verträge hinweggesetzt und

zugleich in gewissem Sinne eine Ergänzung zu der früheren Kaiserreise nach Konstantinopel.

Die ganze islamitische Welt blickte auf Deutschland und erwartete von Deutschland das Einsetzen für die Unantastbarkeit ihrer noch selbständigen Reiche. Eine große Masse für Deutschland höchst nützlichen Vertrauens war in der islamitischen Welt aufgespeichert, und es wäre die Aufgabe der deutschen Politik gewesen, tatkräftig dafür zu sorgen, daß dieses Reservoir gefüllt blieb. Obwohl aber in den nächsten Monaten die deutsche Regierung formell festhielt an dem durch die Kaiserreise nach Tanger bekundeten Standpunkt in der Marokkofrage, trat unsere Diplomatie doch den dornigen Weg nach Algeciras an. Am 28. November 1905 eröffnete der Kaiser den Reichstag mit einer Thronrede, in der er bezüglich der Marokkofrage äußerte:

„Ein Blick auf Deutschlands eigene internationale Stellung darf sich der Wahrnehmung nicht verschließen, daß wir fortdauernd mit Verkennung deutscher Sinnesart und Vorurteilen gegen die Fortschritte deutschen Fleißes zu rechnen haben. Die Schwierigkeiten, die zwischen uns und Frankreich in der marokkanischen Frage entstanden waren, hatten keine andere Quelle als die Neigung, Angelegenheiten, in denen auch das Deutsche Reich Interessen zu wahren hat, ohne unsere Mitwirkung zu erledigen. Solche Strömungen können, an einem Punkte unterdrückt, an einem anderen wiederkehren. Zu meiner Befriedigung wurde in der marokkanischen Frage mit diplomatischen Mitteln unter Schonung der Interessen und der Ehre beider Teile eine Verständigung über die Einberufung und das Programm einer neuen Marokkokonferenz erzielt. Es ist mir eine heilige Sache um den Frieden des deutschen Volkes. Aber die Zeichen der Zeit machen es der Nation zur Pflicht, ihre Schutzwehr gegen ungerechte Angriffe zu verstärken. Um so sicherer mag es dann gelingen, die friedlichen Ziele des bewährten Bündnisses mit den Herrschern Österreich-Ungarns und Italiens auch fernerhin zu verwirklichen."

Der nunmehr vor den Entscheidungen von Algeciras von der deutschen Regierung eingenommene Standpunkt fand seinen klarsten Ausdruck in einer großen Rede, die Fürst Bülow am 6. Dezember desselben Jahres über die gesamte auswärtige Lage hielt und in der er die geschichtliche Entwicklung der Marokkofrage in einer Weise veranschaulicht, die heute die Erinnerung an jene Rede sehr zweckmäßig erscheinen läßt. Fürst Bülow sagte unter anderem:

„Es ist Ihnen bekannt, daß Deutschland schon zur Zeit der Madrider Konferenz, also vor 25 Jahren, in Marokko keine Sondervorteile suchte, sondern damals, wie alle übrigen Mächte, eine ruhige und unabhängige Entwicklung des scherifischen Reiches begünstigte. Indem wir an diesem Standpunkte festhielten, konnte eine deutsche Aktion wegen Marokkos nur defensiver, nicht agressiver Natur sein. Also keine Gebietserwerbungen in Marokko, wohl aber Achtung vor den bestehenden Verträgen, Achtung vor unserer politischen Stellung zu Marokko als einem unabhängigen Staate, Achtung unserer wirtschaftlichen Gleichberechtigung in Marokko. Nun schlossen Anfang April vergangenen Jahres England und Frankreich wegen überseeischer Fragen ein Abkommen miteinander. In bezug auf Marokko bedeutete dieses Abkommen eine Desinteressierung Englands zugunsten Frankreichs. England verpflichtete sich durch dieses Abkommen, Frankreich in Marokko freie Hand zu lassen. Selbstverständlich bestritten wir damals der englischen Regierung das Recht ebensowenig wie später der spanischen, über die marokkanischen Interessen ihrer Untertanen nach Gutdünken zu verfügen. Aber deutsche Rechte konnten durch ein englisch-französisches Abkommen nicht aufgehoben werden. Diese unsere Rechte ergaben sich aus der zwischen den größeren europäischen Staaten, den Vereinigten Staaten von Amerika und Marokko am 3. Juli 1880 zu Madrid abgeschlossenen Konvention und aus dem deutsch-marokkanischen Handelsvertrag vom 1. Juni 1890. Hauptsächlich kam der Artikel 17 der Madrider Übereinkunft in Betracht, durch welchen Ma-

rokko allen auf der Madrider Konferenz vertretenen Mächten das Recht der Behandlung als meistbegünstigte Nation einräumte. Frankreich hatte also, wenn es auf Grund des französisch-englischen Abkommens in Marokko Sonderrechte erwerben wollte, welche mit dem Meistbegünstigungsrechte der anderen Staaten in Widerspruch stehen, nicht nur die Zustimmung Marokkos, sondern auch die der übrigen Signaturmächte einzuholen. Pacta sund servanda. Wir hatten ein vertragsmäßiges Recht darauf, bei einer Neugestaltung der Verhältnisse in Marokko mitgehört zu werden. Unsere Handelsinteressen in Marokko sind zu erheblich, als daß wir eine Entwicklung der Dinge hätten zulassen können, an deren Ende die vollständige Abschließung von Marokko stand. Wir haben ein erhebliches Interesse daran, daß die noch freien Gebiete in der Welt nicht noch weiter eingeschränkt werden und daß der Betätigung unserer Industrie und der Ausbreitung unseres Handels in einem kommerziell wichtigen und zukunftsreichen Lande die Wege nicht verschlossen werden. Und wenn gesagt wurde, diese unsere Handelsinteressen wären nicht erheblich genug, um eine ernsthafte Vertretung zu rechtfertigen, so erwidere ich darauf, daß jedes Land das Recht hat, selbst zu entscheiden, wie hoch es den Wert solcher Interessen schätzen will."

Der vierte Reichskanzler ging dann auf das englisch-französische Marokko-Abkommen ein und die Sendung des französischen Gesandten St. René Taillandier nach Fes, welcher der marokkanischen Regierung Vorschläge unterbreitete, deren Annahme Marokko in eine ähnliche Lage gebracht hätte, wie Tunis. „Diese Vorschläge wurden in Formen gestellt, die als Ultimatum gelten konnten. Indem sie uns hiervon in Kenntnis setzte, teilte die marokkanische Regierung uns gleichzeitig mit, der französische Gesandte habe sich zur Unterstützung seiner Forderungen auf einen europäischen Auftrag berufen. Damit waren unsere vertragsmäßigen Rechte aus der Madrider Konvention offenkundig verletzt, die durch internationale Verträge verbürgte

Souveränität in Marokko in Frage gestellt, unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko in absehbarer Zeit mit Vernichtung bedroht."

Angesichts dieser Lage richtete Fürst Bülow am 11. April 1905 an den deutschen Botschafter in London einen umfangreichen Erlaß, in welchem er sagte:

„Daß wir wirtschaftliche Interessen in Marokko haben, bedarf keines Beweises. Wenn wir diese stillschweigend preisgeben, so ermuntern wir damit die zuschauende Welt zu ähnlichen Rücksichtslosigkeiten gegen uns bei anderen, vielleicht größeren Fragen."

Die Richtlinien der deutschen Marokkopolitik schienen hiernach klar vorgezeichnet; sie wurden aber in Algeciras nicht mit der nötigen Konsequenz befolgt, da Deutschland sich mit alleiniger Ausnahme Österreich-Ungarns von allen Seiten im Stiche gelassen sah. Am 5. April 1906 deckte Fürst Bülow sich im Reichstag durch die schwächlichen Worte:

„Wir sind nicht kleinlich, wir waren in manchen Einzelfragen nachgiebig gewesen, aber wir hielten unerschütterlich fest an dem großen Grundsatze der offenen Türe, da die Wahrung des deutschen Ansehens uns in der ganzen Marokkoaktion leitete und leiten mußte."

Damit war der Kanzler zurzeit am Ende seiner Kraft; er erlitt noch in selbiger Sitzung seinen schweren Ohnmachtsanfall.

Kurze Zeit darauf schied Geheimrat Holstein, der vor Algeciras zu einem an Frankreichs Adresse zu richtenden Ultimatum gedrängt hatte, aus dem Amt.

Frankreich besetzte Ende März 1907 Udschda, eine starke Tagreise westlich von Tlemzen, und beschoß am 7. August Casablanca. Die Generäle Drude und d'Amade drangen in Westmarokko, General Lautey im Osten vor. Der Schützling der Franzosen, Abd-el-Asis, mußte jedoch vor seinem Bruder Muley Hafid weichen. Die Gebrüder Mannesmann erlangten von Muley Hafid wichtige Minenkonzessionen. Am 18. August versuchte zwar ein unverbindlicher Beschluß des

diplomatischen Korps von Tanger die Konzession zu beschränken; aber am Tage darauf wurde Abd-el-Asis bei el Kelaa aufs Haupt geschlagen, so daß zweifelhaft blieb, wem der Beschluß zuzustellen war. Im Februar 1909 ließ kraft besonderen Abkommens Deutschland den Franzosen freie Hand in Marokko.

Die Beschießung Casablancas hatte mancherlei Zwischenfälle im Gefolge, wie deutsche Schadenersatzansprüche und den Streit um die deutschen Deserteure der französischen Fremdenlegion, die sich unter den Schutz des deutschen Konsulates begeben hatten. Deutschland aber begnügte sich zur Erledigung dieser Angelegenheit nicht nur mit einem Schiedsgericht, sondern es ging in seiner Willfährigkeit gegenüber Frankreich weiter bis zu dem erwähnten Abkommen vom 9. Februar 1909:

„Die Regierung der französischen Republik und die deutsche Reichsregierung, von dem gleichen Bestreben bewogen, die Ausführung der Akte von Algeciras zu erleichtern, sind übereingekommen, die Tragweite, die sie ihren Bestimmungen beilegen, näher zu bestimmen, in der Absicht, für die Zukunft jede Ursache eines Mißverständnisses zwischen ihnen zu vermeiden. Infolgedessen erklärt die Regierung der französischen Republik in voller Hingabe an die Integrität und die Unabhängigkeit des scherifischen Reiches und in dem Entschluß, dort die wirtschaftliche Gleichheit zu erhalten und infolgedessen die kaufmännischen und industriellen Interessen Deutschlands dort nicht zu beeinträchtigen, und die deutsche Reichsregierung, da sie in Marokko nur wirtschaftliche Interessen verfolgt und anderweit anerkennt, daß die besonderen politischen Interessen Frankreichs dort auch mit der Festigung der Ordnung und des Friedens im Innern verbunden sind, und diese Interessen nicht zu beeinträchtigen entschlossen ist, daß sie keinerlei Maßregeln verfolgen oder fördern werden, die geeignet wären, zu ihren Gunsten oder zugunsten irgendeiner Macht ein wirtschaftliches Vorzugsrecht zu schaffen, und daß sie trachten werden, ihre Staats-

angehörigen in den Geschäften, deren Ausführung ihnen übertragen werden könnte, zu gemeinschaftlichem Vorgehen zu verbinden."

Dieses ganz einseitig zugunsten Frankreichs getroffene Abkommen verhinderte nicht die schwersten Schädigungen der Mannesmannschen Unternehmungen. Die deutsche Marokkopolitik hatte ihren Tiefstand erreicht.

Endlich schien ein Umschwung zu nahen, als Herr v. Kiderlen-Wächter, dessen Zähigkeit man in Deutschland großes Vertrauen entgegenbrachte, in das Auswärtige Amt einzog und berufen schien, das Erbe des um jeden Preis verständigungslustigen Herrn v. Schön zu liquidieren. Zunächst aber sah auch Kiderlen-Wächter scheinbar ruhig zu, wie die Franzosen in Marokko immer weiter vordrangen, und bekundete amtlich volles Vertrauen zu den fadenscheinigen Versicherungen, daß die Franzosen binnen kurzem ihre militärischen Stellungen wieder aufgeben würden. Anfang Mai 1911 freilich gab er ihnen durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in erfreulich knapper und klarer Art zu verstehen, daß Deutschland sich nicht scheuen werde, die nötigen Folgerungen zu ziehen, wenn Frankreich ihm durch Zerreißen der Algecirasakte seine volle Bewegungsfreiheit wieder gebe, und einige Monate später erschien dann das kleine Kanonenboot „Panther" vor Agadir, um nach wenigen Tagen durch den dreimal so großen Kreuzer „Berlin" abgelöst zu werden.

Das weitere ist aus der Tagesgeschichte noch in zu frischer Erinnerung, um hier wiederholt zu werden. Wir ließen unsere Hände vom Sus und von den westmarokkanischen Häfen, nachdem England sich hinter den Kulissen eingemischt, Frankreich den Rücken gestärkt und eine Politik getrieben hatte, der später — den Ableugnungen deutscher Diplomaten zum Trotz — ein englischer Staatsmann Ausdruck gab, indem er sagte, daß England in „anderen" Teilen Afrikas, abseits der nordwestlichen Küste, deutschen Kolonialerwerbungen nicht im Wege stehen wolle. Durch

das Abkommen vom 4. November 1911 räumten wir auch unserseits Frankreich die Herrschaft über Marokko ein, verzichteten auf Expansionsbestrebungen in diesem reichen Erzland und begnügten uns, sogar noch unter Dreingabe des kleinen, aber wertvollen Zweistromlandes im Norden von Kamerun, mit der vielumstrittenen Ausdehnung unserer Kamerungrenzen im Osten und Süden und den berühmten Kiderlenzipfeln in den Kongosümpfen.

Deutschland räumte Frankreich eine ungleich größere Expansion ein, als es für sich selbst gewann. Und bei alledem ist doch Tatsache, daß Deutschland aus vitalen Rücksichten auf seine Wirtschaftsentwicklung der Ausbreitung auf produktionskräftigem Boden bedarf, indessen Frankreich mit seiner stillstehenden Bevölkerung und seiner wenig vorwärts schreitenden Industrie koloniale Neuerwerbungen nur braucht zur Stillung seines Ehrgeizes und zur Mehrung seiner Renten. —

Die Marokko-Kongo-Verhandlungen, die durch die Entsendung des „Panther" nach Agadir eingeleitet wurden, führen uns aber über den Länderstreifen zwischen Atlas und Indus hinaus tief in das afrikanische Hinterland, und da die gegenwärtig im Gange befindliche Neuteilung Nordafrikas auch an anderen Stellen des Erdteils Neuteilungen nach sich ziehen zu wollen scheint, so mag hier ein kurzer Gesamtüberblick über die afrikanische Aufteilung angeschlossen werden, für deren Verlauf man ja auch Deutschland die Entfaltung eines deutsch-afrikanischen Imperialismus in allerdings etwas nebelhafte Aussicht gerückt hat.

Die Teilung Afrikas

Im wesentlichen ist diese Teilung ja recht jungen Datums, und sie trägt vorläufig das Gepräge des Zufälligen, des — geographisch betrachtet — Unlogischen und daher nur

Provisorischen. Abgesehen von der seit Jahrtausenden mit der europäischen Welt in Berührung stehenden Geschichte der afrikanischen Nordküste, hat das Anschneiden des großen afrikanischen Kuchens naturgemäß begonnen an denjenigen Ecken, denen ihre Verkehrslage eine besondere Bedeutung verleiht. Der Kampf um die Nordostecke, das Nil- und alte Pharaonenland, erstreckt sich eigentlich durch alle Zeiten. Auch die marokkanische Nordwestecke hat genug wechselvolle Schicksale erlebt, sich aber bis in die jüngste Zeit durch Jahrhunderte neuen Eingriffen von außen entzogen.

Die älteste Kolonisation abseits der Mittelmeerküste nahm ihren Anfang an der Südspitze des Erdteiles; und es ist sehr bezeichnend, daß das Kapland, dereinst entdeckt auf der Suche neuer Wege nach Ostindien, ursprünglich kolonisiert wurde durch die Ostindische Kompagnie, die in den Zeiten des Hochstandes der niederländischen Seemacht diesen Stützpunkt auf ihrem Wege nach Ceylon und den ostindischen Inseln sich zu sichern wußte. Auch als dann am Ausgange des 18. Jahrhunderts England einen Teil des holländischen Erbes an sich riß, waren die beiden Etappen, Kapland und Ceylon, wieder die Preise, deren verkehrspolitischer Zusammenhang unverkennbar hervortritt.

Die eigentliche afrikanische Kolonialgeschichte gehört in ihrem vorläufigen Hauptteile dem 19. Jahrhundert an. Durch dieses ganze Jahrhundert zieht sich zunächst einmal der beharrlich fortgeführte englisch-französische Kampf um die Vorherrschaft in Ägypten. Darüber hinaus wurde frühzeitig schon Frankreichs Streben bemerkbar, ein großes nordafrikanisches Kolonialreich zu gründen, zu dem ein fester Grundstein gelegt wurde durch die Eroberung Algiers im Jahre 1830. Dem nordafrikanischen Ausbreitungsstreben Frankreichs folgte im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts die britische Ausbreitungspolitik in Südafrika, der sich in den achtziger Jahren Großbritanniens Vorgehen von der Nilmündung aus durch Nordostafrika bis an den Indischen Ozean zugesellte. Als es Ägypten an den großen Nebenbuhler

verloren sah, suchte Frankreich sowohl an der Küste wie tief im Hinterlande wenigstens möglichst weit nach dem Nil hin vorzudringen.

Nun war aber auch Deutschland in die Reihe der Afrikamächte, von verschiedenen Küstenstellen her vordringend, eingetreten, und das in bezug auf seine nationale Einheit gleichaltrige Italien fühlte gleichfalls den Kolonisationsdrang in sich.

Der überaus spröde Charakter der afrikanischen Küste brachte es mit sich, daß die kolonisierenden Europäer in erster Linie den Zutritt an den Flußläufen ins Auge faßten. Die Besitzzersplitterung der Kolonialmächte ist daher am größten in jenem Küstengebiete, das die zahlreichsten Mündungen mehr oder weniger schiffbarer Flüsse aufweist: von der Mündung des Senegal bis zu der des Kongo.

Die Zeiten, in denen man um das Eingangsgebiet herum gegenüber den Konkurrenten einfach bestimmte Längen- und Breitengrade als Grenze des Okkupationsgebietes festsetzte, sind auch für Afrika vorüber. Überall strebt man danach, sich über mehr natürlich-geographisch geartete Grenzen zu verständigen. Die große Besitzzersplitterung der einzelnen Kolonialmächte hat zahlreiche Reibungsflächen geschaffen, und es ist sehr erklärlich, daß sich neuerdings mehr und mehr das Streben nach Ausgleich und Austausch und Zusammenfassung größerer Landkomplexe unter einer Flagge, nach einer afrikanischen „Flurbereinigung", bemerkbar macht. Zwei Haupttendenzen stechen auch dabei wieder hervor: das bekannte Sehnen Frankreichs nach einem einheitlichen nordafrikanischen Kolonialreiche und das nicht minder bekannte Streben Englands, einen breiten Landstreifen vom Kap bis Kairo unter seinem Banner zu vereinen.

Der Verlauf der Marokkoverhandlungen, beziehungsweise der damit zusammenhängenden Preßäußerungen, ließ uns neben diesen beiden Haupttendenzen afrikanischer Teilungspolitik auch ein geschlossenes deutsch-afrikanisches Kolonialreich wenigstens als ferne Möglichkeit vor

Augen treten: Gewisse politische Kreise verhießen uns als das letzte Endziel der Berliner Marokkoverhandlungen ein zusammenhängendes zentralafrikanisches Kolonialreich unter deutscher Flagge, das unseren heutigen Besitz in Kamerun, Südwest- und Ostafrika vereinheitlichen sollte durch die Erwerbung des französischen Kongo als Gegenwert für die Gewährung politischer Bewegungsfreiheit in Marokko an Frankreich, die Anwartschaft auf Angola und die Einräumung des heute Frankreich zustehenden Vorkaufsrechtes auf den belgischen Kongo an Deutschland.

Koloniale Schriftsteller in England, und zwar auch solche, die in der praktischen Kolonialpolitik des Britenvolkes an hervorragender Stelle gestanden, haben eine gewisse Neigung für diese Pläne bekundet und sich zu dem Teilungsplane bekannt, der Frankreich ganz Nordwestafrika, England ganz Nordost- und ganz Südafrika und Deutschland Mittelafrika lassen soll. Auch die amtliche englische Politik hat in neuster Zeit Andeutungen gemacht, die auf eine Billigung solcher Pläne hinauslaufen und Deutschland das Eingehen darauf nahelegen. Tatsächlich hat denn ja auch in den Tagen nach dem „Panther-Sprung" unser Auswärtiges Amt einen Teil der deutschen Presse hingestoßen auf den Schlachtruf: „Mittelafrika deutsch!"

Es liegt auf der Hand, daß nach den gemachten Erfahrungen jeder Deutsche heute, wenn die Briten uns irgendein Geschäft antragen, den ernsten Verdacht hegen muß, daß Deutschland nichts geboten werden soll als ein Danaergeschenk. Zunächst wird die Vorfrage zu prüfen sein, ob uns gegenwärtig mit der Neuerwerbung tropischer Kolonien gedient ist, oder ob wir unser Auge nicht in erster Linie auf neue Ackerbaukolonien zu richten haben. Es liegt gewiß etwas Wahres und Beherzigenswertes darin, wenn Albrecht Wirth die Ackerkrume als den bleibendsten Wert bezeichnet und für die Bewertung von Ackerbaukolonien im Vergleich mit Pflanzungskolonien hinzufügt:

„Für die moralische Seite beachte man folgendes: Bei

Pflanzungsbetrieb kann der Weiße nur als Aufseher, Direktor und Prokurist wirken in Stellungen, die er nur auf wenige Jahre einnimmt, um dann, wenn er genug verdient, wieder in die Heimat zurückzukehren. Sobald jedoch Bauern sich auf Neuland ansiedeln, so wurzeln sie dort fest ein und vermehren die Zahl und Kraft ihres Volkstums. Plantagengewinn bereichert nur wenige Kapitalisten, fördert eine sehr oft noch internationale Plutokratie; die Ackerbaukolonie dagegen kommt dem gesamten Volkskörper zugute. Wenn in Zukunft also wieder der Erwerb eines neuen Landes mit preisenden Worten bedacht wird, so sollte gefordert werden, daß das neue Land auch für deutsche Bauern geeignet sei."

Aber es bleibt auch zu beobachten, daß die Frage: Pflanzungs- oder Ackerbaukolonien? beurteilt sein will nach dem Stande des Bevölkerungsüberschusses, den wir für Ackerbaukolonien übrig haben. Und da wird in späteren Kapiteln darzutun sein, daß wir zurzeit wenigstens keinen wirklichen Bevölkerungsüberschuß haben, sondern geradezu vor der Gefahr eines Mangels an ausreichendem Bevölkerungsnachwuchs im eigenen Lande stehen. Um aber dieser Blutleere des platten Landes zu begegnen, haben wir allen Anlaß, den siedelungslustigen Teil des deutschen Nachwuchses zu verwerten in der Innenkolonisation, so daß für neue Bauernkolonien in anderen Erdteilen keine ausreichenden Kräfte übrigbleiben und bei der Auswahl kolonialer Neuerwerbungen der Bedarf unserer Industrie an kolonialen Rohstoffen zurzeit die größere Berücksichtigung verdient. Auch die Betätigung Deutscher in leitenden Stellungen der Pflanzungskolonien darf keineswegs unterschätzt werden. Die Mehrung der Erwerbsgelegenheit für die Angehörigen der daheim überfüllten Berufsstände der Gebildeten, die Weitung des Gesichtskreises, das Vertrautmachen mit den ernsten Aufgaben einer verständigen Herrenpolitik bergen viel materielle und ideelle Werte.

Diese für ein deutsches Mittelafrika sprechenden Erwägungen vorausgeschickt, bleibt aber die große Frage, ob es

für uns von Vorteil sein kann, die scheinbar so entgegenkommenden Anerbietungen, die neuerdings von britischer Seite ausgegangen, anzunehmen und etwa zur Grundlage einer allgemeinen deutsch-englischen Verständigung zu machen. Sobald man dieser Frage nähertritt, wird man recht schnell gewahr werden, daß es in der Tat wiederum nur Danaergeschenke sind, die man uns darbietet. Was England in Mittelafrika zu vergeben hat, gehört ihm nicht. Eben deshalb freilich kann man — nach allen mit der britischen Politik gemachten Erfahrungen — annehmen, daß das Angebot ernst gemeint ist. Wir sollen den größeren Teil der portugiesischen Kolonien in Afrika, wir sollen vielleicht auch einen Teil der Kongoländer erwerben.

Hat Deutschland für sein Teil Anlaß, die Frage einer etwaigen Aufteilung des Kongostaates aufzurollen? Eine Erwerbung des ganzen Gebietes durch Deutschland ohne französische und englische Einmischung erscheint vollkommen ausgeschlossen. Frankreich pocht auf sein auch gelegentlich der vorjährigen Berliner Kongo-Verhandlungen beibehaltenes Vorkaufsrecht und wird darauf nicht verzichten, ohne sich wenigstens nördlich des Kongo beträchtliche Gebietserweiterungen an der Ubangigrenze zu sichern; England würde unbedingt auf die Katanga-Minen seine Hand legen, und Deutschland hätte den durch Raubbau in manchen Teilen entwerteten Rest vermutlich recht teuer zu bezahlen. Wollen wir ihn aber erwerben, dann genügen die beiden Kiderlen-Zipfel nicht zur Verbindung, dann müssen wir für großzügige Abrundung sorgen im französischen Kongo, die ohne die von Frankreich erstrebte afrikanische Flurbereinigung in Gestalt deutscher Dreingabe Togos und Nordkameruns nicht zu haben wäre. Sehr bedenklich scheint es auch, im Rahmen der Kongofrage (neben der unseren Gegnern freilich nur willkommenen Beunruhigung Belgiens!) die Streitfrage aufzurollen, welche Regelung in dem Landgebiet westlich des Tanganyikasees vor-

genommen werden soll. Hier herrscht ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen dem natürlichen Streben Deutschlands, im Falle der Kongoteilung Deutsch-Ostafrika mit dem künftigen Deutsch-Mittelafrika in Verbindung zu halten, und dem englischen Streben nach Abschluß der Nord-Südverbindung von Kairo bis zum Kap.

In den deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen, soweit sie sich auf kolonialem Boden bewegen, würde an erster Stelle das Inkrafttreten des Delagoa-Vertrages zu stehen haben, namentlich also die Erwerbung von Angola durch Deutschland. Das wäre kolonialwirtschaftlich und auch mit Rücksicht auf die deutsche Stellung in der afrikanischen Verkehrspolitik zweifellos erstrebenswert. Prüfen wir aber den derzeitigen Stand der Dinge, so werden wir wiederum zu der Erkenntnis gelangen, daß uns auch hier recht hohe Preise abgenötigt werden sollen. Das britische Kapital hat sich gerade in Südangola mit großem Eifer betätigt, und auch die Verkehrserschließung in die Hand zu nehmen begonnen. Entweder werden wir bedeutende Opfer aufbringen müssen, um im Falle der Erwerbung von Angola hier den deutschen Einfluß und das deutsche Kapital an die britische Stelle zu setzen, oder aber wir erwerben für den zu zahlenden Kaufpreis nur das Recht, die — Verwaltungskosten für Angola auf unsern Etat zu übernehmen, ohne deshalb wirtschaftlich und verkehrspolitisch zu den wirklichen Herren des Landes zu werden.

Somit kommen wir vorweg zu dem Schluß, daß jene politischen Partner, mit denen wir uns über die Ausführung des Programms: Mittelafrika deutsch! zu verständigen haben und die bereit scheinen, uns auf den Weg zur Durchführung dieses Programms zu führen, Deutschland bei diesem Handel finanziell sehr stark engagieren wollen, und die Frage drängt sich auf, welche Nebenabsichten mit einem solchen finanziellen Engagement Deutschlands verbunden sind — und bei weiterer Betrachtung, ob die scheinbaren Nebenabsichten sich nicht gar als die eigentlichen Hauptabsichten entpuppen.

Eine starke Belastung des deutschen Reichshaushalts durch die Erwerbung eines mittelafrikanischen Imperiums mag den Briten willkommen sein als eine Gewähr dafür, daß die deutsche Volksvertretung sich künftig nicht bereit finden möchte, einen so stark vorbelasteten deutschen Reichshaushalt nun auch weiter zu belasten mit steigenden Flottenausgaben. Man rechnet wohl auf die Wirksamkeit des Arguments: England hat uns sein Entgegenkommen bewiesen, indem es uns zu einem großen, zusammenhängenden deutschen Kolonialbesitz in Zentralafrika verhalf; wir haben also nicht mehr mit Englands Übelwollen zu rechnen und haben es daher nicht mehr nötig, Flottenausgaben zu tragen, die keinen Platz mehr finden in einem Etat, der durch die Kosten der Erwerbung und Nutzbarmachung des deutschen Mittelafrika-Imperiums so außerordentlich stark in Anspruch genommen wird.

Das ist das eine; das andere ist dies: Nicht nur unser Reichshaushalt würde durch die Erwerbung und Nutzbarmachung eines deutschen Mittelafrika überaus stark belastet werden, sondern zur wirklichen Nutzbarmachung der neuerworbenen Gebiete würde auch eine sehr starke Beschäftigung des deutschen Kapitals gehören, dessen Aufmerksamkeit dadurch abgelenkt würde von der Betätigung in anderen, keineswegs minder wichtigen Gebieten. Unsere starke Interessierung in Mittelafrika wäre, wenn vielleicht auch nicht unmittelbar vertragsmäßig verbunden, so doch schon durch die finanziellen Wirkungen zum mindesten mittelbar verknüpft mit einer „Desinteressierung" in Vorder- und Ostasien.

Wenn England uns nach Mittelafrika lockt, so werden wir die Frage nicht von der Tagesordnung weglassen dürfen: wie es sich denn in Zukunft stellen will zu der deutschen Betätigung in Kleinasien und Mesopotamien. Auf eine Ausschaltung unserer Interessen in Mesopotamien zugunsten der mittelafrikanischen Pläne können wir uns aber nicht einlassen. In einer so kritischen Zeit, wie sie gegenwärtig für China herrscht, dürfen wir auch nicht daran denken, im Wett-

bewerb auf dem chinesischen Markt zurückzustehen, weil wir unser Kapital in Mittelafrika benötigen.

Somit kommen wir zu dem Ergebnis, daß ein deutsches Mittelafrika-Imperium an sich ein wohl erstrebenswertes Ziel sein mag, daß wir uns aber in acht nehmen müssen, uns bei der gegenwärtigen Weltlage auf dieses Ziel losjagen zu lassen von einer Macht, der es am Ende nicht zu tun ist um die deutsche Machterweiterung und deutsche Dankbarkeit, sondern um das starke finanzielle und politische Engagement Deutschlands, von dem sie erhofft, daß es unsere Kräfte für geraume Zeit völlig in Anspruch nehmen und uns verhindern werde, einerseits fortzufahren in dem Ausbau der deutschen Flotte, anderseits in der energischen Betätigung deutschen Unternehmungsgeistes in Vorder- und Ostasien.

Nur soweit das volle deutsche Selbstbestimmungsrecht über den Ausbau unserer Wehrmacht zur See gesichert bleibt und wir die Gewähr haben, an anderen Stellen der Welt nicht einfach kalt gestellt und vor die geschlossene Tür gesetzt zu werden, können wir uns beteiligen an der von französischer und britischer Seite auf die Tagesordnung des diplomatischen Gedankenaustausches gesetzten Erörterung der afrikanischen Abrundungsfragen, die unter diesem Vorbehalt für die Zukunft allerdings unsere lebhafte Aufmerksamkeit beanspruchen dürfen.

Vor allen Dingen aber wird es bei allen kommenden Verhandlungen der größten Aufmerksamkeit und Energie unserer Diplomatie bedürfen. Nur diejenigen Mächte können vorteilhaft abschneiden, deren Vertreter über ein ausreichendes Maß kolonial-geographischer und -wirtschaftlicher Kenntnisse verfügen — nicht zu vergessen freilich: auch nur diejenigen, deren finanzielle und volkswirtschaftliche Kräfte sich beizeiten in solchen überseeischen Ländern regen, die für Zukunftserwerbungen in Betracht kommen.

In der letzteren Beziehung werden wir nicht gerade vertrauensvoll gemacht durch die vollständige Zurückhaltung

des deutschen Kapitals und Unternehmungsgeistes beispielsweise in denjenigen Gebieten, die uns durch den Delagoavertrag in Aussicht gestellt worden sind und in denen sich gegenwärtig England mit Eisenbahnbauten und anderen finanziellen Unternehmungen häuslich einrichtet. In ersterer Beziehung ist das Vertrauen schwer erschüttert durch so mancherlei, was aus den deutsch-französischen Kongoverhandlungen bekannt geworden ist.

Schon rein äußerlich hat die neue Umgrenzung von Kamerun beispielsweise einen nichts weniger als günstigen Eindruck machen können. Das Kamerunabkommen sah auf Strecken von zusammen ungefähr 1500 Kilometer wieder einmal lineare Grenzen vor, obwohl die Zeiten, in denen man mit dem Lineal durch die Karte des schwarzen Erdteils fuhr, doch eigentlich überwunden sein sollten. Überall, wo aus der ursprünglichen Aufteilung Afrikas diese unnatürliche Geradlinigkeit der Grenzen besteht, ist man heute doch bestrebt, die Grenzen nach Möglichkeit umzugestalten unter Anpassung an die natürlichen Verhältnisse — die natürlichen Verhältnisse, sowohl Land wie Leute betreffend. Das heißt: einerseits die Grenzen der Bodengestaltung anzupassen, anderseits zu berücksichtigen, daß zusammenhängende Volksstämme nicht künstlich getrennt werden. Bei der Abgrenzung Neukameruns hätte man von vornherein diesen grundlegenden Gesichtspunkten in weit ausgedehnterem Maße Rechnung tragen müssen. Je weniger man dies tut, je weniger die Grenzführung der Natur des Landes angepaßt ist, um so kostspieliger gestaltet sich die Grenzregulierung, die sich natürlich dort wesentlich vereinfacht, wo beispielsweise einfach dem Talweg eines schiffbaren Flusses zu folgen ist.

Die schärfste Kritik an der Behandlung der Kamerunfrage ist seinerzeit dadurch geübt worden, daß der beste Kenner der Kolonialgeographie voll tiefen Mißmuts aus dem Amte schied und den Staatssekretär des Kolonialamts mit sich zog. Mit Bezug auf mangelndes Sachverständnis beim Abschluß tief einschneidender kolonialer Verträge be-

trachtete dieser beste Kenner das Sansibarabkommen von 1890 als einen „Vorgänger" des Kamerunabkommens, da auch jenes von deutscher Seite ohne Hinzuziehung von Sachverständigen abgeschlossen worden ist und nur auf diese Weise mit allerlei Bestimmungen belastet werden konnte, deren überaus schädliche Wirkung damals von diplomatischer Seite nicht geahnt wurde, sich nachträglich aber um so fühlbarer gemacht hat. Für das Kamerunabkommen haben die Franzosen von langer Hand die sorgfältigsten Vorbereitungen der besten Sachverständigen getroffen — auf deutscher Seite hingegen wurde sachverständiger Rat in keiner Weise herangezogen, sondern die Arbeit von der Diplomatie allein ohne jegliche Kenntnis der in Frage kommenden Landgebiete aus dem Ärmel geschüttelt. In den Augen Danckelmanns, der als der Sachverständigsten einer ungehört blieb, war die Zipfelpolitik des Herrn v. Kiderlen eine „völlig verfehlte Idee", die nur aus der Unkenntnis der in Betracht kommenden Verhältnisse an den maßgebenden Stellen erklärt werden könne. Wegen seiner klimatischen Zustände werde das in wirtschaftlicher und verkehrspolitischer Richtung völlig wertlose Gebiet nur „zu einer wahren Hölle für die dort zu stationierenden Beamten werden".

Seitdem die Kolonialverwaltung als selbständiges Reichsamt vom Auswärtigen Amt abgezweigt worden ist, haben die Verhältnisse sich nicht, wie erhofft wurde, gebessert, sondern eher noch verschlechtert. Den einschlägigen Persönlichkeiten des Kolonialamts ist der Einfluß auf die Betätigung des Auswärtigen Amts in kolonialpolitischen Angelegenheiten nur noch mehr entzogen worden, und noch souveräner als zuvor setzt sich das Auswärtige Amt, in dessen Händen die internationalen Verhandlungen über kolonialpolitische Dinge ja verblieben sind, über Rat und Bedenken der kolonialpolitischen Sachverständigen hinweg. Es fehlt jede Kontinuität der Beziehungen zwischen dem Kolonialamt und dem Auswärtigen Amt, dessen politische Dezernenten der kolonialpolitischen Kenntnisse in bedauerlichem Maße

ermangeln. Diesem Mangel kann natürlich nicht abgeholfen werden durch eine Wiedervereinigung der beiden Ressorts, sondern durch ein besseres Hand in Hand arbeiten und größere Berücksichtigung der kolonialpolitischen Sachverständigen. Die Kolonialpolitik aus dem Handgelenk, wie das Auswärtige Amt sie heute betreibt, ohne über irgendwelches Sachverständnis zu verfügen und sich um sachkundigen Rat zu bemühen, muß die schwersten Befürchtungen auch für die Zukunft wecken.

Wenn in dieser Beziehung nicht gründlich Wandel geschaffen wird, dann können wir nur sehr schwache Hoffnung hegen auf aussichtsreiche Betätigung des deutschen Imperialismus in den einer Neuaufteilung der Erde zu unterziehenden Ländern und Landgebieten. Aber freilich wollen wir nicht vergessen, daß wir nicht von der Regierung allein das Heil erwarten, oder uns nicht bei der Regierung allein bei ausbleibendem Erfolg beschweren dürfen, sondern daß auch die wirtschaftlichen und finanziellen Unternehmungskräfte des Volkes und sein politisches Verständnis sich regen und auf der Wacht sein müssen.

Die pazifisch-ostasiatischen Reibungsflächen

Neben den vorderasiatisch-afrikanischen Reibungsflächen imperialistischer Bestrebungen der Weltmächte finden wir einen zweiten Komplex solcher Reibungsflächen im Stillen Ozean und seinen Randgebieten. Der ferne Osten hat uns ja schon seit längerer Zeit recht ernsthafte politische Probleme gestellt, die sich von Jahr zu Jahr mehr zuspitzen. In vollem Umfange wird der Pazifik mit seinen Randländern aber in die Weltpolitik und ihre Konflikte doch erst hineinrücken, wenn die Eröffnung der neuen Weltzufahrtsstraße zu ihm über einem neuen Akt auf dem Welttheater den

Vorhang wird aufgehen und das prophetische Wort vom „Mittelmeer der Zukunft" seiner politischen Wahrheit teilhaftig werden lassen.

Das Wort stammt vom ersten Napoleon. Es stammt von ihm auch das andere Wort, das Franzosen und Engländer „die einzigen Kulturnationen" nennt, denen gegenüber die anderen nicht zählten. Oft werden wir in diesen Zeiten an beide Napoleonischen Aussprüche erinnert: an den ersten, wenn wir der bevorstehenden Eröffnung des Panamakanals gedenken; an den zweiten durch das gegenwärtige politische Zusammenwirken Englands und Frankreichs, für das französische Hetzpolitiker den Gedanken geprägt, daß England und Frankreich als die einzig wahren Kulturnationen Hand in Hand arbeiten müßten an der Vernichtung deutscher „Barbarei und Unkultur".

Der Korse hatte bei seinem Ausspruch freilich etwas ganz anderes im Sinn als etwa ein Zusammengehen von Frankreich und England; er wollte im Gegenteil darauf hindeuten, daß England der wahre und große, der einzig fürchtens- und vernichtenswerte Feind Frankreichs sei. Gegen England kämpfte er, als er vor nunmehr hundert Jahren auf den russischen Schneegefilden seine große Armee zusammenbrechen sah, die ausgezogen war zu dem Behuf, den ganzen europäischen Kontinent gegen England unter seiner Macht zu vereinigen und durch die restlose Durchführung der Kontinentalsperre England tödlich zu treffen, nachdem Frankreich sich auf Bonapartes Zug nach Ägypten als England zur See nicht gewachsen erwiesen hatte. Die Kontinentalsperre erreichte das Gegenteil ihrer Absicht: sie führte England auf Wege, die für das kommende Jahrhundert seine Seeherrschaft festigten, indem der bis dahin weltumspannende französische Seehandel zurücksank auf den Stand einer kümmerlichen Küstenschiffahrt, und der ganze ungeheure Kolonialhandel den nunmehr seebeherrschenden Briten zufiel. Das Land des Korsen, der das Wort von dem „Mittelmeer der Zukunft" geprägt, war nicht nur nicht hinausgedrungen in

dieses ferne Mittelmeer, sondern auch von den näheren Meeren abgedrängt.

Wenn heute die Todfeinde aus der Zeit vor hundert Jahren zusammenstehen und ihre „Kulturmission" darin erblicken, einen tödlichen Streich gegen das Deutsche Reich zu führen, so ist England zu dieser weltpolitischen Stellungnahme wesentlich veranlaßt durch den Wunsch, den deutschen Welthandel von den Meeren zu verdrängen, wie es zu Beginn des vorigen Jahrhunderts den französischen verdrängte. Aber der Vorhang will aufgehen über einer neuen Szene, die Englands Blicke ablenken muß von der Nordsee und es zwingen wird, dem fernsten und größten der Ozeane seine Aufmerksamkeit zu widmen.

Neun Jahrzehnte, nachdem der greise Dichterfürst von Weimar den Wunsch ausgesprochen, noch ein halbes Jahrhundert auf Erden weilen zu können, um zu erleben, daß die Vereinigten Staaten die Landenge von Panama durchstechen und den Weltverkehr auf die Häfen des Stillen Ozeans lenken, wird das Werk erfüllt sein. Auch seine Erfüllung freilich wird nicht in vollem Maße zur Verwirklichung bringen, was in dem Napoleonischen Wort vom Mittelmeer der Zukunft ausgedrückt ist. Was dem Atlantischen Ozean dauernd seinen Vorrang im Weltverkehr sichern wird, das ist vor allem sein unendlich reicherer Besitz an mannigfachen, tief in die Festlandmassen eingreifenden Nebenmeeren und Golfen und ihnen zugehörigen, weit ins Binnenland hinein schiffbare Stromadern: Lorenzstrom, Mississippi, Amazonas und La Plata auf der Westhalbkugel, Nil und Kongo und die weithin schiffbaren Flüsse Frankreichs, Englands und Deutschlands, dank der Verbindung durch die Nebenmeere auch Rußlands und Ägyptens auf der Ostseite. Wo finden sich, um mit Dove zu sprechen, auf der Erde zum zweiten Male Meeresteile von der altersgrauen Verkehrsbedeutung der Nordsee und des Mittelmeeres? Wo Ströme mit derartig langen und günstigen Schiffahrtsrinnen, wie sie Mississippi und Amazonas zukommen? Wo Flüsse mit einer

so großen Handelsbewegung, wie sie sich auf dem vergleichsweise kleinen Rhein, der kurzen Themse und dem Hudson abspielt? Wo verdichten sich zum zweiten Male die Schiffahrts- und Kabellinien so wie in der Nordsee?

Der Stille Ozean randet in seinem Osten an Verkehrsgebiete, die in weit weniger günstiger natürlicher Verbindung zu ihrem Hinterlande stehen. Im Westen freilich sind die Riesenströme Chinas bedeutende Zubringer. In Zukunft wird der Pazifik immer stärker seine Rolle spielen als das bedeutsame Bindeglied zwischen den uralten Kulturländern China-Japan und dem jungen Riesenstaate der Amerikanischen Union. Diese sind für ihre gewaltig wachsende Produktion an Boden- und Industrieerzeugnissen die Länder Ostasiens willkommene Märkte. Aber erst, wenn der Kanal dem Weltverkehr übergeben ist, kann sich der Gesamthandel der Erde zu einem wahrhaft weltumfassenden erheben.

Der Suezkanal gab dem Mittelmeer seinen alten Handelseinfluß zurück und brachte dem Verkehr ungeheure Erleichterung. Die Durchbrechung der beiden amerikanischen Erdfesten wird auf die Seeschiffahrt der Alten und Neuen Welt einen ähnlichen Einfluß ausüben. Die Entfernung von Liverpool nach Valparaiso an der Westküste Südamerikas, welche um das Kap Horn 16370 Kilometer beträgt, wird bei der Fahrt durch den Panamakanal auf 11830 Kilometer, die nach San Franzisko an der Westküste Nordamerikas von 22000 Kilometern auf 12500 Kilometer, also fast auf die Hälfte zusammenschrumpfen. Über die Verkehrsbedeutung des Stillen Ozeans und des ihn erst in vollem Umfange erschließenden Panamakanals hat Ratzel uns also belehrt:

Der Stille Ozean ist die Hälfte des Weltmeeres. Er schiebt sich wie ein Keil zwischen Asien und Amerika von Süden her ein. Die Basis dieses Keiles nimmt fast die Hälfte des Erdumfanges in der südlichen gemäßigten Zone ein. Die weit auseinander gezogene Gestalt des Stillen Ozeans läßt nur im hohen Norden, gerade unter dem Polarkreis, eine Annäherung Asiens und Amerikas zu, legt dagegen im Süden,

ebenso wie in der Tropenzone, große Meeresräume zwischen die einzelnen Länder. Die bedeutendsten, zukunftsvollsten Gebiete der Südhalbkugel vereinigen sich im Stillen Ozean, und was dereinst von einer großen selbständigen Geschichte der Antipoden sich verwirklicht, das wird seinen Schauplatz vorzüglich im südlichen Stillen Ozean haben. Der Atlantische Ozean hat das meiste beigetragen, den Schauplatz der Geschichte über die Nordhalbkugel auszubreiten, dem Stillen Ozean fällt diese Aufgabe für die Südhalbkugel zu. Eine zweite Tatsache von Bedeutung ist das Übergewicht Ostasiens. China und Japan, zwei glänzend ausgestattete Reiche, die zusammen fast ein Drittel der heutigen Bevölkerung der Erde umschließen, beginnen erst, den Weg ozeanischer Unternehmung und Ausbreitung zu betreten; Japan freilich in auffallend raschem Tempo. Seit dem Frieden von Portsmouth (1905) hat es sich — Rußland vom Meere verdrängend — den Vereinigten Staaten im nördlichen Stillen Ozean an die Seite gestellt. Im südlichen herrscht England. Und auf den Inseln des Tropengürtels haben verschiedene Mächte, neben England besonders Frankreich, Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika, teilweise als Erben Spaniens, sich Kolonien gegründet.

Die Erschließung des Durchganges bei der Panamalandenge wird den Eintritt von Osten her erleichtern, der bisher nur um Südamerika herum möglich war. Von Europa aus wird man Lima und Valparaiso in der Hälfte der jetzigen Fahrtdauer erreichen können. Umgekehrt werden die pazifischen Staaten der Union der atlantischen Welt nähergerückt. Die Vereinigten Staaten werden dadurch den sichersten Gewinn von dieser Erschließung haben. Ihnen gibt ihre geographische Lage die Möglichkeit, ihre ganze atlantische Kraft auf die pazifische Seite zu werfen, da sie den künftigen interozeanischen Kanal beherrschen werden. —

Das ist das bedeutsamste Moment für die weltpolitische Zukunft, soweit sie vom Anteil der einzelnen Länder an der Beherrschung des Weltverkehrs über die Meere abhängt:

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika verfügen insofern über eine besonders bevorzugte Weltverkehrslage — deren Vorzug aber erst nach Vollendung des Panamakanals voll hervortreten wird —, als sie mit ihren weiten Küstenstrecken sowohl an den Atlantischen wie an den Stillen Ozean angrenzen. Und das ist die besondere weltpolitische Bedeutung des Panamakanals, daß er die erste große Hochstraße des Weltverkehrs zu Wasser darstellt, die der britischen Überwachung entzogen ist.

Wir sagten es schon: Die bevorstehende Eröffnung des Panamakanals ist der Zeitpunkt, zu dem sich der Vorhang heben wird über einem neuen Akt auf dem Welttheater. Dann können nicht mehr die deutsch-englischen Gegensätze den weltpolitischen Stimmungen und Vorgängen ihr Gepräge aufdrücken, sondern es rückt in den Vordergrund das große Ringen der Amerikaner und der Gelben um die Vormachtstellung im und am Stillen Ozean. Und es wird für England die Frage brennend, ob es weiter arbeiten will mit dem englisch-japanischen Bündnis, ob es Australien und Kanada hinübergleiten lassen will in die Arme der Vereinigten Staaten, mit denen diese Kolonien verbunden sind durch die gemeinsame Feindschaft gegen Japan; oder ob es seinerseits mit diesen Tochterländern, die sich heute als gleichwertige „Schwesterländer" fühlen möchten, seine selbständige britische Stellung im und am Stillen Ozean neben Japan und neben Amerika behaupten will. Dann wird es seine Schiffe anderwärts brauchen als in der Nordsee, und es wird sich zusammenfinden können, wo nicht müssen, mit Deutschland, das auch für sein Teil nicht unbeträchtliche Interessen auf seinen weitverbreiteten Stützpunkten im großen Weltmeer zu vertreten haben wird.

Der Panamakanal, das muß nochmals betont werden, ist die erste große Hochstraße des Weltverkehrs zu Wasser, die nicht unter britischem Einfluß steht. Seine Fertigstellung bedeutet daher für England nicht weniger als für die ameri-

kanischen Kanalschöpfer selbst einen weltpolitischen Wendepunkt. Bis heute fühlt sich das Inselreich am Atlantischen Ozean als Herr der Meere. Es hat sich durch Bündnis gesichert gegen feindliche Konkurrenz des anderen Inselreiches, das im Stillen Ozean in Wettbewerb mit der Union zum Herrn dieses Weltmeeres zu werden trachtet. Ist der Panamakanal vollendet, dann wird die Stellung der Nordamerikanischen Union an beiden Weltmeeren zu voller Geltung kommen, dann wird Nordamerika diesen gewaltigen Vorzug seiner Lage, nicht zum Vorteil Englands, auszunutzen vermögen.

Es ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten unendlich viel geschrieben worden von der Verbindung des Atlantischen und Stillen Ozeans, von der die Menschen träumen, seitdem im Jahre 1532 Karl V. den ersten Plan faßte, seitdem 1780 der junge Nelson ihn aufs neue propagierte, 1814 Alexander v. Humboldt die Blicke der Welt auf ihn richtete, und 1827, auf Humboldts Anregungen gestützt, der greise Goethe an seinem Lebensabend sich noch fünfzig Jahre Lebenszeit wünschte, um die Eröffnung dieses Riesenwerkes mit erleben zu können.

Wer wird, das ist die hochbedeutsame Zukunftsfrage, das große politische Schauspiel leiten, zu dem der Bau des Kanals die Einleitung ist? Bisher gab Europa bei allen Kriegen den Ausschlag, durch Jahrhunderte herrschte Englands Flotte auf den Wassern. Europa gab die Menschen zur Besiedelung Amerikas, Europa gab den Anstoß zum Erwachen der gelben Völker, Europa besetzte zuerst Australien und die Inseln des Stillen Ozeans und ergriff zuerst den Gedanken und die Tat des Panamakanals! Wird es so bleiben, oder wird es lernen müssen, sich neuen Mächten zu beugen? War es ein Zufall, daß die Union das Ende des russisch-japanischen Krieges herbeiführte? Drängte nicht Amerika jüngst auch das alte Europa zum Abrüsten unter Friedensversicherungen und Kanalbefestigungen?

Der Panamakanal wird die volle wirtschaftliche Nutzung Westamerikas und seine wesentlich verstärkte Besiedelung er-

leichtern. Die Erleichterung der Besiedelung durch amerikanische und europäische Einwanderer hat neben dem wirtschaftlichen den ungeheuren politischen Vorteil, daß sie dem Eindringen der gelben Rasse in Westamerika praktischen Widerstand entgegenzusetzen ermöglicht. Das Wirtschaftsleben der Union wird durch den Kanal einen mächtigen Anreiz erfahren, und der ganze große, noch lange nicht völlig angespannte Organismus der Vereinigten Staaten wird von neuem durchblutet und mit frischem Leben erfüllt werden.

In einem vortrefflichen Büchlein über den Panamakanal und seine Bedeutung schrieb jüngst Hauptmann Smend mit Bezug auf die Zukunftsaussichten:

„Der Panamakanal wird rascher, wie sich bisher die Ereignisse auf dem Stillen Ozean abzuspielen pflegten, die Frage zur Entscheidung bringen, ob England oder Amerika die Vormacht sein wird, oder beide zusammen; und später, ob die weiße oder die gelbe Rasse ihn beherrschen soll. Wenn England mit Nordamerika zusammengeht, wofür manche gemeinsame Interessen sprechen, so muß es den Haß Japans und dessen und Rußlands Rache in Indien befürchten. Die indische Frage, die weitere Gestaltung des großen Reichsverbandes, das Verhältnis der europäischen Mächte zueinander, besonders die Entscheidung zwischen Deutschland und Großbritannien, Rußlands Wiederauftreten im fernen Osten, die Zukunft der japanischen Bündnisse, die chinesische Neugestaltung und Bündnisfähigkeit, Englands Stellung zur Union, die innerpolitischen Entwicklungen der einzelnen Mächte und viele andere politische Fragen ruhen in der Zukunft und sind für die neue Ära der Weltpolitik und die Bildung der Machtverhältnisse mitbestimmend oder aber abhängig davon."

Und über die Betätigung der britischen und deutschen Interessen hieß es dann weiter: „Nach den neuesten Berichten beabsichtigt Japan 18 und die Union 21 große Schiffe neu zu bauen. Jede Machtvermehrung auf dem großen Ozean von dieser Seite her bedeutet eine Minderung eng-

lischer Macht, solange Großbritannien nicht mit gleichen Kräften auftritt. Besteht der Gegensatz Deutschland-England weiter, so ist es nicht zum Nachteil der Union, die nach Eröffnung des Kanals schnell dankend quittieren wird. Ein Krieg zwischen beiden Europamächten aber kann jetzt nur noch denselben Erfolg haben, da Englands Flotte kaum ungeschwächt aus ihm hervorgeht. Darum nimmt die Wahrscheinlichkeit eines Krieges Deutschland-England ab in dem Maße, wie sich die Folgen des Panamakanals auf dem großen Ozean zeigen werden. Da England die Gelegenheit, Deutschland rechtzeitig unschädlich zu machen, versäumt hat, und da auch dessen Schwächung durch einen Krieg mit Frankreich mißglückt ist, so wird es entweder den Michel als Nebenbuhler dulden oder aber seine Weltherrschaft an den Wurzeln bedroht sehen müssen. Eine Einigung mit Deutschland bedeutet somit die Wahl des kleineren Übels für Großbritannien."

Vergessen wir nicht hinzuzufügen, daß Deutschland auch unmittelbar an der weiteren Entwicklung in jenem Mittelmeer der Zukunft lebhaft beteiligt ist; nicht nur durch die allgemeine Beeinflussung der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Lage, sondern auch durch seinen ausgedehnten Inselbesitz inmitten der Verkehrsstraßen, die über den Stillen Ozean hinüber und herüber führen. Mit im Vordergrunde aber steht freilich auch für uns zur Zeit der deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen der Gesichtspunkt, daß die Briten über kurz oder lang zur Ablenkung ihrer Aufmerksamkeit von der Nordsee gezwungen sein und nicht umhin können werden, nach einem friedlichen Ausgleich mit Deutschland zu trachten, den wir für unser Teil unter dieser Erwägung durchaus nicht zu überstürzen brauchen. Die volle Hineinbeziehung des großen Weltmeeres in den Verkehrskreis der Völker und in ihren weltpolitischen Gesichtskreis kann und muß von uns genutzt werden, um uns an anderen Stellen der Erde größere Bewegungsfreiheit und die uns notwendigen Ergänzungen unseres Machtbereiches zu schaffen.

Neue Weltmächte

Daß die Weltgeschichte auch nach europäischer Auffassung sich nicht mehr erschöpfen konnte in der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, sondern daß die Bewohner fremder Erdteile ihre vollwichtige Rolle in der allgemeinen Weltgeschichte spielen, das begann uns zu dämmern gerade aus Anlaß von Vorgängen am Stillen Ozean; zunächst nämlich im Verlaufe des japanisch-chinesischen Krieges von 1894/95; deutlicher wurde es uns dann im amerikanisch-spanischen Kriege von 1898. Es wurde uns vollends klar gemacht durch die Ereignisse des russisch-japanischen Krieges.

Heute ist es jedem Politiker in Fleisch und Blut übergegangen, daß er neben den europäischen Mächten die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japan in jede weltpolitische Rechnung einzustellen hat. Unser Horizont ist geweitet; und wie wir begriffen haben, daß jene Länder keine geringere Berücksichtigung erheischen als die alten Großmächte, so werden wir uns auch mehr und mehr daran gewöhnen, als Länder, die in der zweiten Machtkategorie stehen und im weltpolitischen Getriebe der Zukunft auch die Rolle aufrückender Staaten zu spielen in der Lage sein könnten, neben europäischen auch asiatische und amerikanische Staaten in Betracht zu ziehen.

Das Hauptaugenmerk aber richtet sich außerhalb Europas einstweilen auf Japan und Nordamerika. Die Interessensphären dieser beiden Länder nähern sich einander immer mehr; ihre Reibungsflächen vergrößern sich, und vieles deutet darauf hin, daß die Zukunft ein großes Austragen der Gegensätze im Stillen Ozean bringen könnte.

Die ostasiatisch-westamerikanischen Beziehungen werden wirtschaftlich immer reger, aber zugleich politisch immer gespannter. Die starke Vermehrung, die der japanischen Handelsflotte im Verlaufe des ostasiatischen Krieges wegen des Bedarfs an Transportschiffen zuteil geworden ist, wurde im Frieden alsbald benutzt, um die regelmäßigen japanischen Schiffahrtslinien nach allen Seiten auszudehnen. Der ge-

samte chinesisch-amerikanische Handel soll unter die japanische Flagge gebracht werden; insbesondere hat Japan in neuester Zeit seine Beziehungen zu Südamerika gepflegt. Neue Linien sind in den letzten Jahren eröffnet worden, auf denen in östlicher Richtung chinesische und japanische Auswanderer und Stückgut befördert werden, in westlicher Richtung Salpeter aus Chile, Baumwolle und Wolle aus Peru. Die Japaner haben sich aber nicht mit den wirtschaftlichen Beziehungen nach der Westküste von Südamerika begnügt, sondern vielmehr auch nach den Ländern an der Ostküste neue Beziehungen gesucht und in Südbrasilien sowohl wie in Argentinien Ansätze zur Kolonisation unternommen. Gerade diese Auswanderung ist es, die schon manchen amerikanisch-japanischen Konflikt gezeitigt hat.

Deutschland blickt auf dieses Ringen mit demselben Interesse, mit dem schließlich jede Weltmacht an dem möglichen Zusammenstoße anderer Weltmächte beteiligt ist, auch, wie nicht noch einmal wiederholt zu werden braucht, mit Rücksicht auf unsere Interessen am ostasiatischen Markt, die dort einer einseitigen japanischen Vormacht- und Monopolstellung zuwiderlaufen.

Die Landkarte, die noch zu keiner Zeit, solange Menschen sie überhaupt zu gestalten verstehen, endgültig festgelegt war, wird auch in Zukunft wohl nie als für ewige Zeiten festgelegt betrachtet werden können. So viel wir auch von den kommenden Tagen des großen Weltfriedens sprechen mögen — haben wir bisher denn je auch nur ein einziges Jahrzehnt erlebt, in dem das Schwert aller Völker in der Scheide geruht, in dem nicht an irgendeinem Ende der Welt blutige Kämpfe ausgefochten wurden?! Am Ende ist es, wo wir gar so viel vom Frieden reden hören, auch am Platze, daß wir uns von Zeit zu Zeit erinnern, wie groß in der rauhen Wirklichkeit während dieser Zeit der theoretischen Annäherung an den Weltfrieden die Zahl der Kriege gewesen ist:

Gehen wir zurück bis auf die Mitte des vorigen Jahr-

hunderts und greifen wir nur die wichtigeren heraus, ohne eine lückenlose Reihe aufzählen zu wollen, so haben wir in den 50er Jahren den Krimkrieg, den schweren ostindischen Aufstand, den englisch-französischen Krieg gegen China und den französisch-sardinischen Krieg gegen Österreich; in den 60er Jahren die aus Kriegsstürmen hervorgegangene Schaffung des einigen Italien, den nordamerikanischen Bürgerkrieg, den mexikanischen Krieg, den deutsch-dänischen Krieg, den deutsch-österreichischen Krieg, den österreichisch-italienischen Krieg; in den 70er Jahren den deutsch-französischen Krieg, den russisch-türkischen Krieg; in den 80er und 90er Jahren verschiedene Balkankriege und eine lange Reihe von Kolonialkriegen: in Afghanistan, im Sudan, in Ostasien; sodann den japanisch-chinesischen Krieg, den Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien, den großen Burenkrieg, die internationale Bekämpfung des chinesischen Boxeraufstandes, den deutschen Hererofeldzug, den russisch-japanischen und nun den italienisch-türkischen Krieg. Diese Auswahl für eine verhältnismäßig so kurze Spanne Geschichte dürfte vollauf genügen.

Auch die moderne Vertrags- und Bündnispolitik ändert nichts an der Tatsache, daß die Mächteverteilung sich in beständiger Umformung befindet; und aller Ausbau des Völkerrechtes durch internationale Friedenskongresse und Schiedsverträge ändert nichts an der Tatsache, daß im Völkerleben das „Recht" eines Staates letzten Endes nur der Rahmen einer Bewegungsfreiheit ist, die ihm von den anderen zugebilligt wird oder die er gegen die anderen durchzusetzen die Macht hat.

Charakteristisch für die kommende Gestaltung der Weltmächte ist das *Emportauchen neuer Kräfte*, die lange Zeit zu schlummern schienen, und die Unterordnung alter, zu anderen Zeiten an der Spitze geschrittener Mächte. Auffällig ist in letzterer Beziehung die *Unterordnung der romanischen Welt unter den britischen Einfluß*.

Nun aber hat sich ein Neues gezeigt: Wie die romanische

Welt sich mehr oder weniger unter britische Fittige begeben, zeigt England plötzlich die Neigung, in gewissem Umfange vor der Nordamerikanischen Union zu kapitulieren. Es hat sich, der Stimmung in großen Teilen seiner Kolonien folgend, ängstlich aus gewissen Verpflichtungen herausgewunden, die der Vertrag mit Japan in seiner früheren Form ihm in unter Umständen sehr lästiger Weise aufzuerlegen drohte. Die letzte Reichskonferenz hat nicht zu einem Siege des britischen Imperialismus geführt, sondern in gewissem Sinne zu einem Siege des nordamerikanischen Imperialismus über den britischen Föderalismus. Kanada und Australien stehen im Hinblick auf die gelbe Gefahr und teils auch mit Bezug auf ihre wirtschaftlichen Verbindungen auf der Seite der Nordamerikanischen Union, und England hat sich der Gefahr einer weitgehenden Zersplitterung des britischen Föderalismus nicht mehr anders entgegenzustellen gewußt als dadurch, daß es auch für sein Teil eine enge Anlehnung an die Vereinigten Staaten erstrebt. Kraß ausgedrückt, will es fast scheinen, als sollte die Zukunft das selbständig gewordene Tochterland zum Vormund des einstigen Mutterlandes machen. Dieses Anlehnungsbedürfnis Englands und namentlich seiner Kolonien an die Nordamerikanische Union verstärkt gewaltig die Machtstellung der neuen Rasse, die drüben aus einer Zusammenfassung und Vermischung aller Arten alteuropäischer Kräfte — unter starkem Vorwiegen des anglogermanischen Elements — sich bildet, und läßt das Dollarland, das auf wichtigen Gebieten der Rohstoffproduktion eine außerordentlich starke wirtschaftliche Machtstellung hat, berufen erscheinen, auch eine erste Geige im weltpolitischen Konzert zu spielen.

Nimmer ruht und rastet auch die Expansivkraft des slawischen Stammes, der sich über die größten, räumlich zusammenhängenden Landkomplexe ausgedehnt hat, und der auch nach Überwindung gelegentlicher Rückschläge immer wieder nach Süd, Ost und West vorzudringen trachtet. Scheint nicht auch Wien einer allmähligen Slawisierung

entgegenzugehen, um vielleicht dermaleinst ein Vorort slawisch geleiteter mitteleuropäischer Weltpolitik zu werden?!

Noch in undurchdringliches Dunkel gehüllte Zukunftsfrage bleibt es, ob sich starke Mächte finden werden, denen es gelingt, die Kräfte der lateinamerikanischen Staaten zusammenzufassen und sie frei zu halten von einer alles aufsaugenden Übermacht der Nordamerikanischen Union; und ebenso, wohin die gegenwärtig in der islamitischen Welt zu beobachtenden Bewegungen letzten Endes führen werden.

Und Deutschland? Durch Volkszahl und Produktivkraft scheint es berufen und befähigt, seinen Platz behaupten und seine Einflüsse ausbreiten zu können; aber die Widerstände sind groß an Zahl und an Kraft, und fraglich auch ist, ob die erste Voraussetzung deutscher Kraftentfaltung nicht in Fortfall zu kommen droht.

Innerstaatliche Grundlagen des Imperialismus

Bevölkerungspolitische Sorgen

Wir haben bis zu diesem Punkte das deutsche Volkswachstum als eine grundlegende Voraussetzung der künftigen Betätigung des deutschen Imperialismus stillschweigend vorausgeschickt. In der Tat aber sehen wir neuerdings einen Rückgang dieses Volkswachstums, und somit werden wir nicht umhin können, auch der Frage näherzutreten, ob diese erste Voraussetzung, die dem deutschen Imperialismus seinen Antrieb geben muß, fortbestehen wird.

Man darf über diese Frage nicht hinweggleiten etwa mit dem Hinweis auf Frankreich, das sich ja trotz stagnierender Bevölkerung stark imperialistisch betätigt. Auf deutsche Verhältnisse ist das Beispiel des französischen Reichtums, der sich gerade mit dem Stillstand in der Bevölkerungsbewegung entwickelt, nicht übertragbar. Nicht dadurch, daß es die Erziehungsgelder für einen starken Nachwuchs gespart hätte, ist Deutschland zur Wohlhabenheit gelangt, sondern gerade dadurch, daß immer neue Kräfte für sein Wirtschaftsleben nutzbar gemacht werden konnten und wir in der Lage waren, unsere Bedürfnisse mit der Anspannung unserer wirtschaftlichen Kräfte immer weiter zu entwickeln, so daß sich auch dem Nachwuchs immer neue Betätigungsgelegenheit bot.

Bei der ganzen Struktur unseres auf immer weitere Ausbreitung angelegten Wirtschaftslebens kann sich deutscher Imperialismus nur stützen auf eine starke deutsche Volkskraft, deren dauerndes Wachstum angesichts unserer geographischen Lage zu einer unerläßlichen Voraussetzung auch für unsere militärpolitische Sicherheit gehört. Die Ausbrei-

tung und Gestaltung unserer Grenzen rückt dieses Land im Herzen Europas, das schon so oft ein Tummelplatz seiner Nachbarn gewesen ist, vor die Gefahr, von außen her zusammengepreßt und erdrückt zu werden, wenn es sein Wachstum gegenüber dem anderer europäischer Völker verringert!

Wenn wir uns nunmehr noch den innerstaatlichen Grundlagen imperialistischer Betätigung zuwenden, so werden wir uns demnach in erster Linie mit der Bevölkerungsfrage zu beschäftigen haben.

Hatte in früheren Jahren die deutsche Auswanderung eine solche Höhe erreicht, daß wir nur mit lebhaftem Bedauern sehen konnten, wie diese Hunderttausende von Arbeitskräften, die in Deutschland aufgezogen worden waren, als Völkerdünger verloren gingen an die in immer schärferen weltwirtschaftlichen Wettbewerb mit uns tretenden Vereinigten Staaten, so werden wir heute umgekehrt zu bedauern haben, daß wir nicht über ein größeres Maß von Menschenkräften verfügen, die jenseits der Meere deutsche Interessen schaffen, festigen und verbreiten können.

Das Wachsen und Wandern des deutschen Volkes liefert die wichtigste Grundlage für seine Weltstellung und seinen Anteil an der Weltwirtschaft und Weltpolitik. Wenn wir eine Macht auch jenseits der Meere sein wollen, so ist dazu ein anhaltender Volkszuwachs, von dem ein Teil auch zur Betätigung in Übersee zur Verfügung steht, eine unentbehrliche Vorbedingung. Gewiß ist eine augenblickliche „Übervölkerung", d. h. ein zeitweiliges starkes Überwiegen der Nachfrage nach Arbeit über das Angebot, ein sehr unerquicklicher und bedauerlicher Zustand; aber es fragt sich doch, welches das bessere Mittel dagegen ist: Beschränkung der Volksvermehrung oder Ausdehnung der Volkswirtschaft und politischen Macht! Wenn wir nur für die rechte Verteilung und Verbreitung unseres Volkes im eigenen Lande und über die weite Welt sorgen, wenn wir uns beizeiten unseren Boden und unseren Anteil an der Weltwirtschaft sichern, dann hat es keine Not. Ein zaghaftes Volk, das seine Ell-

bogen nicht zu gebrauchen weiß, mag immerhin seiner Vermehrung Einhalt tun — es könnte ihm im eigenen Lande zu eng werden, der Volksüberschuß könnte keine wirtschaftliche Existenz finden. Ein zukunftsfrohes Volk aber weiß nichts von einer künstlichen Beschränkung; seine Sorge kann nur sein, auf dem Erdenrund Platz zu schaffen für die Gründung neuer Existenzen des eigenen Stammes. Ist in dieser Beziehung eine Verringerung der Volksvermehrung und ein Minimum an Auswanderung nicht unbedenklich, so werden wir auf der andern Seite von Sorge erfüllt durch die Art der heute so erheblichen Einwanderung nach Deutschland.

Tatsächliches über die natürliche Bevölkerungsbewegung in Deutschland

Es ist ein eigen Ding um die Statistik. Heute wird eine große statistische Erhebung vorgenommen; geraume Zeit währt es, bis das massenhaft zusammenströmende Material gesondert, gesichtet und bearbeitet ist, und bis dann endlich die großen Tabellenwerke vorliegen. Nun kommt die Wissenschaft und übersetzt die trockenen Zahlen in lebendige Worte, gräbt in wiederum mühseliger und langwieriger Arbeit die Früchte aus dem von der Statistik beackerten Boden. Dann erscheint die Populärwissenschaft auf dem Plan und verbreitet leichter faßliche Extrakte aus den großen, mehr oder weniger nur dem Fachmann recht verständlichen Werken der strengen Wissenschaft über die Ergebnisse der statistischen Zählungen. Jetzt endlich, nach Jahren, wird Gemeingut der öffentlichen Meinung und handliches Rüstzeug der Politiker, was damals ermittelt worden ist, nun aber leider — absolut nicht mehr stimmt. Inzwischen haben sich die Verhältnisse vielleicht gar nicht unwesentlich verändert, und Politik und Tagesmeinung arbeiten auf einem Boden, den die Wirklichkeit längst verlassen hat. Diese Erfahrungen kann man nicht nur machen, wenn etwa wirtschaftsstatistische Ermittlungen aus einer Krisenzeit in ihren Resultaten behandelt

werden zur Zeit inzwischen wieder eingetretener Hochkonjunktur, sondern auch mit der Bevölkerungsstatistik.

Als wir gegen Anfang der 80er Jahre beispielsweise in Deutschland eine erstaunlich hohe Auswanderungsziffer zu verzeichnen hatten, da verlegten die Gelehrten sich auf die Besorgnis vor der Übervölkerungsgefahr in Deutschland; und die öffentliche Meinung plauderte es ihnen fröhlich nach zu einer Zeit, als wir tatsächlich in einen Zustand des Menschenmangels hineingeraten waren und Jahr für Jahr nicht mehr eine Viertelmillion Auswanderer abgaben, sondern $^3/_4$ Millionen Einwanderer ins Land zogen.

Inzwischen wurde es zum Glaubenssatz, daß die deutsche Bevölkerung sich jährlich bald um eine Million Köpfe vermehrt. Und nun sehen wir plötzlich, daß wir auch hiermit im Irrtum gewesen sind, daß die Bevölkerungszunahme in Deutschland sich tatsächlich im Rückgang befindet. So recht klar ist das weiteren Kreisen erst geworden durch die im Juni dieses Jahres erfolgten Veröffentlichungen über die Bevölkerungsbewegung in Preußen. Wer sich mit den Dingen eingehender beschäftigt, hat schon seit einigen Jahren auf die sich anbahnende Erscheinung hingewiesen, stieß aber immer wieder auf das allgemeine Urteil, daß wir ja doch bald bei einer Million jährlichen Köpfezuwachses angelangt sein würden. Wir werden gut tun, uns einer rascheren Folge unserer Ansichten auf die statistisch erfaßbaren Erscheinungen zu befleißigen. Der Höhepunkt des deutschen Volkswachstums war tatsächlich schon um das Jahr 1906 erreicht, und seitdem befinden wir uns auf einer absteigenden Linie, der wir sehr ernste Aufmerksamkeit rechtzeitig widmen sollten.

Die amtliche Statistik gibt uns vergleichende Auskunft über das Bevölkerungswachstum im heutigen Reichsgebiet seit dem Jahre 1816. Von 1816 bis 1910 ist die Bevölkerung in runden Zahlen von 25 auf 65 Millionen gestiegen. Die jährliche Zunahme war je nach der Wirtschaftslage und aus mancherlei anderen Gründen außerordentlich schwankend. Sie erreichte um die Jahrhundertwende die Höhe von

1,5%. Seit dem Jahre 1906 wird, wie gesagt, der Rückgang deutlich bemerkbar. Die Zahl der Eheschließungen im Deutschen Reich verringerte sich in dem kurzen Zeitraum von 1906 bis 1909 von 82 auf 77 pro 10000 Einwohner. Die Zahl der Geburten auf 10000 Einwohner im gleichen Zeitraum sogar von 341 auf 319! Nur dem Umstande, daß auch die Zahl der Gestorbenen sich zugleich von 193 auf 181 verringerte, ist es zu verdanken, daß der Geburtenüberschuß nicht noch stärker sank, als von 149 auf 138 pro 10000 Einwohner.

Es ist wohl zu beachten, daß nicht nur die relative Volksvermehrung zurückgegangen ist, sondern bereits auch die absolute. Jener Million jährlichen Volkswachstums, von der wir immer zu reden gewohnt sind, hatten wir uns im Jahre 1906 mit 910275 Mehrgeburten stark genähert. Wir sind seither aber ständig unter 900000 geblieben, und alle statistisch erfaßbaren Erscheinungen sprechen dafür, daß der Geburtenrückgang sich weiter fortsetzen wird, und zwar in beschleunigtem Tempo. Dadurch gewinnt die Bevölkerungsfrage für Deutschland ein ganz neues Gesicht; und es ist in der Tat an der Zeit, daß man sich mit ihr eingehender beschäftige und die in den letzten Jahren verbreitete Anschauung über das Bevölkerungsproblem gründlich revidiert.

Die Aus- und Einwanderung in Deutschland

Die deutsche Auswanderung hat ihren Höhepunkt vor zirka dreißig Jahren erreicht. Im Jahre 1881 wurden rund 221000 deutsche Reichsangehörige über deutsche und fremde Häfen als Auswanderer nach Übersee befördert. Das beständige Anschwellen dieser Zahl gab damals und noch für eine lange Folgezeit zu den ernstesten Betrachtungen Anlaß — obwohl unter der erst nach und nach zu voller Geltung kommenden Wirkung der durch Bismarck im Jahre 1879 inaugurierten Wirtschaftspolitik das Aufblühen des volks-

wirtschaftlichen Lebens in Deutschland der starken Auswanderung bald ein Ziel setzte. Bis zum Jahre 1885 sank sie auf 110000 Köpfe, um schon im folgenden Jahre erstmals seit langer Zeit unter hunderttausend zurückzubleiben. In den kritischen Wirtschaftsjahren nach 1890 wieder stark anschwellend, begann sie seit 1893 rapide zu sinken, um im Jahre 1898 trotz stark angewachsener Bevölkerung ein vorläufiges Minimum zu erreichen, das nur ziemlich genau ein Zehntel des Maximums von 1881 betrug. Mit andern Worten: Von mehr als einem halben Hundert der Bevölkerung sank die Auswanderung unter ein halbes Tausend der Bevölkerung, womit sie so gut wie gar keine Rolle mehr für die Bevölkerungsbewegung in Deutschland selbst spielte. Gelegentlich setzte dann auch wieder eine kleine Erhöhung ein, die aber immer nur geringfügig blieb. Das absolute und relative Minimum war erreicht im Jahre 1908 mit einer deutschen Auswanderung von weniger als 20000 Köpfen gleich 0,3 aufs Tausend der Bevölkerung.

Hinzuzufügen ist noch, daß die heutige Auswanderung keineswegs mehr im vollen Umfange als eine ständige anzusehen ist, sondern zu nicht geringen Teilen als eine Art mehr oder weniger langfristiger Sachsengängerei über den Ozean. Der deutsche Auswanderer zieht heute nur zum Teil über den großen Teich, um sich drüben dauernd ansässig zu machen; zum Teil lockt ihn die Möglichkeit schnellen Gelderwerbs in den weiten Gefilden Amerikas, in der Absicht, später mit den erworbenen Schätzen wieder in die Heimat zurückzukehren.

Der so geringfügigen deutschen Auswanderung steht nun in neuerer Zeit eine keineswegs unbedeutende Einwanderung nach Deutschland gegenüber. Beim gegenwärtigen Stande unseres Wirtschaftslebens verfügen wir trotz des starken Volkswachstums nicht mehr über die genügenden heimischen Kräfte, um den vollen Bedarf von Landwirtschaft und Industrie an Arbeitskräften zu decken.

Der volle Umfang der Einwanderung nach Deutschland

ist nur schwer zu erfassen. Die großen Volkszählungen ergeben in dieser Beziehung die am wenigsten erschöpfenden Resultate, denn sie finden statt in einer Jahreszeit, in der die ausländischen Arbeiter vorübergehend wieder über die Grenze in ihre Heimat gezogen sind, um im nächsten Jahre alsbald wieder neue Arbeit in Deutschland zu suchen. Wir sind im wesentlichen angewiesen auf die — aber auch ihrerseits unvollständige — Statistik der deutschen Feldarbeiterzentralstelle, heute „Deutsche Arbeiterzentrale" genannt, die von der preußischen Regierung und einer Reihe weiterer Einzelstaaten — jedoch noch nicht aller — mit der Befugnis ausgerüstet ist, für die in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeiter Legitimationskarten auszustellen.

Diese deutsche Arbeiterzentrale fertigte im Jahre 1908/9 gegen 600000, im Jahre 1909/10 gegen 650000, im Jahre 1910/11 aber bereits fast 700000 Legitimationskarten für ausländische Arbeiter aus, ohne damit die Zahl der nach Deutschland einwandernden Arbeiter zu erschöpfen; einesteils, weil ihr die Bundesstaaten noch nicht restlos angeschlossen sind, andernteils, weil ein nicht unbeträchtlicher Prozentsatz der einwandernden Arbeiter sich doch immer wieder der Legitimierung entzieht. Von den durch die Zentralstelle legitimierten Arbeitern kamen im letzten Jahre an Polen aus Rußland über 253000; aus Österreich gegen 78000.

Man wird sicherlich nicht sagen können, daß eine so starke polnische Zuwanderung nach Deutschland erwünscht wäre. Wir haben der Polen genug im eigenen Lande und können politisch nur schwer mit ihnen fertig werden. Früher drang das Germanentum ostwärts und rang dem Slawentum den Boden ab; jetzt hat sich die Bewegung umgekehrt, das slawische Vordringen nach Westen nimmt an Stärke immer mehr zu und wird damit national-politisch für uns immer bedenklicher. Die bedeutende Zahl der Jahr für Jahr bei uns beschäftigten slawischen Arbeiter gibt den Polen einen weiteren Rückhalt in ihrer politischen Betätigung,

läßt die deutschen Arbeitslöhne in Gestalt von Ersparnissen hinüberfließen über die Grenze und hilft die antideutschen Bestrebungen fördern. Auch aus ethischen Gründen, die keiner näheren Erörterung bedürfen, ist diese Vermehrung eines Arbeiterstammes tiefer Kulturstufe in Deutschland nichts weniger als erwünscht.

So erscheint es der Mühe wert, darüber nachzusinnen, wie wir dafür Sorge tragen können, daß wir uns dieser slawischen Einwanderung zu entschlagen vermöchten, und durch das eigene Volkswachstum die genügenden Arbeitskräfte für unser so rasch aufwärtsstrebendes Wirtschaftsleben zur Verfügung stellen können.

Mittel der Sterblichkeitsminderung

Das Nachlassen des deutschen Volkswachstums, das sich seit einigen Jahren bemerkbar macht, hätte ein noch schnelleres Tempo angenommen, wenn dem Geburtenrückgang nicht auch eine Verringerung der Sterblichkeit parallel gegangen wäre. Prüfen wir die Zahlen der vergleichenden internationalen Statistik, so können wir erkennen, daß noch für einen gewissen Zeitraum ein teilweiser Ausgleich des Geburtenrückgangs durch weitere Verminderung der Sterblichkeit möglich ist. Im Durchschnitt kommen nämlich in Deutschland auf 10000 Einwohner jährlich 171 Todesfälle. Das ist weniger als beispielsweise in Österreich (224) oder gar Rußland (296), aber doch beträchtlich mehr als in einer ganzen Reihe anderer Staaten. In England beispielsweise werden jährlich nur 145 Todesfälle auf 10000 Einwohner verzeichnet. Am günstigsten stehen die anderen germanischen Staaten, wie die Niederlande und Schweden mit jährlich 137, Norwegen mit 135 und Dänemark mit 133.

Wodurch ist bei uns die Verringerung der Sterblichkeit gegen früher ermöglicht und wodurch kann sie auch weiterhin noch ermöglicht werden? In erster Linie verdanken wir den

Sterblichkeitsrückgang jedenfalls dem Ausbau unserer sozialen Fürsorge jeglicher Art, insbesondere auch der immer noch in weitem Umfange sehr entwicklungsfähigen Pflege der sozialen Hygiene. Auf die Maßnahmen der sozialen Hygiene ist namentlich zurückzuführen, daß die natürliche Bevölkerungsbewegung in den Großstädten sich nicht noch weit ungünstiger gestaltet, als es ohnehin schon der Fall ist.

Das Wesentlichste, was für die Minderung der Sterblichkeit noch zu tun bleibt, ist die intensive, erst seit wenigen Jahren in Angriff genommene Säuglingspflege. Denn gerade die Säuglingssterblichkeit hat einen außerordentlich starken Anteil an der Sterblichkeitsziffer insgesamt, und eben sie ist zurzeit noch in Deutschland beträchtlich größer als in einer großen Reihe anderer Kulturstaaten. Auf hundert Lebendgeborne kommen in Deutschland pro Jahr rund 18 bis 20 Sterbefälle während des ersten Lebensjahres. Für das Jahr 1909 stellte sich die Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich auf 17% der Lebendgeborenen, im benachbarten Österreich auf 21, in Rußland auf 27. Was eine gute soziale Hygiene vermag, zeigt beispielsweise Dresden, wo sich die Säuglingssterblichkeit auf knapp 14% beschränkte, und damit den Stand der westlichen Kulturstaaten erreichte. Auch Frankreich beispielsweise verzeichnet nur 14,3% Säuglingssterblichkeit, England sogar knapp 11%; und wiederum sind es die kleinen germanischen Staaten, die auch in dieser Beziehung außerordentlich günstige Verhältnisse aufweisen. So Dänemark mit 12%, die Niederlande mit 9,9, Schweden mit 8,5 und Norwegen mit 7,6.

Vergleicht man diese Zahlen der internationalen Statistik, so wird man erkennen, daß der weitere Ausbau der Säuglingspflege, das weitere Fortschreiten im Kampfe um die Verhütung der Säuglingssterblichkeit, die fast ein Fünftel des natürlichen Zuwachses dahinrafft, noch auf längere Zeit hinaus eine allgemeine Sterblichkeitsminderung ermöglicht und dadurch gestatten würde, den Geburtenrückgang in be-

trächtlichem Umfange einstweilen noch auszugleichen. Selbstverständlich aber würden wir uns hier in nicht zu ferner Zeit einer Grenze nähern, über die es kein weiteres Hinaus mehr gibt, so daß dann der Rückgang der Geburtenhäufigkeit mit einem Schlage zur vollen Geltung kommen und die Bevölkerungsvermehrung ziemlich rapide sinken würde.

Es genügt demnach nicht, auf die Verringerung der Sterblichkeit zu sinnen, sondern es ist auch den Ursachen nachzuspüren, auf die der Geburtenrückgang zurückzuführen ist, und zu erwägen, ob ihm nicht andere Äquivalente an die Seite zu setzen sind, als lediglich die weitere Sterblichkeitsminderung.

Die versiegenden Quellen des Volkswachstums und ihre Auffüllung

Wenn wir uns nach den Gründen fragen, aus denen das Volkswachstum nachläßt, so werden wir zwar einen ganzen Komplex solcher Gründe finden, zweifellos aber wohl den wichtigsten festzustellen haben in der Entvölkerung des platten Landes. Es ist nun eben einmal keine Frage: das platte Land ist ein Mehrer, die Stadt ein Verzehrer der Volkskraft. Der städtische Menschenkraftkonsum in angespanntester Warenproduktion geht heute hinaus über das Maß der Überschußproduktion an Menschenkraft auf dem platten Lande — das übrigens innerhalb der Grenzen wirklicher Überschußproduktion auf die städtisch-industrielle Aufnahme des Überschusses im eigenen Interesse angewiesen ist. Wenn die Bevölkerungsbewegung in einigermaßen gleichmäßigen Bahnen wandeln soll, dann ist es notwendig, daß kein gar zu arges Mißverhältnis zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung eintritt, und nicht in derselben Zeit, in der sich immer größere Massen in den Großstädten und Industriezentren anhäufen, das platte Land — anstatt auch seinerseits an Bevölkerung zu wachsen — eine Bevölkerungsverminderung erfährt.

Je mehr sich diese Massenhäufung in den Städten vollzieht, um so mehr muß doch zugleich auch wieder für die Vermehrung der seßhaften ländlichen Bevölkerung Sorge getragen werden; denn nur sie liefert in ausreichendem Maße immer wieder den Kräfteersatz für die in ihrem natürlichen Wachstum stark zurückbleibende städtisch-industrielle Bevölkerung. Das Wachstum der Landbevölkerung (nach Abzug der Wanderungsverluste) hat bei uns in Deutschland während der letzten Jahrzehnte nun nicht nur nicht Schritt gehalten mit dem allgemeinen Wachstum der Bevölkerung — die Volkszahl auf dem platten Lande ist im Gegenteil auf dem Wege der Binnenwanderung zum Rückgang gekommen, und je weiter dieser Rückgang fortschreitet, um so rapider wird später die natürliche Volksvermehrung insgesamt zurückgehen. Das ist unter nationalen Gesichtspunkten im allgemeinen sehr bedenklich, ganz besonders aber auch unter den Gesichtspunkten der Erhaltung unserer Wehrkraft, denen in der Beurteilung des Bevölkerungsproblems selbstverständlich ein hervorragender Platz eingeräumt werden muß. —

Versuche mit untauglichen Mitteln wären es, der Entvölkerung des platten Landes entgegenzutreten durch alte Zwangsformen der Aufenthaltsbeschränkung. Wohl sind Erwägungen darüber nicht unberechtigt, ob dem Zuzug von Personen ohne Aussicht auf gesicherten Lebensunterhalt in die großen Verkehrszentren — namentlich dem frühzeitigen Zuzug jugendlicher, den Gefahren des Großstadtlebens am widerstandslosesten ausgesetzten Personen nicht einigermaßen Einhalt getan werden könnte; und die Großstädte selbst mit ihren enorm wachsenden Lasten für Armenpflege und Arbeitslosenunterstützung hätten ein hinlänglich lebhaftes Interesse, sich an solchen Erwägungen zu beteiligen. Im großen und ganzen aber werden sich alle Versuche, die Abwanderung vom platten Lande künstlich zu unterbinden, mehr oder weniger als Versuche mit untauglichen Mitteln erweisen.

Nicht auf künstliche Verhinderung des Abzuges vom

Lande kann es ankommen, sondern in weitaus erster Linie ist Sorge zu tragen für organische Mittel zur Wiederbevölkerung des Landes. Und als das weitaus wichtigste dieser Mittel erweist sich immer wieder die innere Kolonisation. Beim heutigen Stande der deutschen Bevölkerungsbewegung ist der seinem Wesen nach mehr auf äußere Kolonisation gerichtete deutsche Imperialismus doch auf das Intensivste interessiert an deutscher Innenkolonisation.

Der große Preußenkönig hatte uns die Bahnen gewiesen, die im 19. Jahrhundert mit seinen veränderten wirtschaftspolitischen Tendenzen und seiner veränderten Auffassung von den Aufgaben des Staates wieder verlassen wurden, bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die Ausbreitung des Polentums im preußischen Osten den Fürsten Bismarck veranlaßte, wieder zu den bewährten Mitteln der inneren Kolonisation zu greifen. Demgemäß zeigt auch die neueste Periode deutscher Innenkolonisation ihre Wirksamkeit vorwiegend im preußischen Osten, wo sie auch — abgesehen von der Anregung, die ihr durch den Nationalitätenkampf gegeben wird — den breitesten Boden findet infolge der ausgedehnten Verbreitung des Großgrundbesitzes.

Dieser letztere selbst würde eine kurzsichtige Politik treiben, wenn er aus politisch-sozialen Interessen sich der Innenkolonisation entgegenstellen würde, wie es seitens einzelner seiner Vertreter wohl geschieht, seitens der berufensten landwirtschaftlichen Vertretungen aber verständigerweise abgelehnt wird. „Ohne kraftvolle Durchführung der Innenkolonisation," so sagte im Februar 1910 Professor Max Sering im Königlichen Landesökonomiekollegium, „gibt es, das ist meine feste Überzeugung, keine Aufrechterhaltung der Agrarzölle." Die sehr zutreffende Begründung war in der Hauptsache folgende:

„Es gilt, Menschen zu schaffen, das Land so dicht wie möglich zu besiedeln, und vor allem mit Deutschen. Heute mehr denn je gilt das Wort Friedrichs des Großen: ‚Men-

schen erachte als den größten Reichtum!' Es ist kein Zweifel, daß unter den heutigen Wirtschaftsbedingungen doppelt und dreifach so viel Menschen im östlichen Deutschland auf dem Lande leben könnten wie gegenwärtig. Die Steigerung der Bodenproduktion ist für ein Land wie das unsere von ganz fundamentaler Wichtigkeit. Wir leben im Zeitalter des Imperialismus, der Riesenreiche, die ungeheure Teile der Erdoberfläche ihrer Herrschaft unterwerfen und Aussicht haben, die weniger reich ausgestatteten Länder für die Deckung unentbehrlicher Nahrungsmittel und Rohstoffe in wirtschaftliche, damit aber auch schließlich in politische Abhängigkeit zu bringen. Unter diesen Umständen hängt unsere wirtschaftliche und politische Zukunft von der Lösung der Aufgabe ab, daß wir das aus dem Boden herausholen, was die Technik in wirtschaftlicher Weise irgend herauszuholen gestattet."

Mit besonderer Schärfe und Klarheit ist in diesen Worten zum Ausdruck gebracht, wie eng die Fragen imperialistischer Betätigung nach außen hin, imperialistischer Weltstellung, zusammenhängen mit der Bevölkerungsbewegung im Innern, der Wiederbeseitigung der eingetretenen Blutleere des platten Landes und der größtmöglichen Hebung unserer Bodenproduktion.

Gemeinschaftsinteressen gegenüber der Innenkolonisation

Wenn es irgend ein Gebiet des politischen, sozialen und volkswirtschaftlichen Lebens gibt, auf dem die Interessen der verschiedenen Berufsstände sich in durchaus gleicher Richtung bewegen, so ist es das der Innenkolonisation. Gegner hat sie wohl überhaupt nur in ganz verschwindender Zahl. Es sind einzelne Großgrundbesitzerkreise, die ihre soziale und politische Sonderstellung durch die Innenkolonisation bedroht wähnen. Im allgemeinen aber weiß auch der

Großagrarier die Notwendigkeit und die Bedeutung der Innenkolonisation zu schätzen.

Das landwirtschaftliche Gewerbe insgesamt ist dringend daran interessiert, daß die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland durch intensive Bauernwirtschaft nach Möglichkeit gesteigert werde, da der landwirtschaftliche Zollschutz sich auf die Dauer um so schwerer festhalten und verteidigen ließe, je weiter die landwirtschaftliche Produktion hinter der Deckung des deutschen Bedarfs an Nahrungsmitteln zurückbleibt. Auch sind die Vertreter des landwirtschaftlichen Berufs politisch daran interessiert, daß die ziffernmäßige Bedeutung der landwirtschaftlichen Bevölkerung im Rahmen der Gesamtbevölkerung nicht immer weiter zurücktritt.

Die schlimmste Not der Landwirtschaft in der Gegenwart, der Arbeitermangel, kann nur gemindert werden durch die Mittel der Innenkolonisation, und zwar durch die Ansiedlung kleinbäuerlicher Familien, die das Land ohne fremde Arbeitskräfte bestellen können; durch die Schaffung von Arbeiterrentenstellen, und durch die Tatsache an sich, daß die Innenkolonisation dem Landarbeiter den Ausblick auf die Möglichkeit eröffnet, sich auch einmal selbständig machen zu können.

Gewerbe, Industrie und Handel für ihr Teil sind an der Innenkolonisation in nicht geringerem Grade interessiert als die Landwirtschaft. Je schwieriger der Kampf um den äußeren Markt sich gestaltet, um so wichtiger ist und bleibt die Erweiterung des inneren Marktes, wie sie durch die Vermehrung der ländlichen Bevölkerung bewirkt wird. Auch die Versorgung mit den überschüssigen Kräften des platten Landes ist für die städtische Industrie eine Notwendigkeit.

Bringt uns die Innenkolonisation wieder dahin, daß wir der ausländischen Arbeiterzuwanderung entraten können, dann werden wir auch in der Lage sein, den Schutz der nationalen Arbeit weiter auszubauen zum Schutz des nationalen Arbeiters und die Konkurrenz ausländischer

Arbeiter von ihm fernzuhalten. Man soll nicht vergessen, daß das Programm des Schutzes der nationalen Arbeit, das bei unserer Wirtschaftslage hineingehört in das imperialistische Programm, auch verpflichtet. Seine Absicht ist doch nicht etwa nur der Schutz der in Deutschland vollzogenen Produktion, sondern vor allem der Schutz der durch Deutsche vollzogenen Produktion. Je mehr man diese seine Bedeutung außer acht läßt, um so mehr gefährdet man die ganze Grundlage unserer heutigen Wirtschaftspolitik.

Zu den besonderen Aufgaben der Innenkolonisation im Dienste der Gesamtheit gehört nicht zuletzt auch die wesentliche Steigerung der Vieh- und Fleischproduktion, die nur im Rahmen der bäuerlichen Betriebe in ausreichendem Maße möglich ist und den immer wiederkehrenden Erscheinungen der Fleischnot vorbeugen kann, deren Erörterung nur zu geeignet ist, einen Keil zwischen ländliche Produzenten und städtische Konsumenten zu treiben. In Wahrheit sind sowohl Produzenten wie Konsumenten — was hier nicht weiter ausgeführt werden kann — an einer möglichst gleichmäßigen Viehproduktion und Fleischversorgung interessiert. Führt uns die Innenkolonisation in Gemeinschaft mit anderen Mitteln zu dieser größeren Gleichmäßigkeit, so fällt wiederum ein Gegenstand des inneren Haders fort und wird zugleich unsere volkswirtschaftliche Stellung im Rahmen der Weltwirtschaft gesicherter, was als Vorbeuge gegen weltwirtschaftliche Abhängigkeit auch weltpolitisch keineswegs belanglos ist.

Alles in allem genommen zeigt sich, daß alle Berufsstände gleichermaßen an der Förderung der Innenkolonisation interessiert sind. Hoch über den materiellen Interessen im einzelnen steht aber das große Gemeinschaftsinteresse an der Erhaltung des Wachstums unserer Volkskraft, um im Wettbewerb der Völker den Deutschen auch für die Zukunft ihren Anteil an Weltmacht und Weltwirtschaft zu sichern. Und dieses Wachstum der deutschen Volkskraft, das neuerdings nachzulassen begonnen hat, wer-

den wir nur zu gewährleisten vermögen, wenn wir die Wurzeln der Volkskraft weiter hegen und pflegen, wenn wir durch planmäßig geförderte Innenkolonisation dem platten Lande eine stärkere Bevölkerung zuführen.

Imperialismus und innere Politik

Für die imperialistischen Ziele genügt es nicht, daß ein starkes Volkstum fortfährt, Deutschland seinen Anteil an der Weltwirtschaft zu behaupten; auch nicht, daß eine wachsende Zahl von Menschenkräften vorhanden ist, um Deutschland gegenüber den imperialistischen Bestrebungen und starken Rüstungen der anderen Staaten in seiner Machtstellung zu behaupten: es ist vielmehr erforderlich, daß auch der Wille des Volkes den Imperialismus trägt.

Als Fürst Bismarck einst über die Grenzen Europas hinausging und mit der Erwerbung der ersten deutschen Kolonien dem heutigen Imperialismus die Wege zu bahnen begann, sprach er es aus, daß Kolonialpolitik nur getrieben werden könne, wenn sie von starken Volksströmungen gefordert und gefördert würde. Noch mehr gilt das von der imperialistischen Politik im heutigen, weiteren Rahmen. Nicht als ob nun freilich ihre Voraussetzung wäre, daß die ziffernmäßige Mehrheit des Volkes durch alle seine Schichten sich zu entsprechender Erkenntnis durchgerungen haben müßte. Auch hier sind die Stimmen zu wägen und nicht zu zählen. Auch hier kommt es zunächst darauf an, daß große und starke Strömungen der einsichtigeren, zu weiterem Blick befähigten Volkskreise die sich bietenden Aufgaben erkannt haben und an ihrer Lösung mitzuarbeiten bereit sind.

Tatsächlich haben wir zu der Zeit, als es sich um die letzten Bewilligungen verstärkter Machtmittel für das Reich handelte, ja gesehen, daß selbst in einem Reichstag mit 110 roten Mandaten doch eine große und geschlossene Mehrheit für die Bewilligung dieser Mittel vorhanden war. Zu wün-

schen bleibt aber doch immerhin, daß auch bis in die breitesten Schichten des Volkes hinein das Verständnis für die großen und ernsten Zukunftsaufgaben wächst. Und da ist es wiederum trotz der 110 roten Mandate tröstlich und zukunftverheißend, daß die nationale Arbeiterschaft sich neben der sozialdemokratischen immer stärker auszubreiten begonnen hat. Je mehr ihr zum Bewußtsein gebracht werden kann, daß der Schutz der nationalen Arbeit auch den Schutz des nationalen Arbeiters in sich begreift, um so größeren Erfolg verspricht diese Bewegung für die Dauer.

Es muß und es wird gelingen, die durch den sozialdemokratischen Terrorismus ohnehin zur Selbstbesinnung veranlaßten Arbeiter mehr und mehr zu der Einsicht zu führen, daß ihre allereigensten Interessen keine andere Statt haben als in der Sicherung unserer gesamten Volkswirtschaft und ihrer Stellung in der Weltwirtschaft. Imperialistische Weltpolitik bezweckt aber vornehmlich eben diese Sicherung der weltwirtschaftlichen Stellung und der weltwirtschaftlichen Zukunft Deutschlands. Darum ist der Arbeiter, dessen Hauptinteresse doch auf nichts anderes als lohnende Arbeitsgelegenheit abzielt, in diesen Zeitläuften, wenn er seine eigene Lage und die unserer gesamten Volkswirtschaft begreift, von Grund aus imperialistisch interessiert.

Schon im März dieses Jahres machte ich in der Zeitschrift „Nord und Süd" den Vorschlag, man möge zwecks Aufklärung über die großen Gemeinschaftsziele der Nation, zwecks Aufweisung der neuen hohen Ziele, nach denen unser Volk sich heute sehnt, wie unsere Väter sich nach dem einigen Reich gesehnt, einen Hohen Rat einberufen, eine Kaiserliche Immediatkommission, wenn man will, ein Oberhaus auf Zeit, eine Reichsständekammer — mit der Aufgabe, dem Volk die ersehnten Zukunftsziele zu vergegenwärtigen und ihm ihre Bedeutung anfeuernd und einigend zu Gemüte zu führen. Erst die volle Wiedererkenntnis der hohen Gemeinschaftsinteressen aller Berufsklassen und Stände in einem Lande, das sich seit seiner politischen Zu-

sammenschweißung zu so hoher wirtschaftlicher Blüte entwickelt hat und das doch zugleich dauernd der ernsten Gefahr ausgesetzt ist, wirtschaftlich und politisch eingeschnürt und zusammengedrückt zu werden, kann dem inneren Hader Einhalt gebieten.

Wir müssen uns bewußt werden, in welchem Grade die materielle und die national-ideelle Zukunft eines jeden von uns abhängt von der Festigung und Sicherung unserer weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Stellung, vornehmlich durch die Mittel der Innen- und Außenkolonisation, durch eine imperialistische Politik nach außen und die Sorge für die Festigung ihrer Grundlagen im Inneren. Vielleicht wäre es kein ungeeigneter Schritt, eben diese Erkenntnis zu fördern, die nötige Weckung der Geister zu besorgen durch einen Hohen Rat der oben angedeuteten Art, durch einen Imperialistischen Kongreß, der füglich auch segeln könnte unter der Flagge einer „Volkswohlfahrtskonferenz" — denn deutscher Imperialismus und Fürsorge für die Wohlfahrt des deutschen Volkes sind heute gleichbedeutend! Ähnliche Gedanken sind in der Tat auch bereits von anderer Seite inzwischen aufgenommen worden, so von Professor Kurt Breysig und General Keim im „Tag".

Zu voller innerpolitischer Zufriedenheit werden wir ja niemals gelangen. Das widerspricht der Natur des Menschen im allgemeinen und der des Deutschen im besonderen. Aber jede Minderung des vorhandenen Maßes an Unzufriedenheit und Mißstimmung im Innern des Volkes stärkt doch die Stoßkraft nach außen. Und in dieser Richtung zu wirken, ist die Aufgabe der inneren Politik im Interesse und im Dienste der äußeren, imperialistischen — die Aufgabe der inneren Politik nicht nur, sondern auch der Verwaltung. Wir arbeiten ja in Preußen seit Jahren an einer Verwaltungsreform, doch will die Arbeit nur langsam vom Fleck rücken und große Erfolge bisher nicht verheißen. Wie viel aber wäre nicht gewonnen, wenn eine wirklich großzügige Neubildung des Verwaltungsgeistes dem heutigen Staatsbürger das Emp-

finden eingäbe, wohl von einer weitschauenden Regierung hohen Zielen zugeführt, nicht aber im kleinen gouvernementalisiert und reglementiert zu werden.

Geister, die reif werden sollen für die große Weltpolitik, dulden im kleinen nicht zu enge Fesseln. Vielleicht wäre es mehr noch an den Volksvertretern als an der Regierung, darauf zu halten, daß die Gesetzgebungsmaschine nicht überhitzt arbeitet und uns in ein immer engeres Netz von Paragraphenmaschen einspannt. Und sicher wäre es nützlicher, wenn die Volksvertreter einen etwas größeren Teil ihrer kostbaren Gedankenarbeit auch den höheren Zielen widmeten.

Gewiß kann man im Parlament nicht lauter Fachmänner der äußeren Politik verlangen, und gewiß sind sie bei allem Mühen nicht in der Lage, diese Fragen im Detail mit demselben Sachverständnis zu behandeln wie die zünftigen Diplomaten, da ihnen die Kenntnis der geheimen Akten mangelt; aber es ist doch hohe Zeit, daß sie mit Gewohnheiten brechen, die erklärlich und begründet waren, solange das überragende Genie Bismarcks alle Fäden der auswärtigen Politik in sicherer Hand hielt. Gegenüber den Epigonen dürfen sie es nicht fehlen lassen an Übung in kritischer Behandlung auch der auswärtigen Politik, an Aufrüttelung der Geister, an Weckung des Verständnisses für unsere weltpolitischen Aufgaben.

Auch die Fragen der inneren Politik, selbst die scheinbar kleinen, sind zu rücken unter die Gesichtspunkte der großen imperialistischen Aufgaben, mit deren Lösung unsere nationale und unsere wirtschaftliche Zukunft steht und fällt. Die Parteiführer von heute finden in dieser Beziehung ein Musterbeispiel an einen Rudolf von Bennigsen, der einst all sein innerpolitisches Arbeiten abhängig machte von der übergeordneten Frage: was dem Zustandekommen des einigen Deutschen Reiches frommen möge — damals ja doch auch noch eine Frage der „äußeren" Politik!

Die Sozialpolitik, auf die Dauer undurchführbar

ohne imperialistische Sicherung unserer volkswirtschaftlichen Stellung, muß Sorge tragen neben der Stärkung der Konsumkraft der breiten Massen auf dem inneren Markt für die Eignung unserer Arbeiterschaft zu hochwertiger Qualitätsarbeit, wie sie der steigende Wettbewerb der Industrievölker auf dem Weltmarkt immer mehr zur Voraussetzung unserer Konkurrenzfähigkeit macht; aber sie muß auch die Grenzen im Auge behalten, die der Leistungsfähigkeit der Unternehmer eben durch den internationalen Wettbewerb gezogen sind.

Die unermüdliche Arbeit an der geistigen und körperlichen Volkserziehung soll im gleichen Sinne die Wettbewerbsfähigkeit unseres Volkes im wirtschaftlichen Leben und zugleich die Wehrtüchtigkeit der Nation steigern. Als besonderer Zweig der allgemeinen Volksbildung soll die staatsbürgerliche Erziehung dem Bürgertum nicht nur die Wege weisen zur Nutzung der staatsbürgerlichen Rechte in einem dem Gesamtwohl zuträglichen Sinne, sondern auch die Einsicht vermitteln in die Bedeutung der staatsbürgerlichen Pflichten und zu ihrer willigen Erfüllung führen.

Leitstern der Wirtschaftspolitik hat die Förderung des Volks- und Wirtschaftswachstums zu sein: Mehrung der Volkskräfte und Erweiterung des inneren Marktes durch wesentlich verstärkte Besiedelung des platten Landes und gebührenden Schutz der Landwirtschaft; Bewegungsfreiheit für Handel und Wandel im Interesse lohnender Beschäftigung des überschüssigen Volkswachstums in der Industrie und sicherer Verankerung unseres Anteils an der Weltwirtschaft; Stärkung unseres Nationalwohlstandes zu Gunsten der finanziellen Kriegsbereitschaft und der weltwirtschaftlichen Ausbreitungsmöglichkeiten, auf die sich die weltpolitische Ausbreitungsarbeit zu stützen hat. Die ideellen Hochziele des Imperialismus sind nicht zu trennen von den materiellen Interessen der Volkswohlfahrt. Die Gemeinschaft beider gilt es zum Gemeingut der Erkenntnis unseres Volkes zu machen.

Das Volksvertrauen, das zu fördern zu den wichtigsten Aufgaben der inneren Politik gehört, muß die Politik des Imperialismus nach außen tragen. Aber erwarten wir nicht alles Heil von der Regierung, suchen wir vielmehr die Geister aufzurütteln, damit die imperialistische Bewegung aus dem Volke heraus der Regierung den Rücken stärke und sie zur Tat anfeuere.

Ein so starkes Volk wie das deutsche, mit so hoch entwickeltem Anteil am Weltwirtschaftsleben, entschlossen, sich diesen Anteil auch weiterhin zu wahren, muß sich und wird sich durchdringen lassen mit dem Willen zum Weltmachtwachstum. Und es wird die Männer aus sich emporwachsen lassen, die ihm die großen Ziele der Zukunft zu weisen verstehen und die den Willen und die Kraft des Volkes umsetzen in die Tat!

Vom Verfasser der vorliegenden Schrift erschien früher:

Sozialmoral, Kriminalpolitische Aufsätze. Leipzig, Gg. Freund. 1898.

Die Völkerwanderung von 1900. Beiträge zur deutschen Wanderungspolitik. Leipzig, Freund & Wittig. 1898.

Wurzeln der Wirtschaft. Skizzen und Studien. Ebenda. 1899.

Der Egoismus. (Sammelwerk). Ebenda. 1899.

Die Wohnungsfrage. Berlin, Burschenschaftliche Bücherei. 1900.

Deutschland auf den Hochstraßen des Weltwirtschaftsverkehrs. Jena, Gustav Fischer. 1901.

Die Jugendlichen in der Sozial- und Kriminalpolitik. Ebenda. 1902.

Afrikanische Verkehrspolitik. Berlin, Hermann Paetel. 1907.

Blockpolitik. Berlin, Nationalliberale Buchhandlung. 1908.

Sozialdemokratie, Militarismus und Kolonialpolitik. Ebenda. 1908.

Der Bund der Landwirte. Ebenda. 1909.

Die Wurzeln unserer Kraft. Berlin, Allgemeiner Verein für deutsche Literatur. 1909.

Deutschlands wirtschaftliche Zukunft in Krieg und Frieden. Jena, Gustav Fischer. 1910.

Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung, Theodor Weicher, Leipzig

Früchte deutscher Arbeit

Dreizehn Jahre Farmleben im fernen Westen Nord-Amerikas von **Carl Cesar Eiffe.** Mit 82 Abbildungen und 2 Karten X und 226 Seiten. gr. 8°. M. 5.—broschiert, M. 6.— gebunden.

Ein ganz treffliches Buch, daß kein Deutscher ohne reichen inneren Gewinn aus der Hand legen wird. „Eindrücke, wie sie das Leben in seiner Mannigfaltigkeit dem Verfasser eingeprägt hat, aus dem Leben für das Leben geschrieben." Das Buch gibt einen packenden Eindruck von dem, was Mut, Ausdauer auch bei zarter Gesundheit und gesunder praktischer Sinn einer deutschen Persönlichkeit, die auf dem rechten Boden steht und aus den Quellen deutscher Kraft zu trinken versteht, zu erreichen vermag.

Weltmacht und Nationalstaat

von Prof. Dr. **Ulbricht** †, vollendet und herausgegeben von Prof. Dr. **Rosenhagen.**

Eine politische Geschichte der neueren Zeit von 1500—1815. XXIV und 685 Seiten. gr. 8°. M. 9.— geheftet, M. 11.— geb.

Das Buch gibt in gedrängter Form ein klares Bild von dem Auf- und Absteigen der europäischen Großmächte und ihrer inneren und äußeren Entwicklung. Es bildet eine willkommene Ergänzung zu den Lehrbüchern der Weltgeschichte und wird allseitig wegen seiner großen Vorzüge empfohlen.

Frauenstimmrecht

Von Prof. Dr. **Fr. Sigismund.** 71 Seiten. gr. 8°. M. 1.—.

Die Schrift, die auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut ist und ein reichhaltiges statistisches Material bringt, widerlegt zunächst die Behauptung, daß die Frau sozusagen einen natürlichen Anspruch auf politische Gleichberechtigung mit dem Manne habe. Sie weist ferner nach, daß die Länder, in denen die Frauen wahlberechtigt sind, nicht höher, sondern in mancher Beziehung tiefer stehen als männlich regierte Staaten. Endlich zeigt sie, daß die Einführung des Frauenstimmrechtes in Deutschland nicht nur ein politischer Fehler schlimmster Art, sondern geradezu ein nationales Unglück sein würde.

Deutsche Auslands-Politik und ihre Verleumder

Im Lichte historischer Tatsachen von einem aktiven Diplomaten. 66 Seiten. M. 1.—.

Der Verfasser, eine im auswärtigen Dienst stehende Persönlichkeit, widerlegt hier, im Rahmen eines instruktiven Gesamtbildes der internationalen Lage, falsche Behauptungen dokumentarisch und stellt ihnen den wirklichen Sachverhalt gegenüber. Die wichtigsten Ereignisse unserer Zeit, die Marokko-Frage, die Balkan-Angelegenheiten, die Vorgänge in Österreich-Ungarn, Frankreich, Italien, Rußland usw. werden knapp und sachlich, aber auch losgelöst von den konventionellen Lügen vor Augen geführt. Die Schrift gibt auch von praktisch-nationalem Geiste getragene Fingerzeige und mahnt zum Zusammenschluß gegen die andringenden Gefahren.

In demselben Verlage erschien:

Englands Lügenprophet / Englands Verhängnis

von **L. Trampe**

Königlich Preußischer Staatsanwalt a. D.

3.-5. Tausend. 1914. 90 Seiten gr. 8°. M. 1.-

Gerade zur Stunde, da im Norden Frankreichs die Weltenuhr zum Schicksalsschlage für England ausholt, erscheint diese Schrift, deren zeitgemäßer Inhalt so fesselnd geschrieben ist, daß sie von jedermann gelesen werden sollte.

Seestern „1906"

Der Zusammenbruch der alten Welt

139.-141. Tausend / Volksausgabe M. 1.-

Die Bergisch-Märkische Zeitung sagt u. a.: Das glänzend geschriebene Buch hat noch immer nichts von seiner Spannkraft eingebüßt. Die Jahreszahl „1906" im Titel spielt keine Rolle. Der Inhalt ist heute mehr wie je neu und zeitgemäß.

Wenn ich der Kaiser wär'

Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten

von **Daniel Frymann**

XII u. 270 Seiten. Gr. 8°. 1914. 5. Aufl. 21.-25. Tausend.
Geh. M. 3.-, geb. M. 4.-

Ein Buch, das wie das Werk eines Propheten anmutet, das geschrieben ist mit deutschester Seele, heiliger, oft zorniger Liebe und mit dem Bekenntnis eines freien Mannes.
In unserer Zeit ist das Buch wie ein Flammenzeichen zu Heil und Segen unserm Volke. Seine herrlichste Kraft aber wird es offenbaren, wenn wir Deutschen nach dem Kriege seine Worte - Taten werden lassen. Es ist ein Helfer zur deutschen unvergänglichen Höhe.
Sonntagsfeier (Aus der Schatzkammer der Denker und Dichter). 13. 9. 1914.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 074293199